

unf*ck

berlin

Volt

**Programm zur Wahl des
Berliner Abgeordnetenhauses 2026**

VORWORT

Berlin ist großartig, aber müde von einer Politik, die sich im Klein-Klein verliert, statt mutig in die Zukunft zu denken. Berlin ist vielfältig, aber gelähmt von der gepflegten Unzuständigkeit seiner Politik und Verwaltung.

Berlin ist pulsierend, aber sein Herzschlag erreicht die Politik nicht.

Die Folgen spüren Berliner*innen täglich: Wohnungen, die unbezahlbar sind. Schulen, die marode sind. Eine Verwaltung, die auf einfache Anliegen monatelang nicht reagiert. Dazu kommt das Gefühl, dass es nicht besser wird, sondern schlechter.

Was Berlin jetzt braucht, ist eine mutige Vision.

Eine Vision, wie Berlin wieder zur Vorreiterin im Herzen Europas wird.

Eine Vision, wie sich die großen Herausforderungen dieser Stadt auch global lösen lassen.

Eine Vision für eine Politik, die unsere Zukunft gestaltet, statt die Gegenwart zu verwalten.

Damit Berlin ein Ort wird, an dem alle die gleichen Chancen bekommen, Zusammenhalt zählt und Zukunft möglich ist.

Wir bringen diese Vision mit: pragmatisch, progressiv und europäisch. Unsere Politik ist faktenbasiert und lernfähig. Wir messen die Wirkung unserer Maßnahmen und passen an, was nicht die gewünschten Ergebnisse bringt. Bei uns entscheidet Evidenz, nicht Ideologie, damit die Politik den Menschen dient. Wir arbeiten für eine selbstbewusste Metropolregion, die eine treibende Kraft für eine innovative, gerechte und nachhaltige Gesellschaft ist – in einem reformierten, unabhängigen und vereinten Europa.

Unser Berlin ist ein Berlin mit Lösungen, die funktionieren – als europäische Metropole, die weltoffen ist, Talente willkommen heißt und Europa im Alltag erlebbar macht. Ein Berlin, in dem die Verwaltung liefert – handlungsfähig, digital und an Ergebnissen gemessen. Ein Berlin, das Innovationen hervorbringt, Gründungen fördert und Klimaschutz zum Wirtschaftsfaktor macht, um Generationengerechtigkeit zu sichern. Bezahlbarer Wohnraum, gute Gesundheitsversorgung und ein sauberes Stadtbild dürfen dabei keine Frage des Bezirks sein. Bildung muss entlang des gesamten Lebenswegs funktionieren: von verlässlichen Kitas über leistungsfähige Schulen bis zu einer europäisch vernetzten Wissenschaftslandschaft und attraktiven Ausbildungsplätzen.

Berlin braucht mehr als nur kleine Korrekturen am Status quo. Was wir brauchen, ist eine Vision und die Kraft, diese umzusetzen. Wir haben beides. Wir machen eine bessere Zukunft wählbar.

*Der Inhalt des Wahlprogramms entspricht
der Beschlussfassung vom 25. April 2026*

BERLIN FUNKTIONIERT

9 Berlin funktioniert: mit klaren Zuständigkeiten und verbindlicher Steuerung

Jetzt entscheiden, wer zuständig ist

Jetzt Verwaltung an Ergebnissen messen

12 Berlin funktioniert: mit voll digitalisierten Prozessen

Jetzt digitale Systeme bauen, die miteinander reden

Jetzt digitale Souveränität und Innovation gezielt nutzen

Jetzt digitale Verwaltung vereinfachen

15 Berlin funktioniert: mit einer attraktiven Verwaltung und kompetenten Mitarbeitenden

Jetzt die besten Leute gewinnen und halten

Jetzt Verantwortung fördern

17 Berlin funktioniert: mit einer modernen und transparenten Finanzpolitik

Jetzt mit vollständigen Informationen investieren

Jetzt mit vorausschauender Planung Sicherheit schaffen

Jetzt mit Transparenz Vertrauen gewinnen

18 Berlin funktioniert: mit Transparenz und Beteiligung

Jetzt Beteiligung im System verankern

Jetzt Beteiligung finanzieren

Jetzt Demokratie für alle, die hier leben

BERLIN LEBT

23 Berlin lebt: mit schnellem und nachhaltigem Wohnungsbau

Jetzt mehr bauen und umnutzen

Jetzt schneller bauen

Jetzt günstiger bauen

Jetzt bezahlbares Wohnen fördern

Jetzt den Mietmarkt fair und sicher gestalten

Jetzt soziales Wohnen fördern

Jetzt Wohnungslosigkeit überwinden

29 Berlin lebt: mit attraktiver, sicherer und nachhaltiger Mobilität für alle

Jetzt ÖPNV attraktiver machen

Jetzt die Verkehrswende finanzieren

Jetzt Mobilität digitalisieren und ausbauen

Jetzt Straßen sicher machen

Jetzt Geh- und Radwege sicher machen

Jetzt Baustellen reduzieren

34 Berlin lebt: mit gemeinsam gestalteten Kiezen

Jetzt Kieze aktiv mitgestalten

Jetzt Kieze beleben

35 Berlin lebt: mit Stärkung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt

- Jetzt gezielt Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen
- Jetzt Träger langfristig absichern
- Jetzt Jugend beteiligen und stärken

36 Berlin lebt: mit Sauberkeit, Ordnung und Verantwortung im Alltag

- Jetzt Müll einfacher entsorgen
- Jetzt Müll reduzieren

BERLIN LERNT

43 Berlin lernt: wenn Bildung vor der Einschulung beginnt

- Jetzt verbindliche Standards für jede Kita
- Jetzt einen frühen Zugang für alle einfach machen
- Jetzt den Übergang in die Schule verbindlich machen

44 Berlin lernt: mit Schulen, die fördern und fordern

- Jetzt Unterrichtsqualität stärken
- Jetzt sichtbar machen, was geleistet wird
- Jetzt länger gemeinsam lernen und Talente fördern
- Jetzt Grundlagen stärken und auf das Leben vorbereiten

48 Berlin lernt: mit echten Perspektiven auf Ausbildung, Studium und Beruf

- Jetzt Berufswege früh erlebbar machen
- Jetzt duale Ausbildung stärken und absichern
- Jetzt zweite Bildungswege erleichtern

50 Berlin lernt: mit Wissenschaft und Weiterbildung

- Jetzt Arbeits- und Studienbedingungen an Hochschulen verbessern
- Jetzt Weiterbildung für alle zugänglich machen

BERLIN SCHAFFT

56 Berlin schafft: mit Innovation direkt aus den Hochschulen

- Jetzt Hochschulen und Wirtschaft besser vernetzen
- Jetzt einen zentralen Gründungshub aufbauen

57 Berlin schafft: mit Innovation zur Startup-Hauptstadt

- Jetzt Berlin zum Ankerkunden machen
- Jetzt die Beteiligung von Mitarbeitenden modernisieren
- Jetzt Risikokapital für die Wachstumsphase mobilisieren
- Jetzt Klimatransformation als wirtschaftliche Chance nutzen

60 Berlin schafft: mit wirtschaftlich starken Kiezen

- Jetzt KiezLabs gründen
- Jetzt Leerstand bekämpfen
- Jetzt Betriebsnachfolge sichern

61 Berlin schafft: zusammen mit Brandenburg

- Jetzt Flächen gemeinsam planen
- Jetzt Mobilität gemeinsam gestalten
- Jetzt gemeinsame Planung institutionell verankern
- Jetzt die Oderregion als europäischen Wachstumsraum entwickeln

63 Berlin schafft: Produktivität, Servicequalität und Teilhabe mit KI im Alltag

- Jetzt KI für alle attraktiv und sicher machen
- Jetzt KI finanzierbar machen
- Jetzt KI in Berlin erfahrbar machen
- Jetzt Open Data für alle nutzbar machen

66 Berlin schafft: mit attraktiven Bedingungen für Fachkräfte

- Jetzt Antragsverfahren beschleunigen
- Jetzt die Anerkennung von Qualifikationen beschleunigen und digitalisieren
- Jetzt Welcome Center aufbauen
- Jetzt Berliner Talente halten
- Jetzt Berliner*innen für die Wirtschaft von morgen qualifizieren

69 Berlin schafft: mit Wegen aus der strukturellen Arbeitslosigkeit

- Jetzt einen sozialen Arbeitsmarkt aufbauen
- Jetzt modulare Qualifizierung ermöglichen
- Jetzt Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

BERLIN SCHÜTZT

73 Berlin schützt: mit Prävention, moderner Polizei und Krisenvorsorge

- Jetzt früh handeln und Kriminalität vorbeugen
- Jetzt Opfer gezielter schützen
- Jetzt Polizei und Justiz stärken und modernisieren
- Jetzt Ausbildung verbessern und Verantwortung stärken
- Jetzt öffentliche Räume sicherer gestalten
- Jetzt Organisierte Kriminalität entschlossen bekämpfen
- Jetzt Katastrophenschutz gezielt ausbauen

79 Berlin schützt: mit einer Gesundheitsversorgung für alle

- Jetzt Gesundheitszentren ausbauen
- Jetzt Berlin als Standort der Gesundheitsinnovation stärken
- Jetzt postinfektiös Erkrankten eine Chance auf Heilung geben
- Jetzt pflegende Angehörige unterstützen
- Jetzt Hilfsangebote für Menschen mit psychischen Problemen ausbauen
- Jetzt mit angemessener Drogenpolitik helfen statt kriminalisieren
- Jetzt Bedingungen für Sexarbeitende verbessern
- Jetzt Gesundheit in allen Bereichen mitdenken

85 Berlin schützt: mit Begegnung, Bewegung und Zusammenhalt

- Jetzt Begegnungsorte sichern
- Jetzt Sport für alle Menschen zugänglich machen

BERLIN GEWINNT

90 Berlin gewinnt: mit unabhängiger, bezahlbarer und klimaneutraler Energie

- Jetzt Strom für Berlin klimaneutral erzeugen
- Jetzt die Energiepartnerschaft Berlin-Brandenburg ausbauen
- Jetzt Heizen für Berlin klimaneutral machen
- Jetzt das Stromnetz intelligent ausbauen

Jetzt Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm umsetzen

93 Berlin gewinnt: mit Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor

Jetzt Gebäude sozial gerecht und energieeffizient sanieren

Jetzt smarte Baukreisläufe vorantreiben

Jetzt Umbau & Rückbau clever gestalten

96 Berlin gewinnt: mit einer lebenswerten Stadt für Menschen, Tiere und Natur

Jetzt Berlin zur Schwammstadt machen

Jetzt Stadtentwicklung und Tierschutz stärker zusammendenken

Jetzt smarte Ernährung für Klima- und Tierschutz fördern

BERLIN VERBINDET

101 Berlin verbindet: mit einem starken und geeinten Europa

Jetzt Präsenz und Europafähigkeit der Berliner Verwaltung stärken

Jetzt europäische Infrastruktur und Zusammenarbeit intensivieren

102 Berlin verbindet: mit globalem Denken und Handeln

Jetzt internationale Verbindungen gezielt nutzen

Jetzt Berlins Präsenz in der Welt stärken

103 Berlin verbindet: mit Integration als Standortvorteil

Jetzt Repräsentation aller Berliner*innen gewährleisten

Jetzt das Ankommen für Fachkräfte und Geflüchtete erleichtern

Jetzt die Zivilgesellschaft durch frühe Teilhabe stärken

Jetzt Unterkünfte für Geflüchtete menschenwürdig gestalten

**106 Berlin verbindet: mit Tourismus und Veranstaltungen
als Motor für Begegnung und Wirtschaft**

Jetzt Berliner Tourismus hochwertig und nachhaltig gestalten

Jetzt Berlins Tourismusbranche zukunftsfähig machen

108 Berlin verbindet: mit kultureller Vielfalt

Jetzt Kultur langfristig absichern

Jetzt Clubkultur und Open Airs fördern

Jetzt kulturelle Bildung für alle öffnen

Jetzt Erinnerungskultur und europäischen Kulturaustausch stärken

BERLIN

FUNKTIONIERT

**Verwaltung,
Digitalisierung
und Beteiligung**

Berlin steckt voller Ideen und voller Menschen, die etwas bewegen wollen – im Kiez, im Ehrenamt, in Unternehmen und in der Politik. Die Energie für Veränderung ist da. Was oft fehlt, ist eine Verwaltung, die diese Energie in echte Ergebnisse verwandelt.

Dabei ist Verwaltung an sich nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Sie sorgt dafür, dass Wissen gespeichert wird, die gleichen Regeln für alle gelten und ist die Grundlage des Zusammenlebens in einer Millionenstadt wie Berlin. Das Problem: Berlin versucht, mit Strukturen des 20. Jahrhunderts die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Wer heute einen einfachen Behördengang erledigen will, braucht vor allem Geduld: unklare Zuständigkeiten, Systeme, die nicht miteinander reden, und Formulare, die man zwar digital findet, die dann aber doch noch eingescannt werden wollen.

Gleichzeitig steht die Verwaltung vor einem historischen Umbruch. In den kommenden Jahren gehen tausende erfahrene Mitarbeitende in den Ruhestand. Das erhöht den Druck – eröffnet aber auch die Chance, Verwaltung neu zu denken: digitaler, klarer und attraktiver für neue Fachkräfte.

Eine funktionierende Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie entscheidet darüber, ob Wohnungsbau schneller vorankommt, Unternehmen investieren und Menschen Vertrauen in den Staat haben. Berlin kann Vorbild werden – wenn die Stadt den Mut hat, ihre Strukturen zu modernisieren. Deshalb beginnt dieses Wahlprogramm hier.

Berlin funktioniert, wenn Anliegen schnell dort ankommen, wo sie bearbeitet werden, digitale Prozesse uns das Leben erleichtern und Verantwortung übernommen statt weitergereicht wird. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, messbare Ziele und eine verständliche digitale Infrastruktur. So schaffen wir Vertrauen in staatliches Handeln, das keine Ausnahme ist, sondern Selbstverständlichkeit.

Berlin funktioniert, wenn die Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin die besten Köpfe gewinnt und hält. Dafür braucht es schnelle Einstellungsverfahren, wettbewerbsfähige Vergütung und eine Arbeitskultur, die Eigenverantwortung und Weiterentwicklung fördert. So schaffen wir eine Verwaltung, die auch morgen noch handlungsfähig ist.

Berlin funktioniert, wenn öffentliche Finanzen transparent und langfristig tragfähig aufgestellt sind. Dafür braucht es moderne Buchführung, eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung und nachvollziehbare Haushaltsdaten. So schaffen wir Vertrauen in staatliches Handeln und Planungssicherheit, auch wenn das Geld knapp ist.

Berlin funktioniert, wenn Bürger*innen nicht nur alle paar Jahre wählen, sondern ihre Stadt aktiv mitgestalten können. Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsformate, echte Transparenz und Mitsprache mit Wirkung. So schaffen wir eine Stadt, die das Wissen und die Erfahrung ihrer Bürger*innen richtig nutzt.

BERLIN FUNKTIONIERT: MIT KLAREN ZUSTÄNDIGKEITEN UND VERBINDLICHER STEUERUNG

Berlin leidet unter fehlender Verbindlichkeit. Zu oft werden Projekte zwischen Ebenen und Behörden weitergereicht, Zuständigkeiten sind unklar und Entscheidungen werden vertagt statt getroffen. Komplexe Herausforderungen, von Wohnungsbau bis Digitalisierung, werden kurzfristig verwaltet statt strategisch gesteuert. Für viele Berliner*innen entsteht so das Gefühl der „Nichtzuständigkeit“.

Wir bauen eine Verwaltung, die Verantwortung übernimmt und auf Ergebnisse ausgerichtet ist. Dafür stärken wir klare Entscheidungsstrukturen, schaffen verbindliche Steuerungsinstrumente und bewerten staatliches Handeln nach seiner Wirkung. Für uns ist Verwaltung auch Service für Bürger*innen, den wir durch Bearbeitungsfristen und Qualitätsstandards andauernd verbessern.

Jetzt entscheiden, wer zuständig ist

Wir schaffen verbindliche Entscheidungsstrukturen, in denen Verantwortung gebündelt wird und Lösungen im Vordergrund stehen. Wir etablieren Fallkonferenzen, damit komplexe Einzelfälle nicht mehr zwischen Behörden weitergereicht werden. In diesen Konferenzen beraten entscheidungsbefugte Vertreter*innen aller beteiligten Stellen gemeinsam über schwierige Fälle und treffen zeitnah verbindliche Entscheidungen.

Wir sorgen für klare Verantwortung in laufenden Verfahren. Jeder Vorgang erhält eine feste Ansprechperson, die den Fall von der Antragstellung bis zur Entscheidung begleitet. Zentrale Annahme- und Koordinationsteams helfen dabei, neue Anträge zu priorisieren und bei Bedarf schneller an die zuständigen Stellen zu leiten.

Wir ermöglichen es Sachbearbeiter*innen, innerhalb des rechtlichen Rahmens pragmatische Lösungen für besondere Härtefälle zu finden. Leitfäden und Fortbildungen geben Sicherheit im Umgang mit Ermessensentscheidungen. Wir dokumentieren erfolgreiche Einzelfalllösungen und nutzen sie als Orientierung für vergleichbare Situationen.

Wir setzen schon bei der Entwicklung neuer Regelungen auf interdisziplinäre Teams aus Verwaltung, Fachleuten und Betroffenen. Diese Teams prüfen die Gesetzgebung frühzeitig auf Umsetzbarkeit und entwickeln sie gemeinsam weiter.

Wir bündeln Entscheidungs-, Steuerungs- und Durchgriffsrechte stärker auf der Landesebene, um die Handlungsfähigkeit Berlins zu erhöhen. Wir schaffen einheitliche landesweite Standards und verankern zentrale Zuständigkeiten für strategisch wichtige Aufgaben, damit Doppelstrukturen abgebaut und Verfahren

deutlich beschleunigt werden. Wir regeln Weisungsrechte gegenüber den Bezirken klar und verbindlich, um eine verlässliche Umsetzung politischer Ziele sicherzustellen. Gleichzeitig entlasten wir die Bezirke von übergeordneten Koordinationsaufgaben, damit sie sich stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: die Bereitstellung leistungsfähiger, bürgernaher Dienstleistungen vor Ort.

Best Practice

Niederlande (Breakthrough Method): In rund 100 Gemeinden gibt die Methode Sachbearbeiter*innen ein strukturiertes Verfahren, um innerhalb bestehender Gesetze pragmatische Lösungen für komplexe Einzelfälle zu finden. Eine Evaluation in Den Haag ergab Einsparungen von durchschnittlich 22.000 Euro pro Fall und Jahr bei gleichzeitig verbesserter Lebensqualität für 81 % der Akteur*innen.

Jetzt Verwaltung an Ergebnissen messen

Wir richten die Steuerung der Berliner Verwaltung konsequent auf Wirkung und Zielerreichung aus. Klare Ziele und messbare Kennzahlen machen sichtbar, ob Vorhaben tatsächlich Fortschritte bringen.

Wir führen verbindliche Service-Standards für Verwaltungsverfahren ein, damit die Verwaltung zuverlässig arbeitet. Grundlage dafür ist ein einfaches Dreimal-Ja-Prinzip:

Ja zum Antrag: Vollständige Anträge werden sofort bestätigt und direkt in die Bearbeitung überführt. Digitale Vorprüfungen helfen, fehlende Angaben frühzeitig zu erkennen und Rückfrageschleifen zu vermeiden.

Ja zur Priorität: Jeder Vorgang erhält eine klare Zuständigkeit und wird nach Dringlichkeit priorisiert.

Ja zur Frist: Für zentrale Verfahren gelten verbindliche Bearbeitungsfristen. Einfache Standardfälle sollen innerhalb von zehn Arbeitstagen entschieden werden, komplexere Verfahren innerhalb klar festgelegter Fristen. Werden Fristen überschritten, muss dies begründet werden.

Wir weiten das Prinzip der Genehmigungsfiktion in standardisierbaren Verfahren ohne Drittbetroffene aus: Wird ein vollständiger Antrag nicht innerhalb der Frist begründet abgelehnt, gilt er als genehmigt. So müssen nicht Bürger*innen der Behörde hinterherlaufen, sondern die Behörde muss aktiv werden. Dieses Prinzip ist im deutschen Verwaltungsrecht bereits angelegt (§ 42a VwVfG), wird aber bisher nur punktuell angewendet. Wir weiten es auf geeignete Berliner Verwaltungsverfahren aus und schaffen damit Planungssicherheit für Bürger*innen und Unternehmen. Für komplexe Verfahren mit Drittbeteiligten oder öffentlichen Schutzgütern gelten weiterhin die bestehenden Prüfpflichten.

Wir führen verbindliche Zielsysteme mit öffentlich nachvollziehbaren Leistungskennzahlen ein. Bearbeitungszeiten, Qualitätsstandards und Nutzerzufriedenheit werden dort transparent veröffentlicht. Unterschreiten zuständige Stellen definierte Schwellenwerte, verpflichten wir sie, zeitnah konkrete Gegenmaßnahmen vorzulegen und umzusetzen. So entsteht Verbindlichkeit statt bloßer Absicht.

Wir machen die Ausschöpfung von Fördermitteln zu einer messbaren Steuerungsgröße. Bis heute lassen die Berliner Bezirke regelmäßig Mittel der EU, des Bundes und des Landes ungenutzt, weil Kapazitäten fehlen und Zuständigkeiten unklar sind. Wir unterstützen die Bezirke dabei, Fördermittel zu identifizieren, zu beantragen und abzuwickeln, mit digitalen Werkzeugen und klarer Begleitung.

Wir führen ein berlinweites Benchmark-System ein. Das System ermöglicht den Vergleich zwischen Bezirken und Behörden und sorgt dafür, dass erfolgreiche Lösungen schnell übernommen werden. Die wichtigsten Leistungskennzahlen werden öffentlich zugänglich gemacht. Eine zentrale Übersicht zeigt, wie schnell Anträge bearbeitet werden, wo Rückstände entstehen und welche Bezirke besonders effizient arbeiten. Gemeinsame Standards und klar definierte Geschäftsbereiche schaffen vergleichbare Zuständigkeiten und Abläufe. Einheitliche digitale Arbeitswerkzeuge und regelmäßige Austauschformate stärken die Zusammenarbeit und reduzieren Doppelarbeit.

Wir verankern Wirkungsorientierung im parlamentarischen Prozess. Senat und Bezirke berichten quartalsweise über Fortschritte bei der Zielerreichung, benennen Probleme offen und legen Korrekturen dar. Wir richten eine zentrale Zukunfts- und Wirkungseinheit ein, die neue Regelungen frühzeitig auf Umsetzbarkeit und tatsächliche Wirkung prüft und bestehende Maßnahmen evaluiert. So wird Politik lernfähig, korrigierbar und langfristig wirksam.

Best Practice

Köln und Freiburg (OKR-Systeme): Beide Städte steuern ihre Smart-City-Projekte seit 2022 mit klar definierten Zielen und messbaren Kennzahlen. Durch die Einführung von OKR-Systemen (Objectives and Key Results) konnten sie Doppelarbeit reduzieren und die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen deutlich verbessern. Die entwickelte Handreichung steht anderen Kommunen zur Nachnutzung zur Verfügung.

Österreich (KDZ/CAF-Modell): Mit dem Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) setzt Österreich seit Jahren auf Selbstbewertung und kontinuierliche Qualitätsverbesserung in Verwaltungen. Strukturierte Evaluationsprozesse und klare Qualitätsstandards im Rahmen des Common Assessment Frameworks (CAF) haben zu effizienteren Abläufen geführt.

BERLIN FUNKTIONIERT: MIT VOLL DIGITALISIERTEN PROZESSEN

Die Berliner Verwaltung leidet unter digitaler Fragmentierung. Systeme arbeiten nebeneinander statt miteinander, Daten werden mehrfach erhoben und Verfahren enden trotz Online-Antrag in Papierakten. Zuständigkeiten und IT-Strukturen sind nicht ausreichend integriert, sodass Prozesse an Behörden- oder Bezirksgrenzen stocken. All das bedeutet für Berliner*innen und Unternehmen Frust und Umwege. Für die Verwaltung selbst bedeutet es Doppelarbeit, Verzögerungen und unnötige Kosten. Das Problem ist nicht fehlende Technologie, sondern fehlende Durchgängigkeit.

Wir schaffen digitale Prozesse, die von Anfang bis Ende funktionieren. Daten werden nur einmal erhoben und sicher geteilt, interne Systeme sind interoperabel und Leistungen können vollständig digital abgeschlossen werden. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern das zentrale Instrument für Effizienz nach innen und Zuverlässigkeit nach außen. So verkürzen wir Bearbeitungszeiten, reduzieren Rückstände und entlasten Mitarbeitende von Routinetätigkeiten. Prozesse werden schneller, Zuständigkeiten klarer und Verwaltungsleistungen verlässlicher.

Jetzt digitale Systeme bauen, die miteinander reden

Wir schaffen eine durchgängige digitale Infrastruktur, die Prozesse von Anfang bis Ende integriert. Grundlage ist das Once-Only-Prinzip: Behörden tauschen untereinander Informationen aus, damit Nachweise nur einmal erhoben und rechtssicher

wiederverwendet werden können. Wir treiben den flächendeckenden Ausbau der E-Akte verbindlich voran, sodass digitale Vorgänge nicht mehr ausgedruckt und neu erfasst werden müssen.

Wir entwickeln eine gemeinsame technische Architektur für die gesamte Berliner Verwaltung. Bestehende Systeme werden integriert, Schnittstellen vereinheitlicht und parallele Portallösungen schrittweise reduziert. Damit schaffen wir eine konsistente Infrastruktur statt gewachsener Insellösungen.

Wir bündeln die Steuerung der IT und regeln so die Zuständigkeiten zwischen Digitalisierungsverwaltung, Senat und IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) klar. Betrieb, Sicherheit, Support und Beschaffung steuern wir einheitlich. Damit bauen wir Doppelstrukturen ab und richten Investitionen strategisch aus. Wir prüfen dabei die Effizienz und Rolle des ITDZ kritisch und richten es konsequent an den Zielen einer leistungsfähigen Verwaltung aus.

Wir setzen bei neuer Software vorrangig auf offene und nachnutzbare Lösungen. Nach dem Prinzip „Public Money, Public Code“ machen wir Anwendungen, die mit öffentlichen Mitteln entwickelt wurden, grundsätzlich offen zugänglich. Open-Source-Strategien reduzieren Abhängigkeiten, erhöhen Transparenz und ermöglichen eine kontinuierliche Weiterentwicklung im Verbund mit anderen Kommunen.

Wir schützen digitale Grundrechte konsequent: Wir begrenzen staatliche Datennutzung, überprüfen sie regelmäßig und richten sie an den Rechten der Menschen aus. Verwaltungsdaten bleiben in öffentlicher Hand.

Wir agieren dabei nicht im Alleingang. Mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) gibt es erstmals eine zentrale Bundesinstanz für digitale Standards und interoperable Verwaltungsarchitektur. Wir richten Berlins Digitalisierung konsequent an diesen bundesweiten Standards aus und bringen uns aktiv in deren Weiterentwicklung ein. Denn unser Ziel ist: einmal entwickeln, überall nutzen. Standards und Basisinfrastruktur gehören auf die Bundesebene, Umsetzung und lokale Anpassung auf die Länder- und Bezirksebene.

Best Practice

Estland (Once-Only-Prinzip): In Estland müssen Bürger*innen Nachweise nur einmal einreichen, weil Behörden Daten sicher und rechtskonform austauschen. Digitale Prozesse sind durchgängig organisiert und medienbruchfrei.

Jetzt digitale Souveränität und Innovation gezielt nutzen

Wir beschaffen neue digitale Lösungen anders als bisher: Wir erproben sie in schnellen Pilotphasen und wenn sie funktionieren, setzen wir sie berlinweit ein. So machen wir Berlin zum Innovationsmotor und „Lead-Customer“ für GovTech-Unternehmen. Wir führen eine Experimentierklausel für GovTech-Piloten ein, die bei Aufträgen unterhalb eines Schwellenwerts von 100.000 Euro eine vereinfachte Vergabe ermöglicht. Wir schaffen eine zentrale Prüfstelle für Datenschutz mit verbindlicher Tool-Whitelist: Statt dass jede Behörde dieselben Anwendungen wiederholt prüft, gibt es eine gemeinsame Grundlage. Damit sparen wir Ressourcen und beschleunigen Entscheidungen.

Wir stärken die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Metropolen für eine nachhaltige Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung. Gemeinsam mit Partnerstädten entwickeln und erproben wir offene, interoperable Software-Bausteine, die nach erfolgreicher Pilotierung berlinweit ausgerollt werden können. So nutzen wir Innovationen schneller und reduzieren Entwicklungskosten.

Wir bauen offene Verwaltungsdaten aus und erleichtern den Zugang zu bestehenden Datenportalen. Transparente, maschinenlesbare Daten fördern Forschung, zivilgesellschaftliches Engagement und wirtschaftliche Innovation und erhöhen die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns.

Wir setzen KI gezielt ein, um Verwaltungsleistungen zu verbessern, auf Basis klarer Leitplanken. KI unterstützt insbesondere bei der Vorprüfung von Anträgen, prüft Unterlagen auf Vollständigkeit, priorisiert Vorgänge und erstellt Entwürfe für Bescheide. Entscheidungen, die Bürger*innen betreffen, müssen transparent, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei sein. Die Verantwortung bleibt stets beim Menschen.

Jetzt digitale Verwaltung vereinfachen

Wir bündeln zentrale Verwaltungsleistungen auf einem einheitlichen Serviceportal. Mit unserem Portal bekommen Bürger*innen und Unternehmen eine klare, barrierefreie und mehrsprachige Anlaufstelle für ihre Anliegen, unabhängig vom zuständigen Bezirk. Digitale Anträge werden vollständig online abgewickelt, Bearbeitungsstände transparent angezeigt und automatische Status-Updates bereitgestellt. Digitale Vorprüfungen und Checklisten stellen sicher, dass Anträge bereits bei der Einreichung vollständig sind. So entfallen unnötige Rückfragen und Verfahren werden planbar.

Wir richten digitale Assistenzsysteme ein, die bei der Antragstellung unterstützen, Verfahren verständlich erklären und helfen, Fehler zu vermeiden. Wir ergänzen das Angebot um eine Hotline mit Beratungs- und Bearbeitungskompetenz. Damit stellen

wir sicher, dass auch komplexere Anliegen ohne Umwege geklärt werden können.

Wir machen Barrierefreiheit zum verbindlichen Standard. Wir übersetzen Formulare in leichte Sprache, bauen mehrsprachige Unterstützungsangebote aus und integrieren Vorlese- und Diktierfunktionen.

Wir messen Qualität transparent: Nach digitalen Behördengängen können Nutzer*innen Feedback geben. Wir veröffentlichen zentrale Qualitätskennzahlen wie Bearbeitungsdauer, Abschlussquote oder Zufriedenheit und werten sie regelmäßig aus.

Best Practice

Dänemark (digitale Verwaltung): Ein zentrales Bürgerportal bündelt über 2.000 vollständig digitale Leistungen, die Nutzerzufriedenheit liegt bei über 90 %. Ermöglicht wird das durch eine einzige digitale Identität für alle Behördenkontakte, ein „digital first“-Prinzip per Gesetz und eine zentrale Digitalisierungsbehörde mit ressortübergreifenden Befugnissen.

BERLIN FUNKTIONIERT: MIT EINER ATTRAKTIVEN VERWALTUNG UND KOMPETENTEN MITARBEITENDEN

Handlungsfähigkeit entscheidet sich an den Menschen, die Verantwortung tragen. Doch Berlin verliert als Arbeitgeberin zunehmend an Boden. Rund 7.000 Stellen sind bereits heute unbesetzt, und bis 2030 gehen 40.000 Beschäftigte in den Ruhestand – ein Drittel der gesamten Belegschaft. Geringe Wettbewerbsfähigkeit bei der Bezahlung und begrenzte Entwicklungsperspektiven verschärfen den Fachkräftemangel. Die Folgen spüren Bürger*innen unmittelbar: lange Wartezeiten, überlastete Ämter und Projekte, die nicht vorankommen.

Wir machen Berlin zum attraktivsten Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Dafür beschleunigen wir Einstellungsverfahren, schaffen faire und wettbewerbsfähige Vergütungsstrukturen und investieren konsequent in Weiterbildung und moderne Arbeitsbedingungen. Wer für Berlin arbeitet, soll Verantwortung übernehmen können, Entwicklungsperspektiven haben und die Werkzeuge erhalten, um gute Arbeit zu leisten. So entsteht eine Verwaltung, die leistungsfähig, motiviert und zukunftsfest ist.

Jetzt die besten Leute gewinnen und halten

Wir beschleunigen und modernisieren die Personalgewinnung grundlegend. Vom Eingang der Bewerbung bis zum Vertragsangebot sollen künftig maximal

90 Tage vergehen. Dafür digitalisieren wir die Personalprozesse vollständig, bündeln Bewerbungsverfahren zentral und vereinfachen Ausschreibungen. Beteiligungsverfahren, z. B. von Personalrat, Schwerbehinderten-, und Frauenvertretung, sollten möglichst parallel statt nacheinander erfolgen. Praktische Erfahrung und berufliche Kompetenzen werden stärker berücksichtigt. So gewinnen wir gezielt Quereinsteiger*innen und erschließen neue Zielgruppen.

Wir setzen KI-gestützte Systeme im Bewerbungsverfahren ein und prüfen diese vor dem Einsatz auf Diskriminierungsfreiheit. Die finale Entscheidung liegt stets beim Menschen.

Wir gleichen die Besoldung der Berliner Verwaltung verbindlich an das Bundesniveau an. Für besonders gefragte Berufsgruppen, wie IT-Fachkräfte, Ingenieur*innen oder Jurist*innen, schaffen wir zusätzliche Zulagen. So machen wir Berlin wieder konkurrenzfähig im Wettbewerb um Talente und handlungsfähig in der Umsetzung politischer Vorhaben.

Wir schaffen flexible Einsatzstrukturen zur zusätzlichen Stabilisierung der Personalsituation. Wir richten ein zentrales Expertenteam ein, das bei Personalengpässen oder stockenden Projekten kurzfristig einspringt. So sichern wir Handlungsfähigkeit auch bei temporären Ausfällen.

Best Practice

Hannover (Q-Zwei-Programm): Die Region Hannover qualifiziert seit 2024 Quereinsteiger*innen berufsbegleitend für den gehobenen Verwaltungsdienst. Das Programm stößt auf hohe Nachfrage und erschließt neue Zielgruppen für den öffentlichen Dienst. Ein vergleichbares Modell bietet auch für Berlin Potenzial, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen.

Kiel (FLEX:Unit): Die Stadt Kiel setzt ein zentrales Team aus rund 50 Expert*innen ein, das flexibel dort unterstützt, wo Personalengpässe oder Projektstaus auftreten. Der Einsatz eines Teams der Flex-Unit dauert drei, sechs oder neun Monate und stabilisiert kurzfristig die Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

Jetzt Verantwortung fördern

Wir machen Weiterbildung zum verbindlichen Bestandteil der Arbeit im öffentlichen Dienst. Alle Mitarbeitenden erhalten jährlich ein festes Mindestkontingent von 40 Stunden für fachliche und methodische Fortbildung, anteilig bei Teilzeitbeschäftigung und zusätzlich zum gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub. Die Themen reichen von digitalen Kompetenzen über Projektsteuerung bis hin zu moderner

Bürgerkommunikation. Wir entwickeln die Verwaltungsakademie zu einem Zukunftszentrum für Führung, Digitalisierung und wirkungsorientiertes Arbeiten weiter.

Wir schulen Mitarbeitende in allen Behörden zu Expert*innen, die ihre digitalen Kompetenzen dann an ihre Kolleg*innen weitergeben. Sie unterstützen bei der Einführung neuer Anwendungen und sorgen dafür, dass technische Lösungen tatsächlich im Alltag funktionieren.

Wir schaffen moderne und leistungsfördernde Arbeitsbedingungen. Dazu gehören flexible und verlässliche Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten dort, wo es die Aufgaben erlauben, und eine moderne, sichere IT-Ausstattung. Wir digitalisieren Personalprozesse wie Urlaubsanträge oder Beihilfeverfahren vollständig, um Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Mitarbeitende zu entlasten. Wir fördern Leistung und Verantwortung durch Aufstiegsmöglichkeiten.

Wir entwickeln Führung weiter, messen sie an klaren Qualitätsstandards und überprüfen sie durch regelmäßige anonyme interne Befragungen. Denn eine innovationsfreundliche Führungskultur und transparente Entwicklungsperspektiven stärken Eigenverantwortung und Zusammenarbeit.

Wir geben Teams feste Zeitfenster für Verbesserungs- und Innovationsprojekte. Gute Ideen greifen wir strukturiert auf, zeichnen sie aus und tragen sie in die Organisation.

BERLIN FUNKTIONIERT: MIT EINER MODERNEN UND TRANSPARENTEN FINANZPOLITIK

Seit der Wende kämpft Berlins Finanzpolitik mit strukturellen Herausforderungen: steigende Schulden, stetig wechselnde Prioritäten und eine schwer verständliche Berichterstattung, die für die Bürger*innen nicht nachvollziehbar ist. Wer nicht versteht, wie das Land sein Geld ausgibt, kann politische Entscheidungen kaum beurteilen.

Wir entwickeln eine Finanzpolitik für die Zukunft der Stadt, auf der Basis moderner Buchführung, verlässlich durch mittelfristige Planung und offen durch digitale Transparenz.

Jetzt mit vollständigen Informationen investieren

Wir führen kurzfristig einen jährlichen Vermögensbericht und mittelfristig die doppelte Buchführung ein. So erfassen wir alle städtischen Vermögenswerte, Beteiligungen, Schulden und Finanzströme und ermöglichen damit eine fundierte Bewertung von Kosten, Investitionsfolgen und zukünftigen Belastungen. Wir stellen

sicher, dass Berlin auf einer soliden Datenbasis plant. So verwenden wir knappes Geld sinnvoll und zukunftsorientiert.

Best Practice

Baden-Württemberg (jährlicher Vermögensbericht): Das Land führte 2017 eine jährliche, transparentere und umfassende Berichterstattung ein. Die Einführung der Vermögensrechnung hat die Finanzberichterstattung in Baden-Württemberg modernisiert, sodass sie eine bessere Steuerung der Landesfinanzen ermöglicht und aufzeigt, wo Handlungsbedarf besteht, etwa bei der Sanierung von Infrastruktur oder der Bewältigung von Pensionslasten.

Hamburg und Hessen (doppische Buchführung): Die beiden Länder haben die Doppik vor bald zwei Jahrzehnten eingeführt. Hamburg konnte auf dieser Basis sein strategisches Steuerungsmodell entwickeln, das Finanzdaten mit konkreten Leistungs- und Wirkungszielen verknüpft. Die Verwaltung steuert nun nicht mehr nur nach verfügbarem Geld, sondern nach erreichten Ergebnissen in den Fachbereichen.

Jetzt mit vorausschauender Planung Sicherheit schaffen

Wir machen aus der mittelfristigen Finanzplanung ein stärkeres Lenkungsinstrument, indem wir wichtige Aspekte einer politischen Selbstbindung einführen. Wir koppeln den Haushalt an die mittelfristige Finanzplanung und geben so Bürger*innen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen verlässliche Rahmenbedingungen für ihre eigenen Entscheidungen.

Wir verpflichten uns damit, für die Zukunft Abweichungen explizit vor dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Zudem liefern wir eine Gegenfinanzierung für Ausgabenerhöhungen, die zeigt, wo das Geld an anderer Stelle eingespart wird. So schaffen wir Glaubwürdigkeit als Grundlage für ein gemeinsames Vorankommen.

Best Practice

Schweden (langfristige Finanzplanung): Das Parlament beschließt eine Ausgabenobergrenze für das dritte Haushaltsjahr im Voraus, was die jährliche Haushaltsplanung bindet. Ausgabenerhöhungen in einem Bereich sind nur zulässig, wenn sie durch Einsparungen in einem anderen Bereich gegenfinanziert werden. Ein unabhängiger Fiscal Policy Council und der Nationale Rechnungshof prüfen jährlich öffentlich, ob die Regierung das Rahmenwerk einhält.

Jetzt mit Transparenz Vertrauen gewinnen

Wir veröffentlichen regelmäßig aktualisierte Haushaltszahlen, sodass nachvollziehbar ist, wo Steuergelder hinfließen. In Ergänzung zu den Finanzaufgaben liefern wir Erklärungen und entwickeln für alle größeren Investitionen Wirkungsanalysen. Damit kann die finanzpolitische Planung und ihr Ergebnis in der Breite der Bevölkerung nachvollzogen und gut diskutiert werden, denn ohne klare Datenlage bleibt Finanzpolitik Spekulation. Transparenz ist dabei kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. So gewinnen wir das Vertrauen der Bürger*innen auch für schwierige Entscheidungen.

Best Practice

Helsinki (offene Haushaltsdaten): Die Stadt veröffentlicht ihre Haushaltsdaten seit 2012 jährlich in maschinenlesbarer Form über das Open-Data-Portal Helsinki Region Infoshare (HRI) und bietet offene Schnittstellen für externe Analysen an. Die Stadt selbst beziffert die Haushaltseinsparungen durch die Öffnung der Daten auf 1 bis 2 Prozent.

BERLIN FUNKTIONIERT: MIT TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

Handlungsfähigkeit entsteht auch durch demokratische Legitimation. Wo Beteiligung verbindlich organisiert ist, entstehen tragfähige Entscheidungen, die von Mehrheiten akzeptiert werden. In Berlin ist Beteiligung oft ungleich, unverbindlich und wenig wirksam. Verfahren beginnen zu spät, Rückmeldungen fehlen und der tatsächliche Einfluss bleibt unklar. Ob Beteiligung gelingt, hängt stark vom Bezirk oder einzelnen Amtsentscheidungen ab. Das schwächt Vertrauen und erschwert die Umsetzung politischer Vorhaben.

Wir machen Beteiligung verbindlich, nachvollziehbar und wirksam. Wir beteiligen Bürger*innen frühzeitig, schaffen echte Entscheidungsspielräume und machen anschließendes politisches Handeln transparent. Staatliches Handeln wird offen zugänglich. So entsteht Vertrauen und damit die Grundlage für nachhaltige Entscheidungen.

Jetzt Beteiligung im System verankern

Wir schaffen eine verbindliche und transparente Beteiligungsstruktur für ganz Berlin. Mit mein.berlin.de bündeln wir alle Verfahren zentral und machen sie öffentlich nachvollziehbar. Bürger*innen sehen, welche Vorschläge eingebracht wurden, wie sie bewertet wurden und welche Konsequenzen folgen.

Wir werten alle Verfahren aus und führen sie in einem jährlichen Beteiligungsbericht zusammen. Wir erheben dabei Kriterien wie Reichweite, Repräsentativität, Umsetzungsquote und Zufriedenheit. Wir verpflichten Politik und Verwaltung, öffentlich darzulegen, wie sie mit den Ergebnissen umgehen und welche Maßnahmen sie daraus ableiten. Ein Transparenzgesetz verpflichtet zur Veröffentlichung zentraler Dokumente wie Gutachten, Senatsbeschlüsse und Verträge. So stellen wir Beteiligung auf eine verlässliche Informationsgrundlage.

Wir bauen die bestehenden Beteiligungsstrukturen zu Kompetenzzentren aus. Diese Zentren setzen Standards, unterstützen Verwaltungen und sichern die Qualität der Verfahren. Vor größeren Vorhaben führen wir eine verbindliche Beteiligungsanalyse durch, um frühzeitig geeignete Formate und Zielgruppen festzulegen. Wir schulen Mitarbeitende der Verwaltung und verankern so Beteiligung als Fachkompetenz. Wir ermöglichen es Bürger*innen durch verständliche Informationen und transparente Daten fundiert mitzuwirken. So wird Beteiligung strukturell verankert.

Best Practice

Belgien (Gesetzlich verankerte Bürgerversammlungen): In der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens sind Bürgerversammlungen dauerhaft institutionell eingebunden. Ihre Empfehlungen werden dem Parlament vorgelegt, öffentlich beraten und müssen offiziell beantwortet werden.

Hamburg (Transparenzgesetz): Hamburg verpflichtet seine Behörden, zentrale Dokumente wie Gutachten, Senatsbeschlüsse oder Verträge ab einer bestimmten Schwelle proaktiv zu veröffentlichen. Das schafft Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns und reduziert Informationsasymmetrien.

Jetzt Beteiligung finanzieren

Wir schaffen verbindliche Beteiligungsbudgets auf Bezirks- und Landesebene, denn Beteiligung braucht reale Entscheidungsspielräume. Diese Mittel sichern wir institutionell ab und machen damit die Beteiligung planbar und wirksam.

Wir gehen bewusst über die heute in Berlin üblichen, kleinteiligen Bürgerbudgets und Kiezfonds hinaus. Statt punktueller Mitwirkung an Einzelprojekten schaffen wir echte Bürgerhaushalte mit relevanten Budgetanteilen, verbindlichen Abstimmungen und garantierter Umsetzung der ausgewählten Vorhaben. Unser Ziel ist eine schrittweise Entwicklung eines Modells, bei dem Bürger*innen über substanzielle Teile des Haushalts direkt mitentscheiden.

Auch auf Landesebene öffnen wir die Haushaltsplanung für strukturierte Beteiligung. So erhält Beteiligung eine materielle Grundlage und wird zu einem echten Bestandteil

politischer Entscheidungen. Wir denken Beteiligung auch lokal und setzen neben Landes- und Bezirksebene Beteiligung auch direkt im Kiez um.

Jetzt Demokratie für alle, die hier leben

Wir ergänzen die repräsentative Demokratie durch strukturierte Beteiligungsformate. Wir führen dazu regelmäßig Bürgerräte ein, die per Losverfahren zusammengesetzt werden und die Vielfalt der Stadt abbilden. Die Räte beraten zu klar definierten Fragestellungen und erarbeiten Empfehlungen auf Grundlage transparenter Informationen. Wir verpflichten Politik und Verwaltung, öffentlich und begründet zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen.

Wir stärken direktdemokratische Instrumente. Wir führen ein fakultatives Referendum ein: Ändert das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, das durch einen Volksentscheid beschlossen wurde, dann reichen schon 2,5 Prozent der Wahlberechtigten aus, um eine neue Volksabstimmung darüber herbeizuführen.

Best Practice

Paris (Bürgerhaushalte): Rund 5 % des städtischen Investitionshaushalts werden direkt durch Bürger*innen entschieden. Seit der Einführung 2014 entspricht das einem Volumen von mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr. Der Prozess ist klar strukturiert: öffentliche Einreichung von Projekten, Prüfung durch die Verwaltung, anschließende verbindliche Abstimmung durch die Bevölkerung und verpflichtende Umsetzung der Gewinnerprojekte. Die Teilnahme ist sowohl digital als auch vor Ort möglich. Ein Teil der Mittel ist gezielt für benachteiligte Stadtteile reserviert.

BERLIN

LEBT

**Wohnen,
Mobilität und
lebenswerte
Kieze**

Berlin ist eine Stadt, die man im Alltag spürt. Die Wege durch den eigenen Kiez, der Kaffee um die Ecke, Kinder auf dem Spielplatz, Spätis, Parks und Menschen aus aller Welt, die diese Stadt lebendig machen. Berlin ist laut, kreativ, manchmal chaotisch – aber genau das lieben viele an dieser Stadt.

Und doch geraten die Grundlagen dieses Lebensgefühls zunehmend unter Druck. Wohnungen werden unbezahlbar, Busse und Bahnen sind zu oft unzuverlässig und viele Wege durch die Stadt kosten vor allem Zeit und Nerven. Wer mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs ist, fühlt sich oft nicht sicher. Gleichzeitig leiden viele Kieze unter Durchgangsverkehr, Leerstand, Müll und öffentlichen Räumen, um die sich zu lange niemand gekümmert hat.

Lebensqualität entscheidet sich im Alltag: ob Menschen bezahlbar wohnen, sich verlässlich fortbewegen und sich in ihrer Nachbarschaft wohlfühlen. Das bestimmt, ob Berlin eine Stadt für alle bleibt oder nur noch für manche.

Berlin lebt, wenn alle Menschen eine passende Wohnung finden können. Dafür braucht es schnellen und nachhaltigen Wohnungsbau, faire Regeln auf dem Mietwohnungsmarkt, Eigentumsförderung und den Willen, Wohnungslosigkeit zu überwinden. So schaffen wir ein Berlin, in dem Wohnen eine Selbstverständlichkeit ist.

Berlin lebt, wenn alle Menschen sich schnell, sicher und verlässlich durch die ganze Stadt bewegen können. Dafür braucht es einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr bis in die Außenbezirke und sichere Straßen und Wege für Fußgänger*innen und Radfahrende. So schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Fortbewegung im Alltag – unabhängig von Alter, Wohnort und Einkommen.

Berlin lebt, wenn jede Person vor der Haustür einen sauberen Kiez vorfindet – mit Orten, an denen sich Menschen aller Generationen begegnen und gut entwickeln und entfalten können. Unterschiedliche Nutzungen stehen nicht im Konflikt, sondern werden ausgeglichen, und die Menschen können ihren Kiez aktiv mitgestalten. So schaffen wir Nachbarschaften, die den Zusammenhalt stärken und die Lebensqualität im Alltag spürbar verbessern.

BERLIN LEBT: MIT SCHNELLEM UND NACHHALTIGEM WOHNUNGSBAU

Berlin leidet unter einem extrem angespannten Wohnungsmarkt und fortlaufenden Mietpreissteigerungen. Schon heute fehlen der Stadt mindestens 100.000 Wohnungen. Bauziele werden regelmäßig verfehlt und Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Steigende Baukosten und hohe Auflagen verknappen das Angebot so sehr, dass rasant wachsende Mieten die soziale Vielfalt unserer Stadt enorm unter Druck setzen. Gleichzeitig stehen Wohnungen leer oder werden spekulativ zurückgehalten.

Wir eröffnen neue Perspektiven für ein nachhaltig wachsendes Berlin. Wir schaffen mit modernen und ressourcenschonenden Ansätzen mehr Wohnraum. Wir bauen mehr und schneller durch die effiziente Nutzung von Flächen und durch digitalisierte Anträge. Für eine zügige Umsetzung in großem Maßstab machen wir modulares und serielles Bauen zu einem wichtigen Hebel für dauerhaft bezahlbare Mieten. Indem wir zudem den landeseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand massiv ausweiten, schaffen wir einen echten Preisanker, der den Gesamtmarkt stabilisiert.

Wir sichern ein Berlin für alle, mit verbindlichen Sozialquoten im Wohnungsbau und dem Housing-First-Prinzip für Wohnungslose: Diese erhalten zuerst eine eigene Wohnung, statt Hilfe an Vorbedingungen zu knüpfen. Denn Wohnen darf keine existenzielle Sorge sein, sondern muss eine Selbstverständlichkeit werden – menschenwürdig, inklusiv und in finanzieller Hinsicht klüger.

Jetzt mehr bauen und umnutzen

Wir passen den Stadtentwicklungsplan 2040 konsequent an die Realität an, um Flächen für 300.000 neue Wohnungen zu sichern. Damit schaffen wir die notwendige Basis, um den Berliner Wohnungsmarkt langfristig und spürbar zu entspannen.

Der Großteil dieses Volumens entsteht durch die im Stadtentwicklungsplan 2040 gesicherten Neubaugebiete. Ergänzend setzen wir auf sofort wirksame Maßnahmen im Bestand: Wir erschließen potentiell über 10.000 Wohnungen durch die Vereinfachung der Bauordnung und Erhöhung der Traufhöhe für Dachgeschossausbauten und Aufstockungen. Gleichzeitig vereinfachen wir die Umwandlung leerstehender Gewerbe- oder Bestandsflächen in attraktiven Wohnraum: mit schnellem Genehmigungsverfahren, flexiblen Baunormen und Unterstützung der Eigentümer*innen bei der Umnutzung. So schaffen wir Platz für 30.000 neue Wohnungen in bereits bestehenden Gebäuden.

Wir beenden den Stillstand bei der Mobilisierung von Bauland durch den Einsatz datengestützter Analysen (Geoanalytik). Wir analysieren digitale Karten und Satellitenbilder, um brachliegende Flächen und Baulücken, die sofort mit Wohnraum bebaut werden könnten, automatisch aufzuspüren. Auf dieser Basis setzen wir das

Baugebot konsequent durch und führen eine Grundsteuer C ein, die unbebaute Grundstücke höher besteuert, um Spekulationen entgegenzuwirken.

Best Practice

Bayern (Dachausbau): Bayern hat mit seiner novellierten Bauordnung gezeigt, wie durch den Verzicht auf Genehmigungspflichten beim Dachausbau tausende neue Wohnungen im Bestand ohne Zeitverzug entstehen können.

Amsterdam (Umnutzung von Büroflächen): Durch flexible Baunormen konnten tausende leerstehende Büroflächen in Wohnraum umgewandelt und so fast 7.000 Wohnungen geschaffen werden.

Jetzt schneller bauen

Wir beenden den Bau-Stillstand und setzen auf die aktive, systematische Nutzung des Bau-Turbos. Dieses Sonderbaurecht erlaubt es, dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum auch dort schnell zu genehmigen, wo veraltete Bebauungspläne Projekte bisher blockieren. Wir nutzen diesen Hebel konsequent, um die Zeit von der Planung bis zum Baubeginn von Jahren auf Monate zu verkürzen.

Wir übersetzen Bauvorschriften systematisch in maschinenlesbare Regeln – das sogenannte Rule-Mapping. So können Bauanträge automatisiert auf Konformität geprüft werden. Das verkürzt die Prüfzeiten erheblich und entlastet die Verwaltung.

Wir digitalisieren den gesamten Weg vom Erstantrag bis zur Baufreigabe. Durch eine durchgängig digitale Schnittstelle zwischen Bürger*innen, Architekt*innen und Behörden schaffen wir volle Transparenz und maximale Geschwindigkeit.

Best Practice

Thüringen (Rule-Mapping): KI-gestütztes Rule-Mapping erlaubt es, Bauvorschriften automatisiert mit Bauanträgen abzugleichen und so die Genehmigungsphasen drastisch zu verkürzen.

Jetzt günstiger bauen

Wir führen auch in Berlin den sogenannten „Hamburg-Standard“ für kostengünstiges und effizientes Bauen ein: Durch damit vereinfachte Vorgaben, modulare Bauweisen und beschleunigte Genehmigungsverfahren schaffen wir einen verbindlichen Rahmen, der Qualität sichert und gleichzeitig Zeit und Kosten reduziert.

Wir lassen den Expert*innen-Arbeitskreis aus Bauwirtschaft, Wohnungswirtschaft, Verwaltung und Forschungseinrichtungen systematisch weitere Einsparpotenziale bei bestehenden Vorgaben und technischen Standards erarbeiten. So identifizieren wir Kostentreiber und vereinfachen Regelungen dort, wo die Bau- und Lebensqualität nicht beeinträchtigt wird. Wir sorgen dafür, dass die Anforderungen des Denkmalschutzes und des Milieuschutzes flexibler gestaltet und gehandhabt werden, um Modernisierungen und Dachgeschossausbauten attraktiver zu machen.

Best Practice

Hamburg (Hamburg-Standard): Der Hamburg-Standard ermöglicht schnellstmöglich qualitativ hochwertiges, schnelles und günstigeres Bauen.

Jetzt bezahlbares Wohnen fördern

Wir stärken Genossenschaften, landeseigene Wohnungsunternehmen, aber auch Konzepte für Mehrgenerationenwohnen, private Baugruppen und Modelle für Werkwohnungen von Unternehmen, um den gemeinwohlorientierten Berliner Wohnungsbestand perspektivisch auf einen Anteil von bis zu 50 % zu erhöhen. Dazu senken wir Grundstückskosten mit dem konsequenten Einsatz des Erbbaurechts und bauen die bestehenden IBB-Förderprogramme für zinsgünstige Darlehen und Genossenschaftsförderung gezielt für solche Projekte aus, damit sie Planungssicherheit schaffen und Mieten dauerhaft stabil halten. Zusätzlich fördern wir die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Deshalb reservieren wir gezielt Flächen für gemeinschaftliche Projekte und vergeben öffentliche Grundstücke verstärkt nach Konzeptqualität statt Höchstpreis. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Genossenschaftsanteile bei der Gewährung von Förderkrediten als Sicherheiten anerkannt werden.

Wir stärken die IBB-Förderung für Wohneigentum im Neubau mit verbesserten Konditionen für zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften beim Erwerb von Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern zur Eigennutzung.

Wir setzen uns mit einer Bundesratsinitiative für eine einmalige, personengebundene Grunderwerbsteuer-Freigrenze von 36.000 Euro beim erstmaligen Erwerb von Wohneigentum ein. Damit ermöglichen wir eine vollständige Steuerbefreiung bis zu einem Kaufpreis von 600.000 Euro pro Person. Die Freigrenze kann nur einmal im Leben genutzt und bei einem gemeinsamen Erwerb zusammengelegt werden, um Erstkäufer*innen gezielt zu entlasten. Ob die Wohnung selbst genutzt oder vermietet wird, bleibt der persönlichen Entscheidung überlassen.

Best Practice

Wien (Wiener Modell): Wien nutzt öffentliche Darlehen mit extrem niedrigen Zinsen und langen Laufzeiten, um im Gegenzug dauerhaft preisgebundenen Wohnraum in höchster Qualität zu sichern.

Dänemark (Mehrgenerationenwohnen/„Bofællesskaber“): Seit den 1970er Jahren unterstützt der Staat gemeinschaftliche Wohnprojekte durch klare rechtliche Rahmenbedingungen, gezielte Flächenvergabe und die Einbindung in kommunale Planung. In solchen Projekten verbinden Bewohner*innen private Wohnungen mit umfangreichen Gemeinschaftsflächen und organisieren Teile ihres Alltags – etwa Kinderbetreuung, Pflegeunterstützung oder gemeinsames Essen – selbst. Das ermöglicht insbesondere älteren Menschen, selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben („ageing in place“).

Niederlande (Grunderwerbsteuer): Das niederländische Modell befreit junge Eigennutzer*innen beim ersten Immobilienkauf von der Grunderwerbsteuer.

Jetzt den Mietmarkt fair und sicher gestalten

Wir schaffen ein stabiles politisches Umfeld für privatwirtschaftliche Investitionen. Damit ermöglichen wir Planungssicherheit und fordern gleichzeitig die Verantwortung großer Wohnungsunternehmen ein: Die Mietpreisbremse bleibt in Quartieren mit angespanntem Mietwohnungsmarkt bestehen. Gleichzeitig vereinfachen wir das Prüfverfahren für zulässige Mietforderungen, um eine bessere Wirksamkeit zu erzielen. Wir beschränken den Anwendungsbereich der Mietpreisbremse auf Gebiete mit tatsächlichem Eingriffsbedarf.

Wir lehnen starre Mietendeckel und pauschale Enteignungen ab, da die Evidenz zeigt, dass sie das eigentliche Problem verschärfen: Sie verknappen das Angebot, bremsen Investitionen in Modernisierung aus und binden im Fall von Enteignungen Milliarden an Entschädigungen, die für den Neubau fehlen. Stattdessen schaffen wir einen fairen Markt, auf dem durch mehr Angebot und gezielte Förderung bezahlbare Mieten für alle sichergestellt sind.

Wir führen eine fälschungssichere, digitale Wohnraum-Datenbank für maximale Transparenz des Mietspiegels ein. Damit machen wir die Ausgestaltung von Mieten nachvollziehbar und legen Leerstand sowie Spekulation offen. Gleichzeitig schaffen wir Rechtssicherheit für Vermieter*innen.

Jetzt soziales Wohnen fördern

Wir halten an verbindlichen Sozialquoten bei großen Neubauprojekten fest, damit Berlin eine Stadt für alle bleibt. Wir stellen sicher, dass neue Quartiere von Anfang an eine gesunde soziale Mischung aufweisen.

Wir führen eine Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen ein: Wer deutlich über der Einkommensgrenze liegt, zahlt einen gestaffelten Zuschlag. So entsteht ein Anreiz, in den freien Markt zu wechseln und die Chance, dass Sozialwohnungen für Wartende frei werden. Die Einnahmen fließen zweckgebunden in den Neubau weiterer Sozialwohnungen.

Wir bekämpfen den Mangel an Sozialwohnungen sofort mit einem innovativen Modellprojekt. Wir gründen eine soziale Miet-Agentur zusammen mit erfahrenen Vereinen. Diese mietet Wohnungen direkt auf dem freien Markt an – egal ob von privaten Vermieter*innen, Wohnungsunternehmen oder Genossenschaften – und gibt sie gezielt an Menschen mit geringem Einkommen weiter. Vermieter*innen bekommen mit dem Projekt ein „Rundum-sorglos-Paket“: 100 % Mietgarantie durch das Land Berlin, eine professionelle Verwaltung durch die Agentur und Steuervorteile durch die Neue Wohngemeinnützigkeit (NWG). Durch diese Absicherung der Agentur wird Wohnraum, der vorher aufgrund von hohem Aufwand oder Bedenken nicht zur Verfügung stand, für besonders bedürftige Gruppen mobilisiert.

Best Practice

Frankfurt am Main (Fehlbelegungsabgabe): Die Stadt zeigt, wie eine gerechte Fehlbelegungsabgabe funktioniert. Dadurch fließen jährlich Millionenbeträge zweckgebunden zurück in die Wohnraumförderung.

Jetzt Wohnungslosigkeit überwinden

Wir bekämpfen Wohnungs- und Obdachlosigkeit mit einem landesweiten Housing-First-Bauprogramm. Ein eigenes Zuhause und Betreuung ist die Grundvoraussetzung für Gesundheit und Arbeit und für den Staat deutlich günstiger als die Verwaltung von Notstand. Wir geben Menschen ohne festen Wohnsitz eine Wohnung und Betreuung, statt sie dauerhaft in teuren Gemeinschaftsunterkünften oder auf der Straße zu lassen. Wir helfen hier mit seriell gefertigten Mini-Wohnungen den betroffenen Menschen, wieder Fuß zu fassen.

Best Practice

Finnland (Housing First): Finnland hat die Obdachlosigkeit seit den 1980er Jahren um rund 80 % reduziert, unter anderem durch die gemeinnützige Y-Foundation und eine konsequente Housing-First-Strategie auf nationaler Ebene.

BERLIN LEBT: MIT ATTRAKTIVER, SICHERER UND NACHHALTIGER MOBILITÄT FÜR ALLE

Staus, Lärm und schlechte Luft belasten den Alltag vieler Berliner*innen. Autofahrende verbringen jedes Jahr zahlreiche Stunden im Stau, während Anwohner*innen unter Lärm und Abgasen leiden. Ein großer Teil der Berliner Haushalte besitzt kein eigenes Auto oder nutzt es nur selten, doch der motorisierte Individualverkehr beansprucht weiterhin einen überproportionalen Anteil des öffentlichen Raums. Die zahlreichen Menschen, die stattdessen auf Bus und Bahn angewiesen sind, erleben den ÖPNV häufig als unzuverlässig, überfüllt oder schlecht abgestimmt, besonders in den Außenbezirken. Wer zu Fuß geht oder Rad fährt, tut das nicht ohne Risiko: Jährlich kommt es zu über 130.000 Verkehrsunfällen, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sind dabei überdurchschnittlich oft schwer betroffen. Und Baustellen, die sich über Monate in die Länge ziehen, ohne dass sichtbar gearbeitet wird, nehmen den Menschen den Raum, den sie ohnehin schon zu wenig haben.

Wir fördern echte Wahlfreiheit im Alltag. Menschen sollen selbst entscheiden können, wie sie sich fortbewegen. Diese Entscheidung fällt dann zugunsten nachhaltiger Mobilität aus, wenn die Alternativen zum Auto attraktiv sind. Unser Ansatz ist klar: Pünktliche, bequeme und bezahlbare Angebote führen dazu, dass weniger Menschen auf das Auto angewiesen sind. Dafür bauen wir unsere Bahnhöfe zu Mobilitätshubs aus, ergänzen Angebote außerhalb des S-Bahn-Rings und arbeiten an der Automatisierung von Verkehr. Zudem soll kein Mensch im Berliner Straßenverkehr sterben oder schwer verletzt werden. Verkehrssicherheit ist für uns keine Frage individuellen Verhaltens, sondern das Ergebnis guter Planung und konsequenter Umsetzung.

Jetzt ÖPNV attraktiver machen

Wir reinigen Bahnhöfe mehrmals pro Tag, beheben technische Defekte schneller und bauen Sicherheitspersonal sowie Sozialarbeit an Umsteigepunkten aus. So geben wir den Bürger*innen ein sicheres Gefühl und stärken das Vertrauen in den ÖPNV. Voraussetzung für echte Teilhabe ist der barrierefreie Zugang zum Nahverkehr. Wir

wollen bis spätestens 2030 für alle noch nicht barrierefreien Berliner Verkehrsstationen (Bus, Tram, S-/U-Bahn) fertige Umbaupläne vorliegen haben, um im Anschluss die bauliche Umsetzung systematisch abzuarbeiten.

Wir entwickeln Jelbi zur zentralen Mobilitätsplattform weiter, in der alle Sharing- und On-Demand-Anbieter eingebunden sind. Bahnhöfe werden zu modernen Hubs mit Sharing-Angeboten, Bike&Ride-Anlagen (z. B. Fahrradparkhäusern) und barrierefreien Wegen. Park&Ride-Standorte an den Stadtgrenzen und in den Außenbezirken entlasten die Innenstadt vom Verkehr und ermöglichen einen unkomplizierten Umstieg auf das gemeinsame Mobilitätsnetz.

Wir setzen uns für eine langfristige Finanzierung des Deutschlandtickets ein und verbessern gleichzeitig das ÖPNV-Angebot in den Außenbezirken und Randlagen durch digitale Rufbusse und autonome Shuttles. Dieser Service-auf-Anfrage bringt Menschen von der Haustür zu jedem anderen Ort, insbesondere zum Schienennetz, und bietet so eine echte Alternative zum eigenen Auto. Denn bezahlbare Mobilität nützt nur dann, wenn es auch ein Angebot gibt, das Menschen tatsächlich nutzen können.

Wir machen das Tram- und vor allem das Busfahren attraktiver, komfortabler und barrierefreier. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass mittelfristig überall dort, wo es die räumlichen Gegebenheiten der Gehwege zulassen, Tram- und Bushaltestellen mit einer Sitzmöglichkeit und Überdachung ausgestattet werden. Dabei priorisieren wir Haltestellen in den Außenbezirken und solche mit geringerer Taktung, bei welchen lange Wartezeiten auftreten können. Die Finanzierung sichern wir über Werbeflächen an Haltestellen: Einnahmen aus lukrativen Innenstadtstandorten fließen in Wartehäuschen in den Randlagen.

Jetzt die Verkehrswende finanzieren

Wir führen eine City-Maut innerhalb des S-Bahn-Rings ein. Ausgenommen sind Handwerks- und Lieferfahrzeuge mit Gewerbeschein, Fahrzeuge von Pflege- und Rettungsdiensten, Fahrten von Schichtarbeitenden ohne ÖPNV-Anbindung zwischen 22 und 6 Uhr sowie Fahrzeuge von Schwerbehinderten mit Mobilitätseinschränkung. Die Maut wird dynamisch nach Tageszeit und Emissionsklasse gestaffelt. Parken wird berlinweit digital organisiert und nach Fahrzeuggröße und Emissionen gestaffelt bepreist. Anwohnerparkausweise werden kostendeckend bepreist und nach Fahrzeuggröße gestaffelt. Die Einnahmen fließen in den Ausbau des ÖPNV, in Rad- und Fußwege und in die Barrierefreiheit.

Best Practice

Paris (verkehrsberuhigte Innenstadt): Die Stadt hat den Autoverkehr im Zentrum konsequent zurückgebaut. Eine Airparif-Studie belegt einen Rückgang der NO₂-Belastung um 45 % zwischen 2014 und 2024. Die 2024 eingeführte Zone à Trafic Limité soll den Durchgangsverkehr um bis zu 70 % senken. Die Einnahmen fließen in Rad- und ÖPNV-Infrastruktur.

Amsterdam (Anwohnerparken): Die Stadt hat Anwohnerparkausweise nach Fahrzeuggröße und Emissionsklasse gestaffelt bepreist und gleichzeitig die Gesamtzahl der Ausweise stark begrenzt. Seitdem ist die Zahl der in der Innenstadt zugelassenen Pkw messbar gesunken und der öffentliche Raum wurde für Grünflächen und Radwege zurückgewonnen.

Jetzt Mobilität digitalisieren und ausbauen

Wir investieren in digitale Technik wie intelligente Ampeln. Diese Technik beschleunigt Busse und Bahnen und sorgt für flüssigere Verkehrsabläufe. Wir priorisieren die Vollautomatisierung von U-Bahnen, um höhere Taktungen und den stabilen Betrieb rund um die Uhr zu ermöglichen. Bei Tram und Bus setzen wir auf digitale Unterstützungssysteme, die Fahrer*innen entlasten und die Zuverlässigkeit erhöhen. So machen wir den ÖPNV unabhängiger vom Fachkräftemangel, ohne bestehende Arbeitsplätze zu gefährden.

Wir machen den Weg frei für Klimaneutralität im Verkehrssektor: Mit einem modernisierten und umfassenden ÖPNV vermeiden wir Emissionen. Wir setzen dafür zeitnah einen modernen Nahverkehrsplan um, der Investitionen bündelt, Takte verbessert und neue Tangentialverbindungen wie Tram- und Expressbuslinien schafft. Der Ausbau von U-Bahn, Tram, S-Bahn und Regionalverkehr wird dabei integriert und frühzeitig abgestimmt, sodass Kosten und Planungsdauer sinken.

Best Practice

Nürnberg (Autonome U-Bahnen): Fahrerlose U-Bahnen zeigen, wie Automatisierung die Takte und Zuverlässigkeit verbessert. Ehemalige U-Bahn-Fahrer*innen wurden zu KUSS-Mitarbeitenden (Kunden- und Systemservice) umgeschult.

Jetzt Straßen sicher machen

Wir starten ein Sofortprogramm, um Kreuzungen sicherer zu machen und alle Unfallschwerpunkte bis 2030 zu beseitigen. Getrennte Ampelphasen für Rad- und Autoverkehr sowie Grünpfeile für abbiegende Radfahrer*innen verhindern Konflikte. An gefährlichen Kreuzungen bauen wir Schutzinseln und abgesetzte Aufstellflächen, um Radwege räumlich vom motorisierten Individualverkehr zu trennen und so für mehr Sicherheit zu sorgen.

Wir installieren intelligente Ampelanlagen. Diese reagieren auf Verkehrssituationen, verringern Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmenden und verbessern gleichzeitig den Verkehrsfluss. So entsteht Sicherheit, ohne Mobilität einzuschränken.

Wir weiten Tempo-30-Zonen konsequent an Orten aus, an denen Menschen besonderen Schutz brauchen, insbesondere rund um Schulen, Kitas, Spielplätze und an wichtigen Fußwegen. Gleichzeitig arbeiten wir auf Bundesebene daran, Tempo-30 als Regelgeschwindigkeit in Innenstädten festzuschreiben, um Unfälle zu vermeiden und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Wir klären gezielt an Schulen auf und stärken so Rücksichtnahme und verantwortungsbewusstes Verhalten im Straßenverkehr. Bewusstsein schützt, bevor es zu gefährlichen Situationen kommt.

Wir bauen die Überwachung von zu schnellem Fahren und Falschparken spürbar aus, besonders an sensiblen Orten. Zusätzliche Blitzer und automatische Kontrollen schaffen Verlässlichkeit und schützen Menschen im Alltag.

Wir bauen ein System, mit dem man Gefahrenstellen per Foto und Standort melden kann. Das ermöglicht schnelle Reaktionen. Wir verpflichten die Verwaltung nachzuweisen, welche Schritte nach einer Meldung eingeleitet wurden. So gestalten Stadt und Bürgerschaft gemeinsam sichere Straßen.

Best Practice

Helsinki: Die Stadt erreichte im Juli 2025 erstmals zwölf Monate ohne Verkehrstote dank konsequentem Tempo 30 auf den meisten innerstädtischen Straßen und wirksamer Geschwindigkeitskontrollen im Rahmen der „Vision Zero“-Strategie.

Jetzt Geh- und Radwege sicher machen

Wir planen Straßen so, dass geschützte Radwege durchgehend vorhanden sind und Fußwege ausreichend Platz bieten. Wir sorgen für klare Querungen, sichere Kreuzungen und barrierefreie Gestaltung. Um das zu gewährleisten, bauen wir

bis 2030 alle Kreuzungen, die zum Umstieg auf Tram-, S- und U-Bahnhöfe benötigt werden, vollständig barrierefrei um.

Wir planen und bauen Radwege, Fahrradstraßen und Radschnellverbindungen konsequent und zügig aus. Insbesondere fordern wir, die Planung der gestoppten Radschnellwege unverzüglich wieder aufzunehmen und zügig umzusetzen. Dabei setzen wir den Radverkehrsplan um und schaffen eine durchgehende, sichere und komfortable Fahrradinfrastruktur. Das schützt auch Fußgänger*innen und Autofahrer*innen.

Jetzt Baustellen reduzieren

Wir beenden das Baustellenchaos, damit Baustellen den Verkehr nur so lange beeinträchtigen, wie dort auch wirklich gearbeitet wird.

Wir verpflichten Firmen, bei längeren Arbeitsunterbrechungen die Verkehrsflächen zu räumen und in verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Des Weiteren müssen die Einschränkungen für den nicht motorisierten Verkehr möglichst gering gehalten werden. Wir weisen Bezirke an, Vollsperrungen im öffentlichen Raum nicht pauschal für einen langen Zeitraum zu genehmigen, sondern bei langen Pausen zwischen Bauphasen eine provisorische Nutzbarkeit herzustellen.

Wir setzen auf eine rechtssichere Durchsetzung von pauschalierten Vertragsstrafen bei Fristüberschreitungen von Straßen- und Gehwegbaustellen. Dadurch bleiben Gehwege nur so lange gesperrt, wie wirklich nötig. Zur Durchsetzung eines effizienten und schnellen Baufortschritts erhöhen wir zudem die Sondernutzungsgebühren. Damit verhindern wir, dass Baufirmen in Berlin Gehwege im Voraus oder nach Bauende wochenlang blockieren. Bei Fristüberziehung erhöht sich die Preissteigerung exponentiell.

Best Practice

Wien (Sicherheit auf Wiens Baustellen): Wien setzt mit der „Sicherheit auf Wiens Baustellen“-Vorgabe verbindliche Standards um, welche die Einschränkungen für den nicht motorisierten Verkehr möglichst gering halten. In der MA 46 für Baustellen stehen zudem konkrete Bedingungen, welche für die Firmen verpflichtend sind, sobald öffentlicher Raum für eine Baustelle benötigt wird.

BERLIN LEBT: MIT GEMEINSAM GESTALTETEN KIEZEN

Berlins öffentlicher Raum ist ungerecht verteilt: Obwohl nur 22 % der Wege mit dem Auto zurückgelegt werden, beansprucht der motorisierte Verkehr 58 % der Fläche. Rund 19 % des Raums werden durch parkende Autos blockiert, die wiederum im Schnitt 23 Stunden am Tag ungenutzt bleiben. Lokales Gewerbe und Lebensqualität leiden unter dem Durchgangsverkehr, während die aktuelle politische Debatte um Kiezblöcke feststeckt und Anwohnende mit ihren Sorgen allein lässt.

Wir verwandeln Berliner Kieze in sichere Lebensräume für alle Generationen. Durch eine faire Flächenverteilung schaffen wir Platz für Begegnung, Grün und spielende Kinder. Wir wollen eine „Stadt der kurzen Wege“, in der die Menschen vor Ort durch echte Mitbestimmung zu Gestalter*innen ihrer Nachbarschaft werden. Gleichzeitig nutzen wir die Umgestaltung für Entsiegelung, Begrünung und Regenwassermanagement, um Berlins Kieze widerstandsfähiger gegen Hitze und Starkregen zu machen. So steigern wir die Lebensqualität und stärken den lokalen Handel.

Jetzt Kieze aktiv mitgestalten

Wir setzen auf repräsentative Kiezbeiräte aus gelosten Anwohnenden und Gewerbetreibenden. Diese fungieren als Bindeglied zur Verwaltung und erarbeiten gemeinsam tragfähige Lösungen, die genau zum jeweiligen Viertel passen.

Wir geben den Bürger*innen die finanzielle Entscheidungsgewalt über ihr direktes Umfeld. Jedes Viertel erhält ein eigenes Budget, mit dem Anwohnende neue Spielstraßen, zusätzliche Bänke, Begrünungen und ähnliche Projekte eigenständig finanzieren und umsetzen.

Wir brechen politische Blockaden auf, indem wir neue Konzepte in zeitlich begrenzten Reallaboren ausprobieren. Über sechs bis neun Monate testen wir Maßnahmen wie Poller gegen Durchgangsverkehr oder neue Sitzflächen und werten die Daten zu Sicherheit und Luftqualität gemeinsam mit den Anwohnenden aus.

Best Practice

Hamburg (freiRaum Ottensen): Das Projekt nutzt geloste Beiräte, um die Akzeptanz für verkehrsberuhigte Quartiere zu steigern.

Jetzt Kieze beleben

Wir bauen Parkplatzflächen schrittweise zurück, um Platz für breite Gehwege, sichere Radspuren, Grünflächen und Außengastronomie zu gewinnen. Diese Umwandlung in

Flaniermeilen belebt das lokale Gewerbe, da Menschen dort einkaufen, wo sie gerne verweilen.

Wir gestalten Wohngebiete nach dem Prinzip der Wohnstraße um, in der sich der Autoverkehr dem Fuß- und Spielverkehr unterordnet. Durch bauliche Anpassungen verhindern wir gefährlichen Durchgangsverkehr, damit Kinder sich selbstständig im Kiez bewegen können.

Wir gestalten Kieze altersfreundlich und alltagstauglich. Dazu gehören ausreichend Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, Trinkbrunnen, Schattenplätze, gute Beleuchtung sowie sichere und barrierefreie Gehwege. Querungen und Ampelschaltungen müssen so geplant werden, dass auch ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sie sicher und selbstständig nutzen können.

Best Practice

Niederlande (Wohnhof-Prinzip): Das Prinzip macht Wohnstraßen zu sicheren Begegnungsräumen, in denen Kinder Vorrang haben.

Barcelona (Superblock-Modell/„Superilles“): Die Stadt hat ganze Wohnviertel vom Durchgangsverkehr befreit. Innenbereiche gehören Fußgänger*innen, Radfahrenden und spielenden Kindern – der Autoverkehr wird auf Hauptstraßen gelenkt.

Niederlande (Humanitas/Ageing in Place): In den Niederlanden wird Mobilität mit dem Ziel verknüpft, älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Umfeld zu ermöglichen. Dichte ÖPNV-Netze, barrierefreie Infrastruktur und kurze Wege zu alltäglichen Angeboten sorgen dafür, dass auch im hohen Alter Teilhabe möglich bleibt.

BERLIN LEBT: MIT STÄRKUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER STADT

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer Zeit großer gesellschaftlicher Veränderungen auf. Gleichzeitig werden junge Menschen politisch zu wenig gehört. In vielen Berliner Kiezen fehlen sichere Aufenthaltsräume, Freizeitangebote und niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen. Zudem hat die schwarz-rote Koalition fast 50 Millionen Euro bei Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und politischer Bildung gestrichen. Marode Jugendclubs können nicht saniert werden, Jugendverbände werden gekürzt und Trägerorganisationen fehlt die Planungssicherheit.

Wir machen Kinder und Jugendliche zu zentralen Akteur*innen der Stadtgesellschaft. Sie sind die Zukunft Berlins. Eine lebenswerte Stadt bietet ihnen sichere Räume, echte Beteiligung und verlässliche Strukturen für Begegnung, Freizeit und Unterstützung.

Dafür stärken wir niedrigschwellige Beteiligungs- und Jugendangebote in den Kiezen – aber auch im digitalen Raum –, halten an der vereinbarten Finanzierungssteigerung fest und denken Kinder und Jugendliche bei der Stadtentwicklung mit. So stärken wir junge Menschen in Zeiten vielfältiger Herausforderungen.

Jetzt gezielt Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen

Wir richten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit gezielt danach aus, wo sie am dringendsten benötigt werden. Grundlage dafür ist das „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“, mit dem Ressourcen stärker auf besonders belastete Quartiere konzentriert werden. Dort bauen wir Jugendzentren, Sport- und Kulturangebote sowie Beratungsstellen aus und ergänzen sie durch mobile Angebote.

Wir stärken niedrigschwellige Angebote wie Familienzentren, aufsuchende Elternarbeit und frühe Hilfen, damit Familien frühzeitig erreicht werden und Krisen gar nicht erst entstehen. Prävention wird damit zu einem zentralen Bestandteil des Kinderschutzes.

Wir etablieren digitale Netzwerke der Jugendhilfe in Form von „Netzbegleiter*innen“, die Jugendliche niedrigschwellig in ihren digitalen Lebenswelten begleiten, bei Konflikten unterstützen und frühzeitig bei psychosozialen Belastungen sowie bei Desinformation und Online-Radikalisierung Orientierung bieten.

Wir schaffen allgemeingültige Qualitätsstandards sowie eine zentrale Koordination der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin. Dadurch werden wir effizienter und erzielen mit begrenzten Mitteln den größtmöglichen Nutzen. Wir verbessern die Koordination zwischen Bezirken und schaffen ein starkes Netzwerk an Jugendzentren und freien Trägern.

Best Practice

Ljubljana (Network of Youth Centres): Die Stadt bündelt die Kinder- und Jugendhilfe in einem zentralen Netzwerk, das einheitliche Standards festlegt und durchsetzt. Dies führt zu abgestimmten Angeboten, Qualitätssteigerung und weniger Doppelstrukturen.

Schweden (digitale Sozialarbeit/„Nätvandrarna“): Schweden hat ein Modell der digitalen Jugendsozialarbeit etabliert, bei der Fachkräfte Jugendliche direkt in sozialen Netzwerken begleiten, frühzeitig ansprechbar sind und niedrigschwellig bei sozialen, psychischen und digitalen Belastungen unterstützen.

Jetzt Träger langfristig absichern

Wir geben Trägerorganisationen Planungssicherheit, damit sie effizient in die Zukunft planen und Gelder zielgerichtet einsetzen können. Wir ersetzen dafür kurzfristige, projektgebundene Förderungen durch institutionell verankerte Strukturen mit abgesicherter Finanzierung und ansprechenden Arbeitsbedingungen. Wir erkennen an, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eng mit anderen Bereichen wie Bildung, Wohnen, Stadtentwicklung, Kultur und Sport verwoben sind. Wir wechseln deshalb das Paradigma von einem engen Fokus auf die fachliche Zuständigkeit einer einzelnen Stadtverwaltung hin zu interdisziplinären Ansätzen, um Kindern und Jugendlichen ein durchweg positives Lebensgefühl zu ermöglichen.

Jetzt Jugend beteiligen und stärken

Wir bauen europäische Austauschprogramme für Berliner Jugendliche aus und nutzen vermehrt EU-Förderprogramme wie Erasmus+, sodass sie Europa erleben können und für die europäische Zusammenarbeit gestärkt werden.

Wir fördern den Berliner Jugendcheck, der politische Entscheidungen systematisch auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen prüft. Zudem verankern wir Kinder- und Jugendparlamente (KiJuPs) auf Bezirksebene gesetzlich und statten sie mit festen Budgets aus. Vorschläge der Jugend müssen vom Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen innerhalb einer festen Frist offiziell beantwortet werden.

Best Practice

Lublin (Jugendstadtrat): Durch den Jugendstadtrat werden strukturierte Beteiligung und direkte Kommunikationswege zur Stadtspitze gestärkt. So wurde beispielsweise ein Summit für junge Engagierte organisiert und die Umgestaltung eines Ortes zu einem grünen Jugendplatz umgesetzt.

BERLIN LEBT: MIT SAUBERKEIT, ORDNUNG UND VERANTWORTUNG IM ALLTAG

Berlin produziert Müll – zu viel Müll, der auf unseren Straßen und Plätzen landet. Berliner*innen entsorgen deutlich mehr Restmüll als der Bundesschnitt (220 kg vs. 151 kg) und recyceln gleichzeitig weitaus weniger (30 % vs. 67 %). Stündlich werden 20.000 Einwegbecher wegen unzureichender Mehrwegangebote verbraucht. Das führt zu einem erheblichen Mehraufwand für Stadtreinigung und Verwaltung sowie steigenden Kosten für die öffentliche Hand. Zudem verringern vermüllte öffentliche Räume die Aufenthaltsqualität in der Stadt, während das Gefühl von Vernachlässigung und Unsicherheit im öffentlichen Raum wächst.

Wir machen Sauberkeit zur zentralen Voraussetzung für Lebensqualität, Sicherheit und gegenseitigen Respekt in der Stadt. Unser Ansatz verbindet einfache, alltagstaugliche Lösungen mit klarer Aufklärung und konsequenter Durchsetzung der Regeln. Sauberkeit ist für uns keine reine Ordnungsfrage, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe von Stadt, Wirtschaft und Gesellschaft. Wer richtig entsorgen will, soll das unkompliziert tun können – und wer Regeln missachtet, spürt die Konsequenzen. Wir wollen ein Berlin, in dem Menschen sich zu Hause fühlen und aktiv Verantwortung für den sauberen und nachhaltigen städtischen Raum übernehmen.

Jetzt Müll einfacher entsorgen

Wir schaffen wohnortnahe Kiez-Recycling-Punkte, die man einfach über [mein.berlin.de](https://www.berlin.de) oder eine App finden kann. Sie fungieren als moderne Sammelstellen für Recycling-, Sonder- und Sperrmüll, die rund um die Uhr zugänglich sind. Die Stationen funktionieren ohne Personal und sind per App oder Nutzungskarte zugänglich. Die digitale Nutzung ermöglicht eine freiwillige KI-basierte Analyse des Mülls und eine darauf basierende Vergabe von Punkten, die gegen kostenlose Sperrmüllabholungen, reduzierte Gebühren oder NochMall-Gutscheine eingelöst werden können.

Wir erklären verständlich, digital und mehrsprachig, wie Müll richtig getrennt und entsorgt wird – unterstützt durch QR-Codes an Mülltonnen, Glascontainern oder Sammelstellen. Ein besonderer Fokus liegt auf der korrekten Entsorgung von neuen Problemstoffen wie Einweg-E-Vapes, Lachgasflaschen und Batterien. Ergänzend fördern wir Bildungsangebote und Workshops, die den Gedanken von Müllvermeidung („Zero-Waste“) langfristig verankern.

Wir erhöhen die Anzahl der städtischen Mülleimer deutlich und stattdessen müllanfällige Punkte wie Bushaltestellen, Parks oder Sitzbänke konsequent mit separaten Zigaretten-Abfalleimern aus. Die Leerungsfrequenz erhöhen wir an besonders häufig besuchten Standorten. Zudem bewerben wir die Benutzung von Taschenaschenbechern.

Wir bauen das Belohnungssystem „Berlin-Pay“ für Berliner*innen und Tourist*innen weiter aus und verknüpfen es eng mit dem „Kehrenbürger“-Programm der BSR. Durch eine Werbekampagne werden die Berliner*innen auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht.

Wir sorgen für eine konsequente Verfolgung von illegaler Müllentsorgung. Wir finanzieren dafür vorgesehene Stellen in den Ordnungsämtern und etablieren bezirksübergreifende Einsatzteams.

Wir testen zusätzlich innovative Kampagnen, die die gesellschaftlichen Kosten sichtbar machen und die wahrgenommene Entdeckungswahrscheinlichkeit erhöhen. Diese Ansätze sind nachweislich wirksamer als reine Abschreckung durch Bußgelder,

wenn deren Durchsetzung als unwahrscheinlich gilt. Wir testen diese Maßnahmen modellhaft und verstetigen sie bei Erfolg.

Best Practice

Kopenhagen (Belohnungssystem): In Kopenhagen werden Menschen für umweltfreundliches Verhalten wie Müllsammeln oder eine umweltfreundliche Fortbewegung durch Gutscheine und Prämien belohnt.

Barcelona und Oslo (digitale Recycling-Stationen/"Osloøkkelen"): Die beiden Städte ermöglichen durch ein Netzwerk von Recycling-Punkten die wohnortnahe Abgabe von Sperr- und Sondermüll. Durch eine multifunktionale App wird einfacher Zugang ermöglicht.

Wien (Entsorgungsmöglichkeiten und WasteWatcher): In der österreichischen Hauptstadt gibt es ca. 70 % mehr Mülleimer als bei uns in Berlin und öffentliche Mülleimer werden häufiger geleert. Zudem haben die sogenannten „WasteWatcher“ durch konsequente Kontrollen und Präsenz die illegalen Müllablagerungen im öffentlichen Raum seit 2008 um bis zu 60 % reduziert.

London, Newham (innovative Abschreckungskonzepte): In der Kampagne wurden mehrere verhaltenswirksame Konzepte kombiniert, z. B. Hinweise auf Kosten für die Gesellschaft (etwa, dass Reinigungskosten Mittel binden, die sonst für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stünden), sowie sichtbare Hinweise auf laufende Ermittlungen wegen illegalen Sperrmülls, die zu einer Reduktion illegaler Müllablagerungen um rund 67 % geführt haben.

Jetzt Müll reduzieren

Wir führen eine Verpackungssteuer ein, um Einwegabfälle zu reduzieren. Mit den Einnahmen bauen wir eine berlinweite Mehrweg-Infrastruktur auf: mit flächendeckenden Rückgabestationen, beispielsweise in Supermärkten, und notwendigen Spülkapazitäten. So schaffen wir eine urbane Kreislaufwirtschaft, die Gastronomie und Nutzende durch einfache Lösungen entlastet. Wir stellen sicher, dass die bereits geltende Mehrweg-Angebotspflicht in Berlin konsequent kontrolliert und bei Missachtung geahndet wird.

Wir stärken den ReparaturBONUS in einer gemeinsamen Kampagne mit Unternehmen. So mobilisieren wir zusätzliche Investitionen, stärken Berliner Reparaturbetriebe und gewinnen mehr Menschen für Reparaturen statt Neuanschaffungen. Damit stärken wir auch Repair-Cafés als wichtige Orte des Zusammenhalts und gemeinsamen Lernens

sowie lokale Reparaturbetriebe, deren Dienste durch den Bonus stärker nachgefragt werden.

Wir stärken die Kreislaufwirtschaft durch moderne Sortieranlagen, die wertvolle Rohstoffe zurückgewinnen und unsere Importabhängigkeit verringern. Parallel dazu beschleunigen wir die Umstellung auf eine emissionsfreie E-Flotte in der Abfallwirtschaft durch priorisierte Genehmigungen der notwendigen Ladeinfrastruktur. Neue Müllverbrennungsanlagen lehnen wir ab, um keine langfristigen Abhängigkeiten von Abfallmengen zu schaffen und Recycling zu priorisieren.

Best Practice

Tübingen (Verpackungssteuer): In Tübingen hat die kommunale Verpackungssteuer den Einwegmüll deutlich reduziert, das Mehrwegangebot gestärkt und zusätzliche Einnahmen für kommunale Maßnahmen geschaffen.

BERLIN

LERNT

**Kita, Schule
und Beruf**

Berlin hat alles, was es bräuchte: die jüngste Großstadtbevölkerung im deutschen Vergleich, ein dichtes Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Kinder, von denen ein Drittel mehrsprachig aufwächst. In einer europäischen Metropole ist Mehrsprachigkeit kein Sonderfall – sie ist Realität und Vorteil zugleich.

Doch die Lücke zwischen Potenzial und Wirklichkeit ist groß. Beim Schuleintritt weist fast ein Drittel der Kinder erheblichen Sprachförderbedarf auf. Mehr als die Hälfte der Berliner Schulen kann den Unterrichtsplan nicht vollständig abdecken. Die Schulabbrecherquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Und wer nach Jahren im Beruf eine Weiterbildung braucht, steht vor einem Angebotsdschungel ohne klare Orientierung.

Das lässt sich ändern. Aber es braucht ein Verständnis von Bildung, das nicht an der Schultür aufhört. Bildung beginnt in der Kita, begleitet durch Ausbildung und Studium und endet nicht mit dem ersten Job. Eine Metropole wie Berlin kann nur dann sozial gerecht, wirtschaftlich stark und innovativ bleiben, wenn sie das Potenzial aller Menschen ausschöpft, die hier leben. Wer Talente ungenutzt lässt, schwächt nicht nur einzelne Lebensläufe, sondern die Handlungsfähigkeit der ganzen Stadt.

Berlin lernt, wenn Eltern einen verlässlichen Kitaplatz in der Nähe finden und jedes Kind von Anfang an die Förderung bekommt, die es braucht. Dafür braucht es geschultes Personal mit guten Arbeitsbedingungen, multiprofessionelle Teams und eine gezielte Sprach- und Mehrsprachigkeitsförderung. So schaffen wir verlässliche Startbedingungen für jedes Kind, unabhängig davon, in welchem Kiez es aufwächst.

Berlin lernt, wenn Schulen nicht nur Stoff vermitteln, sondern gut auf das Leben vorbereiten. Dafür braucht es interdisziplinäre Teams, moderne Ausstattung und eine umfassende Berufsorientierung für die Zeit nach der Schule. So schaffen wir Schulen, in die junge Menschen gerne gehen.

Berlin lernt, wenn der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium kein Lotteriespiel ist. Dafür braucht es eine frühe Berufsorientierung, eine gestärkte duale Ausbildung mit sozialer Absicherung und offene Türen für alle, die ihren Weg ändern wollen. So schaffen wir Perspektiven für jeden.

Berlin lernt, wenn seine Hochschulen die besten Köpfe Europas anziehen und halten. Dafür braucht es verlässliche Grundfinanzierung, transparente Karrierewege und gezielte Investitionen in Berlins wissenschaftliche Stärkefelder. So schaffen wir einen Wissenschaftsstandort, der seinem Ruf gerecht wird.

Berlin lernt, wenn jemand auch nach vielen Jahren im Job noch neue Wege gehen kann. Dafür braucht es Bildungsangebote, die sich an veränderte Lebensrealitäten anpassen – mit flexiblen Formaten, gezielter Unterstützung beim beruflichen Umstieg und offenen Hochschulen für alle Altersgruppen. So schaffen wir ein Umfeld, in dem Erfahrungen in die Zukunft der Stadt eingebracht werden können, statt verloren zu gehen.

BERLIN LERNT: WENN BILDUNG VOR DER EINSCHULUNG BEGINNT

Die Grundlagen für Bildungserfolg entstehen in den ersten Lebensjahren: Sprachentwicklung, soziale Kompetenzen, Lernfähigkeit. Doch Berlins System frühkindlicher Bildung leidet seit Jahren unter Fachkräftemangel, hoher Belastung und stark unterschiedlichen Qualitätsstandards. Welche Förderung ein Kind erhält, hängt heute vom Zufall der Platzvergabe ab. Beim Schuleintritt weist fast ein Drittel der Kinder erheblichen Sprachförderbedarf auf, Gruppen sind zu groß und fehlende Unterstützung erschwert pädagogische Arbeit.

Wir setzen deshalb früher und verbindlicher an. Mit einer qualitativ gesicherten Vorschulphase, gezielter Sprach- und Mehrsprachigkeitsförderung und einem besser vorbereiteten Übergang in die Grundschule schaffen wir verlässliche Startbedingungen für alle Kinder. Berlin hat dabei eine Stärke, die es zu nutzen gilt: Ein Drittel der Kinder wächst mehrsprachig auf. Dieses Potenzial fördern wir gezielt, statt es zu verwalten.

Jetzt verbindliche Standards für jede Kita

Wir stärken die Qualität frühkindlicher Bildung durch verlässliche Standards und bessere Arbeitsbedingungen. Denn die Qualität frühkindlicher Bildung hängt entscheidend von den Menschen ab, die in Kitas arbeiten. Wir verankern daher gesetzliche Zielgrößen für den Betreuungsschlüssel von 1:3 in der Krippe und 1:7,5 in der Kita. Wir bauen Ausbildung und Qualifizierungswege aus, strukturieren den Quereinstieg besser und beschleunigen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Wir stärken multiprofessionelle Teams in den Kitas: Neben Erzieher*innen arbeiten dort Fachkräfte aus den Bereichen Gesundheit, Sozial- und Heilpädagogik zusammen. So unterstützen wir Kinder und Familien gezielt und entlasten Fachkräfte spürbar.

Wir schaffen einen Berliner Kita-Rat, um Qualität langfristig zu sichern. Dieses unabhängige Gremium aus Wissenschaft, Praxis und Trägern begleitet die Entwicklung der frühkindlichen Bildung, überprüft regelmäßig Qualitätsstandards und gibt Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Systems.

Best Practice

Norwegen (multiprofessionelle Teams): Durch staatliche Kampagnen, Mentoringprogramme und bessere Arbeitsbedingungen wurde das gesellschaftliche Ansehen von frühpädagogischen Berufen gestärkt und mehr Fachkräfte für den Bereich gewonnen. Gleichzeitig tragen multiprofessionelle Teams und stabile Betreuungsschlüssel dazu bei, die Qualität der frühkindlichen Bildung dauerhaft zu sichern.

Jetzt einen frühen Zugang für alle einfach machen

Wir fördern gezielt den Kitabesuch ab dem dritten Lebensjahr, da frühkindliche Bildung nur ihre Wirkung entfaltet, wenn alle Kinder tatsächlich Zugang haben. Kitas in Quartieren mit hohem Bedarf erhalten Vorrang beim Platzausbau. Wir gestalten Öffnungszeiten flexibler, damit auch Eltern mit Schichtarbeit oder unregelmäßigen Arbeitszeiten verlässliche Betreuung finden.

Wir stärken alltagsintegrierte Bewegungs- und Kreativangebote. Sprachförderung findet dort statt, wo Familien bereits sind: in der Kita, nicht als zusätzlicher Termin anderswo. Wir fördern innovative und naturnahe pädagogische Konzepte, die kognitive, soziale und motorische Entwicklung von Kindern nachweislich unterstützen.

Jetzt den Übergang in die Schule verbindlich machen

Wir führen eine qualitativ gesicherte Vorschulphase ab fünf Jahren verbindlich ein, in der sprachliche, soziale und kognitive Grundlagen gezielt gestärkt werden. Wir führen Sprachtests mit vier Jahren verbindlich durch und verknüpfen sie mit gezielter Förderung durch qualifizierte Sprachlehrkräfte. Kita und Grundschule arbeiten dabei mit gemeinsamer Förderplanung und regelmäßigem Austausch zusammen. So tragen wir nachweislich dazu bei, Bildungsungleichheiten früh zu reduzieren.

Best Practice

Frankreich (verpflichtende Vorschule ab drei Jahren): Frankreich hat 2019 eine gesetzliche Vorschulpflicht ab drei Jahren eingeführt. Die Vorschule ist Teil des öffentlichen Bildungssystems, kostenfrei und flächendeckend verfügbar. Die Maßnahme gilt international als Beispiel dafür, wie frühkindliche Bildung zur Förderung von Chancengerechtigkeit genutzt werden kann.

BERLIN LERNT: MIT SCHULEN, DIE FÖRDERN UND FORDERN

In Berlin hängt der Bildungserfolg noch immer stark vom Elternhaus, vom Wohnort und von der konkreten Schule ab. Mehr als die Hälfte der Schulen kann den Unterrichtsplan nicht vollständig abdecken. Die Schulabbrecherquote lag 2023 über dem Bundesdurchschnitt. Lehrkräftemangel, hohe Arbeitsbelastung und fehlende Unterstützung bringen viele Schulen dauerhaft an ihre Belastungsgrenzen. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen: heterogene Lerngruppen, digitale Lernformen, Berufsorientierung und individuelle Förderung.

Wir machen Berliner Schulen leistungsfähiger und gerechter. Wir stärken die Unterrichtsqualität, machen Lernfortschritte transparenter und gestalten Bildungswege durchlässiger. Wir nutzen Mehrsprachigkeit als Berliner Stärke und bauen unsere Europaschulen gezielt aus. Für stark belastete Schulen bauen wir ein Turnaround-Programm mit klarer Ergebnisverantwortung auf. So schaffen wir ein Schulsystem, das hohe Leistung ermöglicht, Mehrsprachigkeit als Stärke nutzt und allen Kindern faire Entwicklungschancen eröffnet.

Jetzt Unterrichtsqualität stärken

Wir stärken die Unterrichtsqualität, indem wir in die Menschen investieren, die sie tragen. Wir gewinnen deshalb Lehrkräfte langfristiger und gezielter und bauen Ausbildungs- und Qualifizierungswege aus. Wir strukturieren den Quereinstieg bedarfsorientiert und begleiten ihn pädagogisch, damit neue Lehrkräfte dauerhaft im System bleiben.

Wir statten Schulen mit multiprofessionellen Teams aus: Neben Lehrkräften arbeiten Sozialpädagog*innen, Schulpsycholog*innen und Sonderpädagog*innen zusammen. Diese Teams erkennen früh Lern- und Unterstützungsbedarfe, sodass sich Lehrkräfte auf den Unterricht konzentrieren können. Schulleitungen erhalten klare Qualifizierung, mehr Verantwortung vor Ort und feste Zeiten für Schulentwicklung. Wir machen Mentoring, Coaching und Feedback über die gesamte Berufslaufbahn zum Standard.

Wir beschleunigen die Sanierung und Modernisierung der Berliner Schulen. Außerdem sorgen wir für verlässliche Investitionen in Gebäude, Lernräume und zeitgemäße Ausstattung.

Wir bauen den gebundenen Ganztag als pädagogisch gestaltete Lernzeit aus, nicht als Betreuung nach Unterrichtsschluss. Hiermit geben wir jungen Menschen praxisnahen Zugang zu Bewegung und gesunder Ernährung.

Wir setzen für die am stärksten belasteten Schulen ein mehrjähriges Turnaround-Programm an. Das Programm umfasst zusätzliches Personal, stärkere Schulleitungen, erfahrene externe Schulentwickler*innen und klare Entwicklungsziele mit Ergebnisverantwortung. So bündeln wir gezielt Ressourcen dort, wo sie den größten Unterschied machen. Inklusion wird mit verbindlichen Ressourcen unterlegt: Schulen mit hohem Förderbedarf erhalten garantierte sonderpädagogische Unterstützung.

Best Practice

London (London Challenge): Durch konsequente Konzentration von Ressourcen und Zusammenarbeit zwischen Schulen hat das Programm London Challenge deutliche Leistungssteigerungen erreicht.

Jetzt sichtbar machen, was geleistet wird

Wir schaffen transparente Leistungsstandards und bessere Vergleichbarkeit. Wir stellen sicher, dass Schüler*innen wissen, wo sie stehen: durch klare Kompetenzziele, regelmäßige Evaluationen und verständliche Rückmeldungen. Leistungsrückmeldungen machen dabei den individuellen Lernfortschritt sichtbar und gehen über punktuelle Bewertungen hinaus. Wir identifizieren erfolgreiche Konzepte und verbreiten sie schneller.

Wir organisieren dafür Beschaffung, IT, Gebäudemanagement und Verwaltung der Schulen zentral, statt parallel in zwölf Bezirken. Damit beenden wir die Ungleichheit zwischen Bezirken und sparen Ressourcen. Was Schulen im Gegenzug bekommen, ist mehr Eigenverantwortung für das, was zählt: Unterricht und pädagogische Entwicklung. Wir entlasten Lehrkräfte konsequent von administrativen Aufgaben. So verbinden wir mehr Eigenverantwortung der Schulen mit klarer Ergebnisverantwortung.

Jetzt länger gemeinsam lernen und Talente fördern

Wir stärken längeres gemeinsames Lernen, indem wir das zweigliedrige System durchlässig machen. Wir vereinfachen den Wechsel zwischen Schulformen, machen Kriterien für Übergänge transparenter und verbessern die Beratung für Schüler*innen und Eltern. Wir schaffen so ein Schulsystem, das individuelle Lernwege flexibel begleitet und Entscheidungen über Bildungswege zu jedem Zeitpunkt ermöglicht. Dabei setzen wir auf die Weiterentwicklung bestehender Schulformen und mehr Kooperation zwischen Schulen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Schulen eine eigene Oberstufe anbieten können oder über verlässliche Kooperationen Zugang dazu erhalten.

Wir bauen Angebote der Begabtenförderung aus, um leistungsstarke Schüler*innen gezielt in ihren Fähigkeiten zu fördern. Wir schaffen Programme in MINT-Fächern, Wettbewerbe und Schüler*innen-Akademien. Differenzierung ist die Voraussetzung dafür, dass jedes Kind entsprechend seinen Stärken bestmöglich gefördert wird.

Best Practice

Niederlande (durchlässige Bildungswege): In den Niederlanden bleiben Wechsel zwischen Bildungswegen möglich und werden durch gezielte Beratung und vorbereitende Programme unterstützt. Auch der Übergang von beruflicher Ausbildung in Hochschulstudiengänge ist institutionell vorgesehen und wird durch Brückenprogramme erleichtert. Dieses System zeigt, dass klare Leistungsstandards mit flexiblen Bildungswegen verbunden werden können und frühe Entscheidungen nicht endgültig sein müssen.

Wien (ganzheitliche Schulmodelle): Wien hat den Ausbau ganztägiger und integrativer Schulmodelle genutzt, um Schüler*innen mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen besser zu fördern. Zusätzliche Sprachförderangebote und multiprofessionelle Teams helfen dabei, Bildungsungleichheiten in einer vielfältigen Stadt gezielt zu reduzieren.

Jetzt Grundlagen stärken und auf das Leben vorbereiten

Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, sich in einer komplexen Welt zu orientieren. Dafür stärken wir die Grundlagen guter Bildung: sichere Kompetenzen in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften sowie ein breites Verständnis von Geschichte, Kultur und Gesellschaft.

Wir bereiten Schüler*innen verstärkt auf das Leben nach der Schule vor: Medienkompetenz und ein reflektierter Umgang mit digitalen Technologien sowie Algorithmusverständnis, Umgang mit Desinformationen und extremistischen Inhalten gehören für uns in den Unterricht. Wir verankern den kritischen und kompetenten Umgang mit KI-Systemen ab der Sekundarstufe als festen Bestandteil des Unterrichts.

Wir führen „Lebenskompetenz“ als Pflichtfach ein. Damit stärken wir Kompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben in den Bereichen Gesundheit und Prävention mit Fokus auf psychische Gesundheit, Ernährung und Bewegung sowie Finanzen und Wirtschaft mit Grundlagen zu Steuern und Altersvorsorge, Beziehungen und Fürsorge sowie der kritischen Auseinandersetzung mit Rollenbildern. Wir machen Empathie und sozial-emotionales Lernen zum festen Bestandteil des Unterrichts. Empathie stärkt Beziehungen und das Selbstwertgefühl, verbessert das Lernklima und beugt Mobbing effektiv vor. Die Lerninhalte entwickeln wir gemeinsam mit Lehrkräften, Schüler*innen und Expert*innen aus Psychologie, Wirtschaft und Sozialarbeit. Wir erproben das Fach zunächst an 20 Pilotschulen. Das Fach wird im Teamteaching durchgeführt: Lehrkräfte übernehmen die didaktische Leitung, externe Fachleute aus Psychologie, Finanzberatung, Gesundheitswesen und Sozialarbeit bringen Praxiswissen ein.

Wir fördern digitale und KI-gestützte Werkzeuge, die die individuelle Förderung unterstützen: Sie helfen, Lernstände frühzeitig zu erkennen und Schüler*innen gezielt zu begleiten. Entscheidungen, die Schüler*innen betreffen, werden stets durch Menschen getroffen. Wir unterstützen Schulen dabei, neue Unterrichtsformate zu erproben, zu evaluieren und erfolgreiche Ansätze im gesamten System zu verbreiten.

Wir bauen das Netz aus Staatlichen Europa-Schulen (SESB) aus und erhöhen die Zahl der Standorte und Sprachkombinationen. Durch dieses in Europa einzigartige Modell stärken wir die Mehrsprachigkeit als Bildungsziel für eine europäische Metropole.

Best Practice

Neuseeland (Gesundheit und Wohlbefinden im Lehrplan): Seit 2020 sind Gesundheit, psychisches Wohlbefinden und Beziehungsbildung als verpflichtender Bestandteil des Schulcurriculums in neuseeländischen Lehrplänen verankert. Damit wurde nachweislich die Gesprächskompetenz von Jugendlichen zu sensiblen Themen verbessert.

Dänemark (Empathie als Pflichtfach): Dänemark hat Empathie seit 1993 fest als Pflichtfach von 6 bis 16 Jahren verankert. Jede Woche gibt es eine einstündige "Klassens tid" (dt. Klassenzeit), in der die Schüler*innen Probleme besprechen und gemeinsam Lösungen finden.

BERLIN LERNT: MIT ECHTEN PERSPEKTIVEN AUF AUSBILDUNG, STUDIUM UND BERUF

Der Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf ist ein entscheidender Schritt, und Berlin verliert dabei zu viele junge Menschen. Jugendliche verlassen die Schule ohne klare Perspektive, während Betriebe keine passenden Auszubildenden finden. Berufsorientierung beginnt zu spät, Informationen sind unübersichtlich, und die duale Ausbildung bleibt für viele unsichtbar, obwohl sie ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen Stärke Berlins ist.

Wir gestalten diese Übergänge transparent. Berufsorientierung wird verbindlich in den Schulalltag integriert, die duale Ausbildung als gleichwertiger Bildungsweg gestärkt. Wir führen ein Berliner Azubiwerk für günstigen Wohnraum und eine Ausbildungsplatzgarantie ein. Und wer seinen Weg ändern will, findet offene Türen statt bürokratische Hürden.

Jetzt Berufswege früh erlebbar machen

Wir verankern mehr Praxisphasen in Betrieben als verbindlichen Bestandteil der Schulzeit. Regelmäßige Praktika, Praxisprojekte und Kooperationen mit Berliner Unternehmen ermöglichen es Schüler*innen, unterschiedliche Berufsfelder realistisch kennenzulernen. Wir verankern berufsbezogene Praxis auch im Unterricht selbst, etwa durch anwendungsorientierte Elemente in Technik-, Wirtschafts- und Kulturbildung. Zusätzlich bauen wir das Berliner Ausbildungs- und Berufsorientierungsprogramm (BAPP) weiter aus.

Wir bauen regionale Bildungsnetzwerke auf, in denen Schulen, Betriebe, Handwerkskammern, Hochschulen und soziale Träger dauerhaft zusammenarbeiten. Wir führen frühzeitige Kompetenzprofile ein, die Schüler*innen über mehrere Jahre hinweg helfen, ihre Stärken und Interessen zu erkennen und fundierte Entscheidungen über ihren weiteren Weg zu treffen. Berufliche Entscheidungen müssen korrigierbar bleiben. Wer sich umorientieren will, findet unkomplizierte Wechselmöglichkeiten und verlässliche Beratung.

Jetzt duale Ausbildung stärken und absichern

Wir stärken die duale Ausbildung als gleichwertigen Bildungsweg neben dem Studium. Wir schaffen eine zentrale, leicht zugängliche Übersicht über offene Ausbildungsstellen in Berlin. Digitale Matching-Instrumente und bessere Beratungsangebote unterstützen Schüler*innen dabei, passende Ausbildungswege zu entdecken. Damit helfen wir Jugendlichen und Betrieben, niedrigschwellig zueinanderzufinden.

Wir verbessern die sozialen Rahmenbedingungen für Auszubildende. Wir richten ein Berliner Azubiwerk ein, das bezahlbare Wohnmöglichkeiten bereitstellt, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Gleichzeitig stärken wir Unterstützungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen und fördern Kooperationen zwischen Betrieben, die die Ausbildung gemeinsam organisieren.

Wir führen eine Ausbildungsplatzgarantie ein. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, erhält eine Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten. So verhindern wir Warteschleifen im Übergangssystem und sichern allen jungen Menschen eine reale Ausbildungsperspektive.

Best Practice

Wien (Ausbildungsgarantie): Die Wiener Ausbildungsgarantie stellt sicher, dass kein Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz bleibt. Wer keinen betrieblichen Platz findet, erhält über den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) einen garantierten Platz in einer überbetrieblichen Lehrwerkstatt mit denselben Abschlüssen und Qualifikationen wie in einer regulären Ausbildung. Das Modell ist seit Jahren fester Bestandteil der Wiener Arbeitsmarktpolitik und gilt als eines der wirksamsten Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Jetzt zweite Bildungswege erleichtern

Wir stärken zweite Bildungswege und erleichtern berufliche Neuorientierung. Wer einen Abschluss nachholen oder sich beruflich neu aufstellen möchte, soll das in Berlin unkompliziert tun können. Wir ermöglichen Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung den berufsbegleitenden Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Wir organisieren Beratungsstrukturen und Qualifizierungsangebote so, dass sie ohne vollständige Unterbrechung des Erwerbslebens wahrgenommen werden können.

Best Practice

Österreich (Berufsreifeprüfung): Österreich ermöglicht Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung über die Berufsreifeprüfung den Zugang zu Hochschulen. Dieses Modell verbindet berufliche und akademische Bildungswege, indem es Fachkräften erlaubt, später eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, ohne den klassischen schulischen Weg durchlaufen zu müssen. Die Prüfungen können berufsbegleitend abgelegt werden und werden häufig durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung vorbereitet. Dadurch bleiben Bildungswege auch nach dem Einstieg ins Berufsleben offen und Aufstiegsmöglichkeiten werden erweitert.

BERLIN LERNT: MIT WISSENSCHAFT UND WEITERBILDUNG

Berlin ist einer der wichtigsten Wissenschaftsstandorte Europas. Universitäten, Hochschulen, führende Forschungseinrichtungen und ein wachsendes Innovationsökosystem bilden eine der dichtesten Wissenschaftslandschaften des Kontinents. Doch steigende Studierendenzahlen, unsichere Finanzierungsbedingungen

und wachsende Anforderungen an Forschung, Transfer und Weiterbildung belasten das System. Der Investitionsstau an Berliner Hochschulen beträgt 8,2 Milliarden Euro.

Wir machen Berlin wieder zu einem attraktiven Wissenschaftsstandort. Denn: Fachkräfte, Forschende und Studierende entscheiden heute weltweit, wo sie arbeiten und lernen. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen für Hochschulen und stärken die Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir ermöglichen Weiterbildung über den gesamten Lebensverlauf durch zugängliche Angebote, denn Wissenschaft und Weiterbildung sind zentrale Voraussetzungen für Fachkräftesicherung, Innovation und soziale Aufstiegschancen.

Jetzt Arbeits- und Studienbedingungen an Hochschulen verbessern

Wir sichern den Berliner Hochschulen eine verlässliche und planbare Grundfinanzierung. Mit langfristigen Budgetperspektiven ermöglichen wir, Personal dauerhaft zu binden, Studienangebote bedarfsgerecht auszubauen und Forschungsprojekte nachhaltig zu planen. Besonders in Zukunftsfeldern wie MINT, Lehramt und Gesundheitswissenschaften schaffen wir zusätzliche Studienplätze, um dem Fachkräftebedarf der Stadt gerecht zu werden.

Wir stärken die Attraktivität des Standorts mit transparenten Karrierewegen (Tenure-Track-Pfade), langfristigen Beschäftigungsperspektiven und guter Vereinbarkeit von Familie und Forschung.

Wir identifizieren Forschungsfelder, in denen Berlin bereits heute international stark ist: Lebenswissenschaften und medizinische KI, Klimaforschung und Energiesysteme sowie urbane Technologien. Diese bauen wir systematisch zu international sichtbaren Spitzenclustern aus. Für diese Cluster schaffen wir gezielte Programme zur Gewinnung exzellenter Wissenschaftler*innen aus aller Welt. Im Mittelpunkt stehen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, schnellere Visa-Verfahren sowie Unterstützung bei Wohnraum und Familieninfrastruktur. Clusterpolitik erfordert Verlässlichkeit. Wir definieren sie deshalb ausdrücklich als langfristige strategische Aufgabe über mindestens zehn Jahre hinweg.

Wir stärken Beratungsangebote, psychosoziale Unterstützung und familienfreundliche Infrastruktur. Denn gute Studienbedingungen gehören ebenfalls zu einem leistungsfähigen Hochschulsystem.

Wir öffnen zusätzliche Zugangswege neben klassischen Numerus-Clausus-Verfahren, indem wir berufliche Qualifikationen, einschlägige Praxiserfahrung und alternative Auswahlverfahren stärker berücksichtigen.

Wir fördern Berlin als europäischen Wissenschaftsstandort: Mehrsprachige Studienprogramme, gemeinsame Abschlüsse mit Partneruniversitäten und die vollständige gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen werden dafür zur Voraussetzung. Wir stärken die Beteiligung der Berliner Hochschulen an den European Universities Alliances und bauen die internationale Vernetzung gezielt aus.

Best Practice

London (Francis Crick Institute): Sechs Forschungsförderer und Universitäten (u. a. Cancer Research UK, Medical Research Council, UCL, Imperial, King's) haben ihre biomedizinischen Aktivitäten in einem gemeinsamen Institut gebündelt, statt sie parallel zu betreiben. Langfristige Finanzierungszusagen der Trägerorganisationen, gezielte internationale Rekrutierung von Beginn an und die physische Konzentration verschiedener Disziplinen an einem Standort haben das Institut innerhalb weniger Jahre zu einem internationalen Referenzpunkt für Lebenswissenschaften gemacht.

Jetzt Weiterbildung für alle zugänglich machen

Wir führen einen Berliner BildungsPass ein. Denn technologische Veränderungen, neue Berufsbilder und längere Erwerbsbiografien erfordern kontinuierliche Weiterbildung. Unser BildungsPass bündelt den Zugang zu Qualifizierungsprogrammen und stellt allen Berliner*innen ab 25 ein jährliches Guthaben für Weiterbildung zur Verfügung. Dieses Guthaben kann bei akkreditierten Anbietern eingelöst werden. So erleichtern wir insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen die Teilnahme an Weiterbildung.

Wir machen mit dem BildungsPass in Beruf, Ehrenamt oder Selbststudium erworbene Kompetenzen sichtbar und über digitale Nachweise anrechenbar. Wir bauen berufsbegleitende Angebote und digitale Lernformate aus. Damit ermöglichen wir eine Weiterbildung ohne vollständige Unterbrechung des Erwerbslebens. Perspektivisch ergänzen wir den BildungsPass durch digitale Assistenzsysteme, die individuelle Weiterbildungswege transparenter und passende Angebote leichter auffindbar machen.

Best Practice

Frankreich (Compte personnel de formation): Frankreich hat ein Modell geschaffen, bei dem individuelle Weiterbildungsansprüche personengebunden aufgebaut und beim Jobwechsel mitgenommen werden können. Das stärkt lebenslanges Lernen unabhängig vom aktuellen Arbeitgebenden und zeigt, wie Weiterbildung systematischer und zugänglicher organisiert werden kann.

Lissabon (City of Learning): Mit „Lisbon City of Learning“ (LCL) vernetzt die Stadt Weiterbildung, Kultur, Zivilgesellschaft und Wirtschaft über eine gemeinsame Plattform. Lernangebote werden sichtbar, zugänglicher und stärker als Teil städtischer Entwicklung verstanden.

Singapur (SkillsFuture): SkillsFuture ist eine 2015 gestartete nationale Initiative Singapurs, die lebenslanges Lernen, berufliche Weiterentwicklung und Kompetenzaufbau für alle Bürger*innen fördert. Sie ermöglicht es Menschen in Singapur (ab 25 Jahren), durch staatliche Kredite und Subventionen aktiv in ihre Ausbildung zu investieren, um in einer dynamischen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben.

BERLIN

SCHAFFT

**Innovation,
Wirtschaftskraft
und Arbeitsplätze**

Berlin ist eine der spannendsten Wirtschaftsmetropolen Europas. Nirgendwo sonst auf dem Kontinent gibt es eine so dichte Verbindung aus Wissenschaft, Kreativwirtschaft, Tech-Startups und industrieller Tradition. 5.000 Startups, 150.000 Menschen in der Digitalwirtschaft, Weltklasse-Forschung an Charité und Fraunhofer: Das Fundament ist vorhanden.

Und doch wird dieses Potenzial zu selten in Arbeitsplätze, echte Wertschöpfung und Lebensqualität für alle übersetzt. Zu viele Unternehmen begraben ihre Wachstumspläne, weil Fachkräfte fehlen und Genehmigungen zu lange dauern. Und während die Stadt über ihr Startup-Ökosystem redet, schließen im Kiez nebenan Läden, weil Nachfolger fehlen oder Mieten unbezahlbar werden.

Dabei ist Wirtschaft die Grundlage dafür, dass Berlin seine sozialen Versprechen einhalten kann: gute Schulen, verlässlicher Nahverkehr, bezahlbares Wohnen. Eine Stadt, die wirtschaftlich stagniert, kann diese Versprechen nicht halten. Berlins Wirtschaft braucht verlässliche Strukturen, mutige Investitionen in Zukunftsfelder und den Willen, im direkten Wettbewerb nicht nur mitzuhalten, sondern voranzugehen.

Berlin schafft, wenn aus Forschung echte Unternehmen werden und Startups nicht nur gegründet, sondern auch groß werden. Dafür braucht es belastbare Brücken zwischen Hochschule und Wirtschaft, ein Umfeld, das Wachstum fördert, und eine Stadt, die selbst als Innovationspartnerin auftritt. So wird Berlin zur Innovationshauptstadt, die diesen Namen verdient.

Berlin schafft, wenn Kieze wirtschaftlich lebendig bleiben und die Metropolregion als Ganzes zusammenwächst. Dafür braucht es Räume für lokales Gewerbe, verlässliche Strukturen für Betriebsübergaben und eine echte Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. So schaffen wir Nachbarschaften und eine Region, in der sich Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität gegenseitig stärken.

Berlin schafft, wenn digitale Werkzeuge für alle Betriebe zugänglich sind und Verwaltungsdaten als Grundlage für neue Geschäftsmodelle dienen. Dafür braucht es klare Orientierung, niedrighschwellige Einstiege und offene Infrastruktur. So schaffen wir eine Wirtschaft, in der Digitalisierung der Alltag vieler, statt das Privileg weniger ist.

Berlin schafft, wenn Fachkräfte schnell ankommen und Menschen ohne Arbeit eine echte Brücke in den Arbeitsmarkt finden. Dafür braucht es eine Verwaltung, die Talente willkommen heißt, Qualifikationen schnell anerkennt und niemanden dauerhaft zurücklässt. So schaffen wir eine Wirtschaft, die Erfolg hat, weil alle ihr Potenzial einbringen können.

BERLIN SCHAFFT: MIT INNOVATION DIREKT AUS DEN HOCHSCHULEN

Berlin verfügt über eine exzellente Hochschullandschaft, deren Potenzial für unternehmerische Innovationen und Wertschöpfung noch lange nicht ausgeschöpft ist. Transferstellen an deutschen Hochschulen sind oft unterbesetzt und nicht auf Kommerzialisierung ausgerichtet. Fehlende Vernetzung, mangelnde Praxisorientierung und Ausgründungsmöglichkeiten verhindern, dass aus Forschung Produkte werden.

Wir bauen auf dem Erfolgsmodell der elf Berliner „Zukunftsorte“ auf, an denen Wissenschaft und Wirtschaft bereits in erfolgreichen Clustern zusammenarbeiten, und übertragen dieses Prinzip auf die gesamte Hochschullandschaft. Dafür schaffen wir klare Rahmenbedingungen für Ausgründungen, stärken die Vernetzung zwischen Hochschulen sowie Berliner Unternehmen und machen unternehmerisches Denken zum festen Bestandteil des Studiums. So entsteht eine Talent-Pipeline, die Innovation direkt aus den Hochschulen in die Berliner Wirtschaft trägt.

Jetzt Hochschulen und Wirtschaft besser vernetzen

Wir stärken Programme zur Gründungsförderung aus Hochschulen heraus und unterstützen Kooperationen zwischen Wissenschaft und Berliner Unternehmen. Denn Wissenschaft entfaltet ihre Wirkung besonders dann, wenn Erkenntnisse direkt in Wirtschaft, Gesellschaft und öffentliche Institutionen übertragen werden. Praxispartnerschaften, gemeinsame Forschungsprojekte und Innovationsnetzwerke erleichtern den Austausch von Wissen und beschleunigen den Transfer neuer Ideen in die Anwendung.

Wir professionalisieren die Transferstellen an Berliner Hochschulen, indem wir Teams mit Erfahrungen in Unternehmensgründung, Lizenzierung und Kooperation mit der Wirtschaft zusammenbringen. Wir stärken die personelle Ausstattung der Transferstellen und deren Vernetzung untereinander.

Wir entwickeln HealthCapital weiter und vernetzen Hochschulen, Kliniken, Startups und Investor*innen in einem Berliner Innovations-Ökosystem für Gesundheit. Speziell in den Bereichen Medizintechnik-, Diagnostik- und BioTech-Innovationen hat die Region Berlin-Brandenburg mit Charité, Universitätsmedizin, Forschungseinrichtungen und einer wachsenden Gesundheitswirtschaft eine der besten Voraussetzungen in Europa. So werden aus Forschung marktfähige Produkte, die Patient*innen frühestmöglich erreichen.

Wir verankern unternehmerisches Denken im Studienplan insbesondere in den MINT-Studiengängen und entwickeln gemeinsam mit den Hochschulen einen

Standardrahmen für Ausgründungen. Darin bieten wir faire Bedingungen für die Nutzung von geistigem Eigentum, den Zugang zu Hochschulinfrastruktur und eine faire, gründungsfreundliche Beteiligung der Hochschule am Unternehmen.

Best Practice

Zürich (Standardisierte Ausgründungen): Die ETH hat einen standardisierten Rahmen für Ausgründungen entwickelt, der faire Bedingungen für geistiges Eigentum, Infrastrukturnutzung und Hochschulbeteiligung definiert. Das Modell gilt als europäischer Maßstab für gründungsfreundliche Hochschulen.

Jetzt einen zentralen Gründungshub aufbauen

Wir schaffen eine zentrale Anlaufstelle (Gründungshub) für Gründende aus der ganzen Metropolregion Berlin-Brandenburg. Dieser begleitet Gründende von der Validierung der Geschäftsidee bis zur Beurkundung. Wir bieten Frauen gezielte Beratung mit Blick auf Chancen und Herausforderungen als Gründerinnen. Wir vernetzen Gründende mit Risikokapitalgebern (VCs), Family Offices und erfahrenen Business Angels sowie mit europäischen Förderinstrumenten und Partnern. Berliner Gründungen erhalten Unterstützung bei der Beantragung von EU-Mitteln (Horizon Europe, EIC, InvestEU) und beim Marktzugang in andere EU-Mitgliedstaaten. Der europäische Binnenmarkt ist Berlins größter Standortvorteil.

Wir schaffen ein hochschulübergreifendes Innovationsprogramm: In interdisziplinären Projektteams arbeiten Studierende aus Technik, Wirtschaft und Design an realen Innovationsprojekten mit Unternehmen und Startups. So entsteht eine Talent-Pipeline für Ausgründungen und wachstumsstarke Unternehmen in Berlin.

Best Practice

München (Center for Digital Technology and Management): Das Center for Digital Technology and Management (CDTM) in München verbindet Studierende aus Technik, Wirtschaft und Design in interdisziplinären Innovationsprojekten mit Unternehmen. Das Modell hat eine nachweislich positive Wirkung auf Ausgründungen.

BERLIN SCHAFFT: MIT INNOVATION ZUR STARTUP-HAUPTSTADT

Berlin hat eine einmalige Ausgangslage: eine dichte Forschungslandschaft, ein wachsendes Startup-Ökosystem und Flächen wie Tegel oder Adlershof, die darauf

warten, neu gedacht zu werden. Doch die Dynamik stockt: 2025 floss erstmals mehr Risikokapital in den Raum München als nach Berlin. Im internationalen Wettbewerb um Kapital und Fachkräfte hat die Stadt an Boden verloren. Das ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Versäumnisse, die wir korrigieren.

Wir machen Berlin wieder attraktiver für junge Unternehmen. Berlin soll neueste Technologien als Auftraggeberin nutzen und so zu deren Finanzierung und Akzeptanz beitragen. Wir standardisieren die Möglichkeit, Mitarbeitende am Unternehmenserfolg zu beteiligen und machen die Berliner Wachstumsunternehmen attraktiv für Risikokapitalgeber. Die grüne Transformation nutzen wir durch reale Testmöglichkeiten als Wirtschaftschance für den Standort Berlin.

Jetzt Berlin zum Ankerkunden machen

Wir machen Berlin zum Lead-Customer. Statt lediglich Fördermittel auszuschütten, kauft die Stadt als Erstkäuferin Technologien ein, für die noch kein etablierter Markt existiert (First-of-a-Kind Procurement). Dies schließt die Finanzierungslücke zwischen Prototyp und Serie, bietet Startups Planungssicherheit und fungiert als staatliches Gütesiegel, das private Folgeinvestitionen erleichtert.

Wir modernisieren das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG). Innovationskriterien wie Ressourceneffizienz, Skalierbarkeit und klimatechnischer Mehrwert sind künftig ein maßgeblicher Faktor bei der Vergabe, anstatt allein auf den niedrigsten Anschaffungspreis zu optimieren. So ermöglichen wir zukunftsweisende Lösungen.

Wir schaffen eine Clearingstelle Innovation bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft: Sie überbrückt die Kluft zwischen agilen Startups und Bezirksämtern. Die Stelle übernimmt die Vorprüfung, Risikoabschätzung und das Matchmaking, um innovative Pilotprojekte rechtssicher in die Verwaltung zu integrieren.

Wir machen das Stadtgebiet zum Reallabor. Öffentliche Aufträge nutzen wir hierbei als industriepolitisches Instrument, um lokale Innovationen für den Weltmarkt zu validieren.

Best Practice

Singapur und Helsinki (Reallabore): Beide Städte nutzen öffentliche Aufträge systematisch als Innovationsinstrument. Singapur hat KI-Anwendungen im öffentlichen Raum erprobt und anschließend skaliert. Helsinki hat Smart-City-Lösungen in abgegrenzten Stadtquartieren getestet, bevor sie stadtweit ausgerollt wurden.

Jetzt die Beteiligung von Mitarbeitenden modernisieren

Wir standardisieren die Beteiligung von Mitarbeitenden am Unternehmenserfolg. So bekommen Unternehmen mehr Sicherheit über die steuerliche Behandlung von Beteiligungen, können die klügsten Köpfe langfristig in Berlin halten und Mitarbeitende am Unternehmenserfolg teilhaben lassen.

Wir setzen uns für eine bundesweit vorbildliche und einheitliche Anwendung des § 19a EStG durch die Berliner Finanzämter ein. Aktuell führen uneinheitliche Auslegungen und langwierige Prüfprozesse zu unverhältnismäßigen Kosten und Rechtsrisiken für junge Unternehmen.

Jetzt Risikokapital für die Wachstumsphase mobilisieren

Wir reformieren die Rahmenbedingungen für Risikokapital (Venture Capital) grundlegend: Dafür setzen wir uns ein, dass mehr institutionelles Kapital, wie das von Versicherungen und Pensionskassen, in Venture Capital investiert wird, um die Lücke in der Spätphasenfinanzierung zu schließen. Wir schaffen einen Berliner Zukunftsfonds, der als Dachfonds agiert und privates Kapital durch Co-Investitionsmodelle hebt.

Wir verpflichten geförderte Unternehmen zu Standortbindung und Arbeitsplatzschaffung in Berlin. So schaffen wir ein Ökosystem, das nicht nur Gründungen anschiebt, sondern wachstumsstarken Unternehmen (Scale-ups) den Zugriff auf das notwendige Kapital für die globale Marktführerschaft gibt.

Jetzt Klimatransformation als wirtschaftliche Chance nutzen

Wir fördern zeitlich begrenzte Pilotprojekte mit regulatorischen Erleichterungen, an denen neue Technologien ausprobiert werden können. Wir schaffen Testfelder für Wasserstoff, bidirektionales Laden und dezentrale Energienetze: Tegel wird zum Green Tech Hub für Wasserstoff- und Recyclingtechnologien. Das Tempelhofer Feld wird Testfläche für Agri-Photovoltaik und mobile Energiespeicher. Was funktioniert, wird skaliert. Was nicht funktioniert, wird beendet.

Wir verknüpfen unsere Qualifizierungsoffensive gezielt mit den Bedarfen der Klimatransformation: Handwerker*innen, die gestern Gas- und Ölheizungen eingebaut haben, sollen heute Wärmepumpen installieren können. In Industriegebieten, wie Adlershof, erschließen wir das Potenzial von Abwärme und Kreislaufwirtschaft: kurze Wege, weniger Energieverschwendung, mehr Wertschöpfung vor Ort.

Wir öffnen Berliner Energiedaten für die Wirtschaft und schaffen damit einen Innovationsvorsprung. Auf Basis dieser Daten können Berliner Unternehmen neue Dienstleistungen entwickeln: KI-gestützte Laststeuerung, smarte Quartierslösungen oder neue Geschäftsmodelle rund um Energieflexibilität.

BERLIN SCHAFFT: MIT WIRTSCHAFTLICH STARKEN KIEZEN

Berlins Kieze stehen unter Druck. Steigende Gewerbemieten verdrängen gewachsene Strukturen, Leerstand breitet sich aus und Betriebsnachfolgen fehlen. Was bleibt, sind oft unpersönliche Ketten statt des kleinen Ladens von nebenan. Dabei ist eine lebendige lokale Wirtschaft mehr als Nahversorgung: Sie schafft das Kiezgefühl, das Berlin ausmacht, und hält Nachbarschaften zusammen.

Wir entwickeln die Kieze auch als Wirtschaftsräume. Wir bekämpfen Leerstand, sichern Betriebsnachfolgen und schaffen mit KiezLabs neue Orte, an denen lokales Handwerk, Gründende, Selbständige und Dienstleister gemeinsam wachsen können. Denn eine starke Wirtschaftsregion entsteht nicht allein in Konferenzräumen und Rechenzentren, sie lebt in den Restaurants, Läden und Werkstätten dieser Stadt.

Jetzt KiezLabs gründen

Wir verwandeln leerstehende Immobilien und alte Fabrikhallen in KiezLabs – lokale Innovations- und Gründerzentren in jedem Berliner Bezirk. Als hybride Nachbarschaftszentren vereinen sie Coworking-Spaces, Werkstätten und Eventräume unter einem Dach und werden so zu einer Plattform für Startups, Selbstständige, lokales Handwerk und Dienstleistende. Wir setzen dabei auf nachhaltige Bestandsnutzung statt kostenintensiver Neubauten. Die Bezirke wählen die Standorte datenbasiert nach lokalem Bedarf. So schaffen wir Arbeitsplätze vor Ort, binden Gründer*innen an ihren Kiez und beleben die Nebenstraßen zum Vorteil des gesamten stationären Einzelhandels.

Jetzt Leerstand bekämpfen

Wir kartieren alle leerstehenden Gewerbeflächen digital, damit Bezirke, Eigentümer*innen und potentielle Nutzer*innen wissen, was wo verfügbar ist.

Wir erteilen Baugenehmigungen schneller und vereinfachen Nutzungsänderungen – etwa von Gewerbe zu Kultur. Für temporäre Nutzungen braucht es deutlich weniger Auflagen, damit Flächen unkompliziert als Atelier, Sportstudio oder Repair-Café zwischengenutzt werden können.

Jetzt Betriebsnachfolge sichern

Wir stärken die Nachfolgezentrale Berlin als zentrale Anlaufstelle und bauen sie zu einem echten One-Stop-Shop aus, der Übergebende und Übernehmende durch den gesamten Prozess begleitet. Denn in Berlin beschäftigt sich fast jedes zweite

Unternehmen mit einer baldigen Übergabe. Über 20 Prozent davon erwägen inzwischen eine Schließung statt einer Nachfolge. Wenn diese Betriebe schließen, verschwinden Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Nahversorgung, gerade in Gastronomie, Einzelhandel und Handwerk.

Wir vereinfachen Genehmigungsverfahren bei Betriebsübernahmen und prüfen einen befristeten Bestandsschutz, damit Nachfolger*innen nicht am ersten Tag mit Auflagen für bauliche Veränderungen konfrontiert werden. Wir ermöglichen vergünstigte Nachfolgekredite über die IBB, damit Übernahmen nicht an fehlenden Sicherheiten scheitern.

Best Practice

Rathenow (Bekämpfung von Leerstand): Die Stadt will bis 2035 den strukturellen Leerstand auf null bringen: durch Altbausanierung, Verkehrsberuhigung, mehr Grünflächen und kulturelle Angebote in der Innenstadt. Entscheidend: Die Stadt arbeitet partei- und fachübergreifend und bindet Bürger*innen, Investoren und Händler von Anfang an ein.

BERLIN SCHAFFT: ZUSAMMEN MIT BRANDENBURG

Berlin und Brandenburg sind längst eine gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsregion. Beide Länder ergänzen sich: Berlin bringt Dichte, Forschung und internationales Profil, Brandenburg bringt Fläche, industrielle Stärke und Versorgungssicherheit. Gemeinsam bilden sie eine Metropolregion, die im internationalen Wettbewerb nur zusammen bestehen kann. Doch Planung, Genehmigungen und Infrastrukturentwicklung laufen noch zu oft nebeneinander statt gemeinsam.

Wir machen Berlin und Brandenburg zu einer gemeinsamen Zukunftsregion, indem wir die Metropole und ihr Umland als einen Wirtschafts- und Lebensraum denken: mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik, effektiver Planung und Umsetzung von Wohnungs- und Infrastrukturprojekten sowie einer Mobilität, die Pendeln und Logistik zuverlässig und komfortabel macht. So schaffen wir mehr Wachstum, bezahlbare Flächen, leistungsfähige Infrastruktur, Versorgungssicherheit und machen die gemeinsame Hauptstadtregion lebenswerter und wettbewerbsfähiger.

Jetzt Flächen gemeinsam planen

Wir weisen Gewerbeflächen gemeinsam aus, erschließen und versorgen sie, orientiert an den Bedürfnissen industrieller und mittelständischer Unternehmen und der Einwohner*innen. Gemeinsam mit den Berliner „Zukunftsarten“ und der Berliner und Brandenburger Hochschullandschaft schaffen wir die Voraussetzungen, dass Ausgründungen zügig bedarfsgerechte Gewerbeflächen erhalten und zukunftsfähige Cluster aufbauen können.

Jetzt Mobilität gemeinsam gestalten

Wir setzen das Projekt i2030 zur Verbesserung des Schienennetzes in der Region konsequent um: mit einer durchgängigen Mehrjahresfinanzierung, einer zentralen Steuerungseinheit mit echten Entscheidungskompetenzen und transparenten, öffentlich einsehbaren Meilensteinen für jeden Korridor. Das gilt auch für weitere Verkehrsprojekte, die ein lückenloses ÖPNV-Netz für Berlin und Brandenburg schaffen.

Wir stellen Mobilität auch während der Bauphasen sicher. Hierfür gibt es ein gemeinsam abgestimmtes Gesamtkonzept für Streckensperrungen, Ersatzverkehre und Umleitungen. An den wichtigsten Achsen für Pendelnde richten wir Expressbusse und Mobilitätshubs (P+R, Bike+Ride) ein und schließen Lücken bei Zubringern.

Jetzt gemeinsame Planung institutionell verankern

Wir vertiefen die Planung und Entscheidungsfindung mit dem Land Brandenburg institutionell in gemeinsamen Gremien, in täglicher Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ministerien und in gemeinsamen Kabinettsitzungen. Auf Verwaltungsebene schaffen wir einen gemeinsamen Koordinierungsraum für Zukunftsprojekte. Dieser beschleunigt Verfahren, ohne die Zuständigkeiten beider Länder und ihrer Kommunen zu unterlaufen. Betroffene Städte, Landkreise und Gemeinden werden frühzeitig und verbindlich in Priorisierung, Planung und Umsetzung eingebunden.

Wir erstellen gemeinsam mit dem Land Brandenburg eine Liste der 20 wichtigsten Vorhaben in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Strom und Wärme, Wasser und Gewerbeflächen mit klar definierten Verantwortlichkeiten und Meilensteinen. Auf einem öffentlichen Dashboard machen wir Fortschritte für alle sichtbar und priorisieren dabei Zukunftsprojekte. Sie erhalten einen behördlichen Anlaufpunkt (One-Stop Shop), der alle Verwaltungsangelegenheiten gebündelt erledigt.

Wir stellen bei der gemeinsamen Flächenplanung und -nutzung eine faire Verteilung der Grundsteuer- und Gewerbeeinnahmen sicher. Teil der Zukunftsregion zu sein, muss für alle Beteiligten ein Gewinn sein.

Wir schaffen einheitliche Regeln dort, wo die Landesgrenze im Alltag unnötige Reibung erzeugt, etwa bei Gateways, wie dem Flughafen BER, bei interkommunaler Infrastruktur sowie bei Daten- und Verfahrensschnittstellen.

Jetzt die Oderregion als europäischen Wachstumsraum entwickeln

Die Oderregion zwischen Berlin, Brandenburg und Polen ist Berlins Tor nach Osteuropa. Wir nutzen die europäischen Grundfreiheiten, um diesen Raum als grenzüberschreitende Wirtschaftsregion zu entwickeln. Wir priorisieren Projekte zur Stärkung des Pendel- und Güterverkehrs und zum Auf- und Ausbau der regionalen Wirtschaftsstruktur. Dazu vereinbaren wir regelmäßige Runden mit den Entscheidungsträgern Berlins, Brandenburgs, der betroffenen Kommunen, polnischen Woiwodschaften und der Wirtschaft.

Best Practice

Skandinavien (Öresund-Komitee): Das Öresund-Komitee verbindet dänische und schwedische Regionen in einer gemeinsamen politischen Plattform mit abgestimmten Prioritäten für Wachstum, Beschäftigung und Infrastruktur.

Rotterdam-Den Haag (Metropolregion MRDH): Die Metropolregion (MRDH) bündelt kommunale Kapazitäten in einer kompakten Organisation, die alle vier Jahre eine gemeinsame Strategie-Agenda verabschiedet, mit besonderem Fokus auf Mobilität und Wirtschaftsentwicklung.

BERLIN SCHAFFT: PRODUKTIVITÄT, SERVICEQUALITÄT UND TEILHABE MIT KI IM ALLTAG

Künstliche Intelligenz erleichtert den Arbeitsalltag von Unternehmen. Im Alltag kleiner Betriebe kommt von diesem Produktivitätsversprechen noch wenig an. Wer als Handwerker*in oder Gastronom*in digitaler werden möchte, steht oft alleine da: Das Angebot ist unübersichtlich, die Einstiegshürden sind hoch und die Kosten schwer kalkulierbar. Die größte Bremse für KI-Adoption ist die Angst vor Überforderung sowie Unsicherheit im Umgang mit Risiken, Fehlentscheidungen und rechtlichen Verantwortlichkeiten beim Einsatz von KI.

Wir machen KI für Berliner Betriebe zugänglich, bezahlbar und sicher. Wir schaffen klare Standards, damit Betriebe wissen, welche Lösungen wirklich funktionieren, ermöglichen günstige Finanzierung und vernetzen Betriebe, damit sie voneinander lernen können.

Jetzt KI für alle attraktiv und sicher machen

Wir definieren gemeinsam mit IHK, Handwerkskammern und Branchenverbänden branchenspezifische Mindeststandards für KI- und Digitalisierungslösungen, etwa für Kassensysteme, Buchhaltung, Terminplanung, Marketing und behördliche Anträge. Diese umfassen neben Funktionalität auch Anforderungen an Datenschutz, Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Robustheit (gegen Fehler oder Manipulation). Auf einer öffentlichen Plattform listen wir Anbieter, die diese Standards erfüllen und sich zertifizieren lassen.

Wir belohnen Betriebe, die nachweislich zertifizierte und verantwortungsvoll gestaltete digitale Prozesse einführen, durch schnellere Genehmigungen, vereinfachte Meldepflichten und bevorzugte digitale Antragswege. Wer digital arbeitet, soll auch digital behandelt werden.

Best Practice

Dänemark (SMV:Digital): Das staatlich koordinierte Programm SMV:Digital hat seit 2018 über 7.000 Digitalisierungsprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) gefördert. Der Staat baut keine Software, sondern finanziert Beratung durch zertifizierte private Anbieter und Investitionszuschüsse für Technologie. Regionale Erhvervshuse (dt. Wirtschaftshäuser) helfen Betrieben bei der Auswahl.

Jetzt KI finanzierbar machen

Wir ermöglichen eine stark vergünstigte Finanzierung für zertifizierte KI- und Digitalisierungslösungen über die IBB (Investitionsbank Berlin). Betriebe erhalten dabei zinsgünstige Darlehen mit Tilgungszuschüssen von bis zu 40 %, damit sich Investitionen schneller rechnen. Das Risiko teilen wir: Das Unternehmen trifft eine wirtschaftliche Entscheidung, das Land übernimmt einen Teil des Ausfallrisikos. So entsteht ein Markt, in dem Betriebe zielgerichtet in ihren Fortschritt investieren.

Best Practice

Deutschland (KfW-ERP-Kredit): Der Digitalisierungs- und Innovationskredit der KfW bietet zinsgünstige Kredite speziell für KMU-Digitalisierung und KI-Einführung, seit 2025 mit Tilgungszuschuss. Die KfW übernimmt einen Teil des Ausfallrisikos, das Unternehmen entscheidet wirtschaftlich.

Jetzt KI in Berlin erfahrbar machen

Wir starten gemeinsam mit IHK Berlin, Handwerkskammer Berlin und den Branchenverbänden eine dauerhafte, quartalsweise Veranstaltungsreihe: Die Berliner KI-Erfahrungstage. In den Erfahrungstagen berichten Berliner Betriebe, die Digitalbeauftragten der Bezirke und die IT-Verantwortlichen der Senatsverwaltungen über ihre Praxiserfahrungen mit KI. Diese Transparenz sendet ein klares Signal: KI ist ein gemeinsamer Lernprozess, an dem die ganze Stadt teilnimmt.

Wir dokumentieren alle vorgestellten Praxisbeispiele und veröffentlichen sie auf einer Plattform als „Berliner KI-Erfahrungsbibliothek“, sortiert nach Branche, Unternehmensgröße und eingesetzter Lösung. So kann jeder Betrieb nachsehen, wie ein vergleichbares Unternehmen KI eingeführt hat, welche Risiken aufgetreten sind und wie diese gelöst wurden.

Best Practice

Deutschland (Mittelstand-Digital Zentrum): Das Mittelstand-Digital Zentrum, ein bundesweites Netzwerk, begleitet z. B. Handwerksbetriebe in zwölfmonatigen kostenlosen Werkstätten bei der KI-Einführung. Über 900 Betriebe haben bisher teilgenommen. Das Format setzt auf Peer-Learning: Betriebe lernen von Betrieben, begleitet von KI-Trainer*innen und Beratern der Handwerkskammern.

Jetzt Open Data für alle nutzbar machen

Wir verpflichten alle Senatsverwaltungen und landeseigenen Unternehmen, ihre nicht-personenbezogenen Daten über eine zentrale Datenplattform zugänglich zu machen. Dabei setzen wir auf ein gestaffeltes Lizenzmodell, das Daten sowohl als öffentliches Gut (aggregierte, anonymisierte Datensätze) als auch als wirtschaftliche Einnahmequelle (kommerzielle Anwendungen, Echtzeitdaten, hochaufgelöste Datensätze) für Berlin erschließt.

Wir machen diese Datenplattform zur Grundlage für Innovation in allen Lebensbereichen: Offene Bildungsdaten ermöglichen passgenaue Lernangebote und Apps, die Eltern in Echtzeit über freie Kita-Plätze informieren. Offene Umweltdaten helfen Allergiker*innen, Senior*innen und Familien, ihren Alltag besser zu planen. Offene Verkehrs- und Energiedaten bilden die Grundlage für kluge Mobilitätslösungen und neue Geschäftsmodelle rund um Energieflexibilität und Logistik. Offene Gewerbedaten helfen Gründer*innen, Standorte zu bewerten und Marktpotenziale zu erkennen.

Wir schaffen eine Berliner Plattform für Forschungsdaten, die diese Daten – wo datenschutzrechtlich möglich – für Startups, KMU und andere Forschende zugänglich macht und gleichzeitig klare Standards für sichere Nutzung, ethische Forschung und verantwortungsvolle KI-Entwicklung setzt. So erhalten Unternehmen, die auf Berliner Forschungsdaten aufbauen, Zugang zu einem Innovationsvorsprung, den andere Städte erst aufholen müssen.

Best Practice

Barcelona (Open Data als Wirtschaftsökosystem): Die Stadt macht Open Data zum Wirtschaftsökosystem. Mit diesen offenen Daten wurden Mobilitäts-Apps, Umwelt-Monitoring und Wirtschaftsanalyse-Tools aufgebaut.

Helsinki (Stadt als offene Datenplattform): Alle nicht-personenbezogenen Daten sind standardmäßig öffentlich. 2021 erhielten 5.500 Familien automatisierte Kitaplatz-Vorschläge per SMS – 90 % nahmen an. Die Stadt verfolgt die Philosophie: Statt alles selbst zu erfinden, lassen wir andere auf unseren Daten aufbauen.

BERLIN SCHAFFT: MIT ATTRAKTIVEN BEDINGUNGEN FÜR FACHKRÄFTE

Die Berliner Wirtschaft wächst, aber der Fachkräftemangel bremst sie strukturell aus. Bereits heute bleiben rund 45.000 Stellen unbesetzt, bis 2035 müssen über 530.000 Arbeitsplätze neu besetzt werden, und ohne entschlossenes Handeln könnten über 163.000 Stellen dauerhaft unbesetzt bleiben. Damit droht ein Wertschöpfungsverlust von über 50 Milliarden Euro. Der Mangel trifft nicht nur Hightech-Unternehmen: Im ÖPNV, in Krankenhäusern, Kitas und im Handwerk fehlen Menschen, die die Stadt am Laufen halten.

Wir gehen den Fachkräftemangel aktiv an. Wir schaffen eine schnelle, digitale Einwanderungsbehörde, die Fachkräfte willkommen heißt. Wir setzen ein konsequentes Anerkennungssystem für ausländische Qualifikationen um und schaffen ein echtes Welcome Center als zentralen Anlaufpunkt. Fachkräftesicherung stärkt den Wirtschaftsstandort Berlin und schafft damit die Grundlage für eine vielseitige Stadt, die für alle funktioniert.

Jetzt Antragsverfahren beschleunigen

Wir modernisieren das Landesamt für Einwanderung (LEA). Wir schaffen vollständig digitale Antragsverfahren und verstärken die Fachkräfte-Referate B1–B4 kurzfristig gezielt, um Engpässen schnell entgegenzuwirken. So halbieren wir die Bearbeitungszeiten innerhalb einer Legislaturperiode und beschleunigen den Zugang zum Berliner Arbeitsmarkt für ausländische Talente.

Best Practice

Dänemark (SIRI): Die dänische Einwanderungsbehörde SIRI bündelt alle Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse für internationale Fachkräfte in einer digitalen zentralen Anlaufstelle. Arbeitgeber können Anträge einleiten, bevor der Mitarbeitende einreist – das verkürzt die Zeit bis zum ersten Arbeitstag erheblich. Dänemark liegt damit bei der Bearbeitungsdauer für Fachkräftevisa unter 30 Tagen und gilt europaweit als Maßstab für arbeitgeberfreundliche Einwanderungsverfahren.

Jetzt die Anerkennung von Qualifikationen beschleunigen und digitalisieren

Wir schaffen digitale Schnittstellen zwischen LEA, Kammern und Betrieben. Damit laufen Anerkennungs- und Aufenthaltsverfahren parallel statt nacheinander. Wir etablieren verbindliche Bearbeitungsfristen für Mangelberufe in Pflege, IT und Handwerk. Wir schaffen den „Integrationspass Arbeit“. Das ist ein digitaler Kompetenznachweis, der Qualifikationen nach europäischen Standards sofort sichtbar macht und Doppelprüfungen reduziert.

Best Practice

Österreich (berufsanerkennung.at): Das zentrale Portal „berufsanerkennung.at“ bündelt alle Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen in einer einzigen digitalen Anlaufstelle. Antragstellende werden direkt zur zuständigen Behörde geführt, alle notwendigen Dokumente und Verfahrenskosten sind transparent aufgelistet.

Jetzt Welcome Center aufbauen

Wir bauen den bestehenden Business Immigration Service zu einem echten Welcome Center aus. Hier bündeln wir Behördengänge und bewährte Berliner Programme: Arrivo Berlin für Beratung und Vermittlung, InVork für Handwerker aus dem Ausland und TalentsBridge als EU-weites Vorbereitungsprogramm, das Fachkräfte bereits

im Herkunftsland fachlich und sprachlich auf Berlin vorbereitet und direkt mit Unternehmen vernetzt.

Best Practice

Amsterdam (IN Amsterdam): „IN Amsterdam“ bündelt seit 2008 alle Behördengänge für internationale Fachkräfte an einem Ort: Aufenthaltserlaubnis, Gemeinderegistrierung und Steuernummer werden in einem einzigen Termin erledigt. Über 850 internationale Unternehmen nutzen das Angebot, mehr als 10.000 Fachkräfte haben sich dort registriert.

Jetzt Berliner Talente halten

Wir fördern Werkswohnungen und Azubiwerke für Mangelberufe bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, priorisieren Kita-Plätze für Fachkräfte in kritischen Sektoren und stärken Erasmus+ im dualen Ausbildungssystem.

Best Practice

München (Wohnraum für Azubis): Das AzubiWerk München schafft bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in Kooperation mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften – mit Warmmieten von rund 300 Euro, weit unter dem Münchner Marktdurchschnitt. Das Projekt wurde von der SPD/Volt-Fraktion im Münchner Stadtrat initiiert.

Jetzt Berliner*innen für die Wirtschaft von morgen qualifizieren

Wir schaffen gezielte Qualifizierungsprogramme für Berliner Jobsuchende und Quereinsteiger*innen in den Bereichen, in denen die Berliner Wirtschaft am stärksten wächst, wie Digitalwirtschaft und Klimatechnologien. Gemeinsam mit IHK, Jobcentern und Berliner Tech-Unternehmen entwickeln wir kompakte, praxisnahe Formate, die den Einstieg in diese Branchen ermöglichen, auch ohne klassischen Studienabschluss. Dabei denken wir auch erfahrene Fachkräfte mit: Statt sie mit Abfindungen in Altersteilzeit oder Frührente zu verabschieden, halten wir sie durch kontinuierliche Qualifizierungsangebote im Arbeitsmarkt und sichern so ihren wichtigen Erfahrungsschatz.

BERLIN SCHAFFT: MIT WEGEN AUS DER STRUKTURELLEN ARBEITSLOSIGKEIT

Berlin hat mit über 10 % eine der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands, rund eineinhalb Mal so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Die Langzeitarbeitslosigkeit erreichte 2025 mit über 70.000 Betroffenen einen neuen Höchststand. Besonders betroffen sind Menschen unter 25 Jahren sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir lassen niemanden zurück: Wir schaffen einfache Beschäftigungsangebote, um Menschen nach und nach aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu holen, sowie modulare Qualifizierungsangebote, die einen praktikablen Einstieg in einen neuen Berufsweg bieten. Außerdem stärken wir gezielt junge Arbeitslose mit konkreten Chancen und Orientierungsangeboten.

Jetzt einen sozialen Arbeitsmarkt aufbauen

Wir fördern Stellen für Langzeitarbeitslose dort, wo echter Bedarf besteht: in der sozialen Infrastruktur, im Quartiersmanagement, in Grünpflege und lokalen Dienstleistungen. Dafür schöpfen wir die verfügbaren Mittel des Sozialen Arbeitsmarkts (§16i SGB II) vollständig aus und ergänzen sie gezielt durch Landesmittel.

Best Practice

Frankreich („Territoires Zéro Chômeur de longue durée“): Das Programm stellt Langzeitarbeitslosen unbefristete Stellen in eigens gegründeten Gemeinwohlbetrieben bereit – zu Mindestlohn, angepasst an individuelle Kompetenzen und Wünsche, für Tätigkeiten, die lokal gebraucht werden, aber vom Markt nicht abgedeckt werden.

Jetzt modulare Qualifizierung ermöglichen

Wir fördern modulare Teilqualifikationen, die sich an individuellen Lebenssituationen orientieren und schrittweise zu einem anerkannten Abschluss führen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jobcenter das Instrument MY-TQ aktiv einsetzen und bewerben – auch in der Variante „TQplus“ mit integriertem Sprachtraining für Menschen mit Migrationshintergrund. Unsere KiezLabs ergänzen die Qualifizierung um einen praktischen Erprobungsraum: In Werkstätten, Reparaturzentren und lokalen Dienstleistungsbetrieben sammeln Menschen niedrigschwellig und ohne Berufsabschluss erste Berufserfahrung, bevor sie in den regulären Arbeitsmarkt einsteigen.

Jetzt Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Wir fördern Berliner Trägerschaften, die nach dem Vorbild des Münchner Vereins Joblinge arbeiten und sechsmonatige Programme, Coaching, Praxiserfahrung in Betrieben und persönliches Mentoring verbinden. Denn viele junge Menschen scheitern an fehlender Orientierung, fehlenden Netzwerken und im Übergang Schule-Beruf, der zu viele alleine lässt, wenn das Elternhaus nicht unterstützen kann. Wir ergänzen das Programm für junge Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund mit berufsbezogener Sprachförderung, analog zum Joblinge-„Kompass“-Ansatz. Wir schaffen eine Berliner Ausbildungsgarantie nach Wiener Vorbild: Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, fällt so nicht durchs Raster, sondern bekommt einen garantierten Platz in einer überbetrieblichen Lehrwerkstatt.

Best Practice

München (Joblinge): Das gemeinnützige Sozialunternehmen Joblinge begleitet arbeitslose Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen über sechs Monate in Ausbildung und Arbeit. Das Programm verbindet Praxiserfahrung in Partnerunternehmen, persönliches Einzelcoaching und ehrenamtliches 1:1-Mentoring. Über 80 Prozent der Teilnehmenden schaffen den Einstieg ins Berufsleben, darunter viele, die zuvor als schwer vermittelbar galten.

BERLIN

SCHÜTZT

**Sicherheit,
Gesundheit und
Zusammenhalt**

Berlin ist eine Stadt, in der Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenleben, füreinander eintreten und Neues aufbauen. Hier engagieren sich Nachbar*innen, Sportvereine verbinden ganze Kieze und Menschen leben jeden Tag aufs Neue eine offene Gesellschaft. Dieses Zusammenleben ist Berlins große Stärke.

Und doch zeigen sich die Lücken im Alltag. Menschen fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher, kommen nur schwer an Gesundheitsversorgung oder erleben zunehmend Einsamkeit und soziale Spannungen im Alltag. Krisen wie die Pandemie, Hitzesommer oder Angriffe auf kritische Infrastruktur zeigen, wie verletzlich eine moderne Großstadt sein kann, wenn ihre Strukturen nicht vorbereitet sind.

Staatlicher Schutz und Freiheit sind kein Widerspruch. Eine Stadt, die ihre Menschen wirklich schützt, gibt ihnen etwas zurück: den Raum, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Schutz bedeutet deshalb mehr als Polizeipräsenz. Es geht um sichere Straßen und digitale Räume, schnelle Hilfe im Notfall, erreichbare Gesundheitsversorgung und Kieze, in denen Menschen sich zugehörig fühlen.

Berlin schützt, wenn Prävention früh ansetzt, Opfer schnell wirksame Unterstützung erhalten und alle sich im öffentlichen Raum sicher fühlen. Dafür braucht es eine gut ausgebildete Polizei, interdisziplinäre Teams und spezialisierte Schutzangebote – besonders für Kinder und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen. So schaffen wir eine Sicherheitspolitik, die die Freiheit aller schützt.

Berlin schützt, wenn der Staat auch in Krisen handlungsfähig bleibt. Dafür braucht es eine krisenfeste Infrastruktur und eine Bevölkerung, die auf schnelle Hilfe vertrauen kann. So schaffen wir eine Stadt, die vorbereitet ist, bevor Krisen entstehen.

Berlin schützt, wenn Menschen bei Krankheit, Unfall oder Pflegebedürftigkeit schnell und wohnortnah Hilfe finden. Dafür braucht es Gesundheitszentren im Kiez, gezielte Unterstützung für verschiedene Betroffenenengruppen und eine Stadtentwicklung, die Gesundheit von Anfang an mitdenkt. So schaffen wir eine Versorgung, die alle erreicht.

Berlin schützt, wenn Menschen einander begegnen, füreinander eintreten und gemeinsam gestalten. Dafür braucht es Orte der Begegnung in jedem Kiez und Sport- und Bewegungsangebote, die wirklich für alle offen sind. So schaffen wir ein Berlin, das verbindet statt trennt und in dem aus Vielfalt ein echtes Miteinander wird.

BERLIN SCHÜTZT: MIT PRÄVENTION, MODERNER POLIZEI UND KRISENVORSORGE

Berlins Sicherheitslage hat sich in mehreren Bereichen verschlechtert. Die Zahl der Körperverletzungen steigt. Gewalt in Partnerschaften und Familien, Übergriffe durch Jugendgruppen, Angriffe auf Polizeikräfte und auf queere Personen nehmen zu und die Aufklärungsquote liegt unter 50 %. Polizei und Rettungsdienste arbeiten unter hohem Druck: Krankenstände, Überstunden und zu wenig Personal prägen den Alltag. Hinzu kommt: Berlin ist kaum krisenfest. Einsatzbereite Schutzräume fehlen, die Infrastruktur ist anfällig.

Wir setzen auf Sicherheitspolitik, die wirkt: wirksame Prävention, entschlossene Strafverfolgung, sichere öffentliche Räume und verlässlichen Opferschutz. Gleichzeitig machen wir Berlin krisenfest, mit einsatzbereiter Notfallinfrastruktur und einer Bevölkerung, die auf schnelle Hilfe vertrauen kann.

Jetzt früh handeln und Kriminalität vorbeugen

Wir unterstützen gefährdete oder bereits straffällige Jugendliche, um frühzeitig Eskalation und so Kriminalität zu verhindern, statt sie nur zu bekämpfen. Dafür stärken wir Schulen, Streetwork und Jugendhilfe sowie die Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsdiensten. Wir fördern gezielt Männer in sozialen und psychologischen Berufen, um als Vorbilder straffällige männliche Jugendliche zu unterstützen und alternative Wege aufzuzeigen.

Wir bauen Aussteigerprogramme und Resozialisierungsmaßnahmen aus. Diese verringern Rückfälle in Radikalisierung, Sucht- oder psychische Krisen und erleichtern die Wiedereingliederung.

Wir setzen die Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit sowie die Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konsequent um und entwickeln sie insbesondere im Bereich Prävention weiter. Dabei stärken wir früh ansetzende Unterstützungs- und Präventionsangebote in Bezirken und digitalen Räumen, um Diskriminierung, Hass im Netz und Gewaltentwicklung bereits im Vorfeld wirksam zu begegnen und Versorgungslücken im Alltag zu schließen.

Wir stärken Innovation im Kinderschutz-System, indem wir Flexibudgets der Jugendämter ausbauen, um unbürokratisch lokale, präventive Projekte zu ermöglichen. Diese werden wissenschaftlich begleitet und anhand klarer Wirkungskriterien, wie dem Rückgang Kindeswohlgefährdender Ereignisse und der Stabilisierung von Familien, evaluiert. Erfolgreiche Ansätze werden langfristig finanziert und berlinweit übertragen, sodass aus lokalen Lösungen verlässliche Standards entstehen.

Best Practice

Vereinigtes Königreich (Multi Agency Safeguarding Hubs, MASH): In behördenübergreifenden Kinderschutzteams werden Informationen von Jugendhilfe, Polizei, Schulen und Gesundheitsdiensten an einer zentralen Stelle gebündelt. Risiken werden gemeinsam bewertet und Maßnahmen abgestimmt eingeleitet. Dadurch entstehen schnellere, koordinierte Entscheidungen und weniger Informationsverluste im Kinderschutz.

Jetzt Opfer gezielter schützen

Wir stärken den sofortigen Schutz von Opfern. Wir bauen regionale Anlaufstellen aus, die insbesondere Opfern extremistischer, rassistischer und anti-queerer Gewalt psychologische Betreuung, Rechtsberatung und Soforthilfe bieten. Berlin zeigt mit LSBTQIA* Kontaktpersonen in der Staatsanwaltschaft bereits, dass Angebote zur Aufklärung in der Community und zur Sensibilisierung des Personals gemacht werden konnten.

Wir schützen Frauen*, die häusliche Gewalt erlebt haben, vor weiterer Gewalt. Dafür verpflichten wir Täter*innen, eine Fußfessel zu tragen, die dazu führt, dass Täter*innen sich ihren Opfern nicht unbemerkt nähern können. Wir bauen die Frauenhaus-Infrastruktur in Berlin bedarfsgerecht aus und schaffen mindestens 330 zusätzliche Frauenhausbetten, um die Vorgaben der Istanbul-Konvention vollständig zu erfüllen und allen schutzbedürftigen Frauen* und ihren Kindern in Berlin eine sichere Zuflucht zu ermöglichen.

Wir bekämpfen digitale sexuelle Gewalt als eigenständige Form von Gewalt. Wir sichern die dauerhafte öffentliche Finanzierung bestehender Beratungsangebote wie HateAid und LARA Berlin, damit Betroffene ohne Wartezeiten rechtliche Erstberatung, Lösungsunterstützung und psychologische Begleitung erhalten. Innerhalb des LKA richten wir eine spezialisierte Ermittlungsgruppe für digitale sexuelle Gewalt gegen Personen ein.

Wir verbessern die Zusammenarbeit der Behörden, um Stalking und Gewalt früh zu erkennen und weitere Taten zu verhindern. Dazu setzen wir das bereits verabschiedete „Rahmenkonzept zum Gefährdungsmanagement und zur Durchführung multiinstitutioneller Fallkonferenzen“ konsequent um.

Wir erfassen Kinder in Haushalten mit häuslicher Gewalt systematisch als Betroffene und melden sie verpflichtend an die Jugendämter. Digitale, datenschutzkonforme Meldewege sorgen dafür, dass relevante Informationen schnell und zuverlässig ankommen.

Wir stärken und reorganisieren die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste der Jugendämter: Kinderschutz wird klar von allgemeinen Beratungs- und Unterstützungsaufgaben getrennt und in spezialisierten, interdisziplinären Teams gebündelt. Diese Spezialisierung erhöht die fachliche Qualität, beschleunigt Entscheidungen und verbessert die Gefährdungseinschätzung. So entsteht mehr Raum für Beratung, Beziehungsarbeit und nachhaltige Stabilisierung von Familien. Wir bauen den Ansatz des Childhood-Hauses an der Charité zur Versorgung minderjähriger Gewaltopfer an weiteren Standorten aus.

Wir bauen die Kapazitäten in Krisen- und stationären Einrichtungen bedarfsgerecht aus. Jedes Kind muss im Notfall schnell einen sicheren und passenden Platz erhalten, möglichst wohnortnah, um soziale Bindungen und schulische Stabilität zu erhalten.

Best Practice

Spanien (Fußfessel): Spanien verpflichtet verurteilte Täter häuslicher Gewalt zum Tragen einer elektronischen Fußfessel, die bei Annäherung an das Opfer automatisch Alarm schlägt und ein Eingreifen der Behörden auslöst. Seit Einführung der Fußfessel hat kein einziger Femizid während der Überwachung stattgefunden, im Schnitt sind pro Jahr zwischen 4.500 und 4.800 Fußfesseln im Einsatz.

Großbritannien (MARACs): MARACs (Multi-Behörden-Risikobeurteilungskonferenzen) sind Treffen, bei denen Fachleute aus Polizei, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Kinderschutz und anderen Behörden zusammenarbeiten, um Opfer häuslicher Gewalt mit dem höchsten Risiko zu schützen. Bis zu 60 % der Opfer berichten nach einer MARAC-Intervention von keiner weiteren Gewalt. Für jedes ausgegebene £1 werden schätzungsweise £6 an öffentlichen Geldern eingespart.

Inland und Schweden (Barnahus-Modell): Das Barnahus-Modell vereint Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Medizin unter einem Dach, um kindgerechte Verfahren bei Gewalt- und Missbrauchsfällen zu ermöglichen. Kinder werden nur einmal befragt und erhalten parallel medizinische und psychologische Unterstützung. Das reduziert Belastungen und verbessert Aufklärung und Schutz deutlich.

Jetzt Polizei und Justiz stärken und modernisieren

Wir verbessern die personelle Ausstattung der Polizei und der Justiz, um eine höhere Streifendichte und die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Straftaten zu gewährleisten. Wir setzen auf eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Ordnungsdiensten, damit Polizist*innen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

Wir setzen moderne Software ein und verändern die regionalen Zuständigkeiten für Polizeiabschnitte, damit Reaktionszeiten messbar sinken. Auch vernetzen wir Leitstellen digital, erkennen so Engpässe früher und setzen die Polizei gezielt dort ein, wo sie gebraucht wird.

Wir modernisieren die Polizei mit digitalen Tools, die im Alltag helfen: die E-Akte, die digitale Erfassung von Parkverstößen sowie der Einsatz von KI beim Verfassen von Einsatzberichten. Gleichzeitig gelten für KI klare Datenschutzregeln, kurze Speicherfristen, keine biometrische Echtzeit-Überwachung und immer menschliche Kontrolle. So erhöhen wir Effizienz und Erfolgswahrscheinlichkeit von Strafverfolgung und schützen zugleich die Grundrechte der Berliner*innen, verhindern Diskriminierung und wahren Transparenz in den Entscheidungsprozessen.

Best Practice

Frankfurt am Main (klare Aufgabentrennung): Frankfurt am Main hat die Aufgaben zwischen Polizei und Ordnungsamt klarer getrennt und das Ordnungsamt personell gestärkt, wodurch die Polizei gezielter für ihre Kernaufgaben eingesetzt werden kann.

Jetzt Ausbildung verbessern und Verantwortung stärken

Wir schaffen bessere Auswahlverfahren, kleinere Ausbildungsgruppen und verpflichtende Weiterbildungen und heben so das Niveau der Polizeiausbildung nachhaltig an. Kooperationen mit externen Einrichtungen, Mentoringprogramme, Wertevermittlung und unabhängige Qualitätssicherung erhöhen den Ausbildungsstandard.

Wir verpflichten Polizist*innen zu regelmäßigen Schulungen über Rechtsextremismus, Sexismus, Rassismus und Diskriminierung. Wir trainieren Polizist*innen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen, wie Personen mit psychischen Erkrankungen oder Sprachbarrieren. So vermeiden wir ungewollte und unnötige Konflikteskalationen.

Wir verankern das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und das Sexualstrafrecht als Bestandteil der Jurist*innenausbildung in Berlin.

Wir stärken den „Bürger- und Polizeibeauftragten des Landes Berlin“ als anonyme Meldestelle, indem er Zugang zu Ermittlungsakten und eigene Ermittlungskompetenzen erhält. So können rechtsextreme, queer-feindliche, rassistische oder sexistische Äußerungen im Dienst aufgedeckt und sanktioniert werden.

Wir geben eine Studie in Auftrag, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, mögliches Racial Profiling und Extremismus in Berlin untersucht. Diese Studie wertet dafür regelmäßig Polizeidaten aus und erfasst stichprobenartig, wie Personenkontrollen durchgeführt werden. Basierend auf der Studie leiten wir konkrete Maßnahmen ab.

Jetzt öffentliche Räume sicherer gestalten

Wir erarbeiten ein Konzept, das es allen Menschen ermöglicht, sich in Grün- und Bewegungsräumen sowie im öffentlichen Raum sicher zu fühlen, etwa durch bessere Beleuchtung und Begrünung.

Wir führen niedrighschwellige digitale Meldesysteme ein, über die Bürger*innen unsichere Orte anonym markieren können und über Aufklärungsquoten und verhängte Bußgelder informiert werden.

Wir stehen dem Einsatz von Bodycams in Berlin positiv gegenüber, da dies die Transparenz erhöht und deeskalierend wirkt. Jedoch verpflichten wir Beamt*innen, die Kamera bei Einsätzen anzuschalten, stattdessen alle eingesetzten Kräfte mit Kameras aus und stellen sicher, dass Einsatzbeamte die Daten nicht selbst löschen können.

Wir setzen für Ermittlungssoftware auf europäische Unternehmen. Sie sind datenschutzfreundlich und vermeiden teure Abhängigkeiten. Unser Grundsatz: Öffentliche Sicherheit braucht europäische digitale Souveränität.

Wir setzen uns für ein umfassendes Böllerverbot im Privatbereich ein. Es schützt Einsatzkräfte, reduziert Verletzungsrisiken im öffentlichen Raum und entlastet gleichzeitig Tiere. Wir ergänzen das Verbot durch Aufklärungskampagnen und unterstützen die Einsatzkonzepte von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei.

Jetzt Organisierte Kriminalität entschlossen bekämpfen

Wir entwickeln die polizeilichen Entscheidungsunterstützungssysteme, wie »Radar« des Bundeskriminalamts, im Land Berlin weiter, um die Bevölkerung besser vor organisierter Kriminalität zu schützen. Wir bekämpfen die Netzwerke der kriminellen Systeme als Ganzes. Wir arbeiten dafür mit europäischen und internationalen Behörden und Partnern zusammen.

Wir verhindern, dass sich organisierte Kriminalität in Berlin hinter verschleierte Vermögen versteckt. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, die Beweislastumkehr einzuführen.

Wir bauen die Kapazitäten zur Bekämpfung von Finanzkriminalität in Berlin gezielt aus. Wir ermöglichen deutlich mehr spezialisiertes Personal, schnelle Meldungen des Zolls an die lokale Polizei, moderne Datenanalyse-Technik, eine einheitliche, leistungsfähige IT-Infrastruktur und klare Kompetenzen für komplexe Fälle und Steuerbetrug.

Best Practice

Italien (Beweislastumkehr): In Italien müssen Personen, die der organisierten Kriminalität verdächtigt werden, bei deutlichem Missverhältnis zwischen legalem Einkommen und tatsächlichem Vermögen selbst nachweisen, dass ihr Vermögen legal erworben wurde. Können sie das nicht, wird es eingezogen.

Jetzt Katastrophenschutz gezielt ausbauen

Wir setzen uns für ein europäisches und smartes Frühwarnsystem und ein gut durchdachtes, Berlin-spezifisches Schutzkonzept unter Einbeziehung aller wichtigen Behörden ein.

Wir schaffen eine krisensichere Verwaltung. Wir bauen die Infrastruktur für den Katastrophenfall weiter aus, z. B. mit Schutz- und Vorratsräumen, flächendeckendem Cell-Broadcast und mit stärkerer Einbindung in die Zivilschutz-Sicherheitsarchitektur von Ländern, Bund und EU. Das gewährleisten wir mit der flexiblen Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutz-Leuchttürme in allen zwölf Bezirken. Außerdem organisieren wir regelmäßig gemeinsame Übungen für die verschiedenen Einsatzkräfte und die Bevölkerung. Wir schützen besonders vulnerable Gruppen, wie pflegebedürftige Menschen, mit einem inklusiven Katastrophenschutzmanagement.

Wir investieren in ein widerstandsfähiges Stromnetz, statt nur in die Kameraüberwachung von kritischer Strom-Infrastruktur. Dafür setzen wir auf allen Netzebenen das N-1-Prinzip verbindlich um, um sicherzustellen, dass das Netz auch dann funktionsfähig bleibt, wenn eine Komponente ausfällt. Zusätzlich schaffen wir Mechanismen, um Komponenten schneller zu ersetzen und die Versorgung wiederherzustellen. So verhindern wir Versorgungsausfälle nachhaltig und sichern die Infrastruktur gegenüber Unfällen, Naturereignissen und Sabotage proaktiv ab.

BERLIN SCHÜTZT: MIT EINER GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Berlins Gesundheitssystem hat erhebliche Lücken. Rund 60.000 Berliner*innen haben keinen geregelten Zugang zur Gesundheitsversorgung und überlasten damit die Rettungsstellen. Etwa 450.000 Menschen leiden an Depressionen, Angebote für psychische Gesundheit reichen bei weitem nicht aus. Ebenso fehlen Angebote zur spezifischen Beratung und Behandlung von postinfektiösen Erkrankungen. Rund 80 % der 212.000 Pflegebedürftigen werden von Angehörigen zu Hause versorgt, oft ohne ausreichende Unterstützung. Drogenbedingte Überdosierungen steigen. Und Lärm, Hitze und hohe Lebenshaltungskosten erhöhen das Erkrankungsrisiko zusätzlich.

Wir machen Berlin zu einer Stadt, die Menschen mit ihren gesundheitlichen Herausforderungen wirksam erreicht. Wir schaffen mit Gesundheitszentren eine wohnortnahe Versorgung und bauen Angebote für die Behandlung psychischer Erkrankungen aus. Wir helfen pflegenden Angehörigen durch mehr Unterstützung und sorgen dafür, dass Drogenkonsum sicherer wird. Mit Health in All Policies verankern wir Gesundheit als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern.

Jetzt Gesundheitszentren ausbauen

Wir bringen Gesundheit nah an die Menschen im Kiez: mit einer Ausweitung des Landesprogramms der integrierten Gesundheitszentren (LIG), die wir vor allem in strukturschwachen Bezirken wie den Außenbezirken ansiedeln.

Wir machen Gesundheitszentren zu niedrigschwelligen „Häusern der Hilfe“, in denen multiprofessionelle Teams unter einem Dach zusammenarbeiten. Mit diesen Teams begegnen wir Krankheiten präventiv, stärken die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung und senken langfristig Folgekosten von vermeidbaren chronischen Krankheiten. Wir bringen auch Hebammen sowie psychologische Angebote in diese Zentren, um eine wohnortnahe Betreuung zu gewährleisten. Jedes Gesundheitszentrum hat einen Gesundheitskiosk für Senior*innen, mit Pflegeberatung, Therapie und sozialer Unterstützung an einem Ort. Durch ausgedehnte Öffnungszeiten der Zentren entlasten wir Rettungsstellen effektiv und gewährleisten eine Akutversorgung im Bezirk. Das Ziel ist klar: Alle Berliner*innen erhalten medizinische Versorgung in ihrer Nähe.

Wir führen Gesundheitskioske und Gesundheitslots*innen zur niedrigschwelligen, mehrsprachigen Beratung und Stärkung der Gesundheitskompetenz – und das über alle Lebensphasen hinweg – in besonders benachteiligten Stadtteilen ein. Dadurch helfen wir besonders betroffenen Personen, die notwendigen Kompetenzen aufzubauen, um sich bei den Themen Ernährung und Gesundheit zurechtzufinden.

So unterstützen wir Menschen dabei, selbst etwas für die eigene Gesundheit zu tun, etwa durch Bewegung und gesunde Ernährung.

Wir entwickeln die Baby-Berlin-App zu einer umfassenden Family-Health-App weiter, die dann auch in den Gesundheitszentren und -kiosken angeboten wird. Die App hilft jungen Familien und Alleinerziehenden beim Aufbau von Gesundheitskompetenz mit mehrsprachigen Informationen, praxisnahen Checklisten, einfachem Zugang zu Hilfsangeboten und Unterstützung bei Anträgen.

Wir entwickeln eine Senior-Berlin-App, die einen Überblick über alle Unterstützungsangebote für Senior*innen anbietet, zunächst im Gesundheitsbereich, und später ausgeweitet auf Bildungs- und ehrenamtliche Beschäftigungsangebote. Wir bieten Senior*innen über 70 auf Wunsch einen „Gesundheits-Lotsen“ an, der als feste Ansprechperson Senior*innen durch das Gesundheitssystem begleitet.

Wir unterstützen die Bezirke dabei, dem globalen WHO-Netzwerk der altersfreundlichen Städte und Gemeinschaften beizutreten. Ziel ist dabei das Lernen von anderen europäischen Städten bei der altersgerechten, inklusiven Gestaltung des sozialen Umfelds und des urbanen Raums.

Wir geben qualifizierten Fachkräften in unseren Gesundheitszentren mehr Verantwortung in der Versorgung und sorgen für deren praxisnahe Weiterbildung. Damit reagieren wir konstruktiv auf den demographisch bedingten Fachkräftemangel. Wir nutzen sichere Plattformen für Videosprechstunden, Telemonitoring und Datenaustausch. Auf diesen Plattformen wird auch die elektronische Patientenakte integriert.

Best Practice

Berlin und Hamburg (Gesundheitskioske): Das GeKo Stadtteil-Gesundheitszentrum in Neukölln arbeitet nach WHO-Richtlinien und vereint medizinische Praxis, Sozialberatung, Café und Nachbarschaftsprojekte unter einem Dach. Es wird derzeit im Rahmen des Pilotprojekts „Navigation“ aus Mitteln des Innovationsfonds gefördert. Das Pilotprojekt des Gesundheitskiosks bietet Menschen in einem unterversorgten, sozial benachteiligten Viertel niedrigschwellige, mehrsprachige Gesundheitsberatung.

Helsinki (Healthy Ageing): „Healthy Ageing“ bezeichnet einen lebenslangen Ansatz, wie ihn z. B. die Stadt Helsinki konsequent verfolgt, um allen Bewohner*innen zu ermöglichen, so gesund wie möglich älter zu werden. Kommunalpolitisch heißt das: Bestimmungsfaktoren für Healthy Ageing werden in allen Lebensbereichen, Politikfeldern und über die gesamte Lebensspanne gezielt und strukturiert gefördert.

Jetzt Berlin als Standort der Gesundheitsinnovation stärken

Wir verbinden die Versorgungsreform mit dem Innovationsökosystem: Gesundheitszentren werden zu Erprobungsräumen für digitale Diagnostik, telemedizinische Angebote und neue Versorgungsmodelle. Berlin verfügt mit der Charité, dem Berlin Institute of Health und über 30 Forschungseinrichtungen im Life-Sciences-Bereich über einzigartige Voraussetzungen. Wir beschleunigen klinische Studien durch eine zentrale Ethikkommission für Berlin-Brandenburg, bauen regulatorische Sandboxes für Medizinprodukte auf und verknüpfen HealthCapital gezielt mit der kommunalen Gesundheitsversorgung.

Jetzt postinfektiös Erkrankten eine Chance auf Heilung geben

Wir bauen auf bestehende Initiativen wie PAIS-Care Berlin, CureME/CFS und das Long-COVID-Netzwerk der KV Berlin auf und schaffen in allen Bezirken interdisziplinäre Anlaufstellen in Kooperation mit den Gesundheitszentren. Diese bieten wohnortnahe Diagnostik und Behandlung nach aktuellem Stand der Forschung – mit Telemedizin, Hausbesuchen und spezialisierter Palliativversorgung. So stellen wir eine enge Verzahnung von Forschung, Versorgung und sozialer Absicherung für postinfektiöse Erkrankungen wie ME/CFS, Long- und Post-COVID oder PostVac sicher.

Wir machen Berlin zur Modellregion für Forschungstransfer in die Praxis: Wir fördern Projekte, die klinische Forschung und Versorgungsnetzwerke verbinden, mit aktiver Beteiligung von Patient*innenorganisationen, um ein vernetztes, lernendes Versorgungssystem für ME/CFS- und Long-COVID-Betroffene aufzubauen.

Wir stellen sicher, dass spezialisierte Angebote unabhängig vom Versicherungsstatus zugänglich sind. Durch Aufklärung und Fortbildung in Medizin, Pflege und Verwaltung sorgen wir dafür, dass Erkrankungen wie ME/CFS oder Long-COVID anerkannt und sozialrechtlich korrekt berücksichtigt werden – etwa bei Pflegegrad, Erwerbsminderungsrente oder Grad der Behinderung. Das stärkt Teilhabe, mindert Stigmatisierung und schafft Sicherheit für Betroffene.

Jetzt pflegende Angehörige unterstützen

Wir schätzen die Care-Arbeit von Angehörigen und unterstützen pflegende Angehörige gezielt. Wir bauen bestehende digitale Plattformen aus, die spürbar den Alltag erleichtern, zum Beispiel durch Funktionen wie einen Chatbot für Antragshilfen sowie eine Community zum Austausch. Wir beschleunigen die digitalen Antragsdienste über das Landeskompetenzzentrum 4.0. So reduzieren wir den bürokratischen Aufwand für privat Pflegende spürbar.

Wir unterstützen pflegende Angehörige, damit sie durch ihre Situation als Pflegende nicht den Anschluss verlieren. Für pflegende Kinder und Jugendliche ermöglichen wir flexible Fristen in Schulen, hybride Teilnahme oder Freistellungen bei akuten Pflegekrisen. Für Pflegende im Berufsleben ermöglichen wir bei akuten Pflegekrisen berufliche Freistellungen bis zu einer Woche ohne Attest.

Wir sorgen für eine 24/7-Hotline, die pflegenden Angehörigen bei Notfällen und Fragen rund um die Uhr zur Seite steht.

Best Practice

Schottland (kommunale Anlaufstellen): Gesetzlich verankerte kommunale Anlaufstellen in Schottland sichern pflegenden Angehörigen individuelle Unterstützung, psychosoziale Beratung und Vermittlung von Entlastungsleistungen.

Jetzt Hilfsangebote für Menschen mit psychischen Problemen ausbauen

Wir bauen die sozialpsychiatrischen Dienste der Bezirke aus. Wir beziehen Betroffene mit ein: bei der Gestaltung von Programmen, bei Anti-Stigma-Kampagnen und bei der Förderung von Gesundheitskompetenz in Schulen, Vereinen und Betrieben. Wir führen „Mental Health Days“ auf lokaler Ebene ein und erheben regelmäßig Daten zur psychischen Gesundheit in Berlin.

Wir etablieren Mental Health Coaches an Schulen und Jugendzentren und verankern Mental Health im Lehrplan. Wir schaffen Begegnungsorte gegen Einsamkeit, wie Mehrgenerationencafés und Nachbarschaftszentren, von denen insbesondere Senior*innen, Kinder und Jugendliche profitieren. Wir bieten Frauen nach der Geburt kostenfreies Informationsmaterial über postnatale Depressionen an. Wir unterstützen Alleinerziehende durch intensive Beratung und Angebote zur Kinderbetreuung.

Wir bauen die bestehende Kooperation zwischen Polizei und dem Berliner Krisendienst zu interdisziplinären mobilen Street-Triage-Teams aus. Dadurch vermitteln wir Menschen in psychischen Krisen frühzeitig in das Gesundheitssystem, reduzieren Zwangsunterbringungen und verbessern die Qualität von Polizeieinsätzen bei vulnerablen Gruppen. So können Eskalationen vermieden, geeignete Hilfen schneller vermittelt und bestehende ambulante Versorgungsstrukturen besser genutzt werden. Die Teams aus Polizei, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und psychiatrischem Pflegepersonal werden gemeinsam eingesetzt und sind in Deeskalation und Krisenintervention geschult. Die psychiatrische Expertise wird durch den sozialpsychiatrischen Dienst ergänzt, insbesondere durch ärztliche

Rufbereitschaft.

Best Practice

Frankfurt am Main (klare Aufgabentrennung): Frankfurt am Main hat die Aufgaben zwischen Polizei und Ordnungsamt klarer getrennt und das Ordnungsamt personell gestärkt, wodurch die Polizei gezielter für ihre Kernaufgaben eingesetzt werden kann.

Großbritannien (Street Triage): In Großbritannien zeigen „Street Triage“-Modelle, dass gemeinsame Einsätze von Polizei und psychiatrischen Fachkräften Krisen frühzeitig deeskalieren, die Unterbringung im Polizeigewahrsam und Zwangseinweisungen reduzieren und die Versorgung im Gesundheitssystem stärken.

Jetzt mit angemessener Drogenpolitik helfen statt kriminalisieren

Wir werben für den Ausbau von kostenfreien Mobilen Drug-Checkings. Flächendeckende, durch Fixpunkt oder Vista betriebene mobile Labore vor den Clubs können präzise Ergebnisse innerhalb kurzer Zeit liefern. Das Testen kann Leben retten und führt zur Entlastung der Gesundheitsinfrastruktur.

Wir schaffen mehr Konsumräume mit verlässlichen Öffnungszeiten. Wir bauen die Diamorphinsubstitution aus und ermöglichen drogenabhängigen Menschen einen Zugang zu nachhaltiger psychotherapeutischer Hilfe.

Wir setzen auf Präsenz, Prävention und Perspektiven statt auf Repression. Wir stärken dafür aufsuchende Sozialarbeit sowie Integrations- und Beschäftigungsprogramme. Wir schaffen Präventionsprogramme, die gesundheitsschädlichen Konsummustern vorbeugen sowie Wissen über Geschichte, Kultur und Risiken des Drogengebrauchs vermitteln. Dabei vermeiden wir stigmatisierende Sprache.

Wir setzen uns dafür ein, dass Strafverfahren wegen Besitzes geringer Mengen zum Eigenbedarf grundsätzlich eingestellt werden. Dafür planen wir die Anhebung der bestehenden Grenzwerte, damit sich Polizei und Justiz auf Dealer, organisierte Strukturen und Beschaffungskriminalität konzentrieren können. Die konkreten Schwellenwerte werden in einem evidenzbasierten Verfahren unter Einbeziehung von Suchtmedizin, Strafverfolgung und Zivilgesellschaft festgelegt.

Wir setzen uns für eine einfache Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes in Berlin ein. Wir schaffen klare Regeln für die Genehmigung von Anbauvereinigungen und eine vollständig digitale Antragstellung sowie -bearbeitung.

Jetzt Bedingungen für Sexarbeitende verbessern

Wir statten Zentren für sexuelle Gesundheit und Beratungsstellen finanziell und personell besser aus. Wir ermöglichen auch weiterhin niedrigschwellige und kostenlose Testungen auf sexuell übertragbare Erkrankungen. Die Versorgung mit PrEP und bestimmte Eingriffe bleiben für alle zugänglich, auch ohne Krankenversicherung.

Wir bilden eine Arbeitsgemeinschaft aus Berufsverbänden, Beratungsstellen und Vereinen. Diese Arbeitsgemeinschaft entwickelt wirksame Schutzkonzepte gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Beschaffungskriminalität und verbessert so die Situation von Sexarbeitenden. Wir ergänzen das Angebot durch unaufdringliche Polizeistreifen, eine Prüfung der Sperrbezirksverordnung sowie Dialoge mit Bürger*innen in den Kiezen. Damit tragen wir zu mehr Sicherheit und besseren Arbeitsbedingungen bei.

Jetzt Gesundheit in allen Bereichen mitdenken

Wir denken bei allen Maßnahmen und Policies mit, wie sie die Gesundheit der in Berlin lebenden Menschen verbessern können: Health in All Policies (HiAP). Dafür stärken wir die Landesgesundheitskonferenz (LGK) zu einem HiAP-Beirat mit Entscheidungsbefugnis, der Standards setzt, Umsetzungsideen entwickelt und Budgetempfehlungen an den Senat gibt. So sparen wir mit Prävention Kosten für die Behandlung vermeidbarer, teurer chronischer Krankheiten und senken damit Gesundheitsausgaben – während wir menschliches Leid verhindern.

Wir verbessern die Gesundheit der Bürger*innen mit neuen Projekten für mehr Bewegung und Verkehrssicherheit. Wir steigern das Wohlbefinden durch grüne und blaue Infrastruktur, also Parks, Stadtbäume und begrünte Dächer ebenso wie Gewässer, Brunnen und Regenwassermanagement. Wir priorisieren Bauvorhaben, die die erarbeiteten HiAP-Standards anwenden, und setzen sie so schneller um. Wir nutzen dabei die Idee der 15-Minuten-Stadt sowie partizipative Beteiligung, um Kieze gesund zu gestalten.

Best Practice

Utrecht (HiAP): Utrecht setzt Health in All Policies seit 2012 um und versteht sich als „Living Lab“, in dem Verwaltung, Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft gemeinsam an Lösungen für gesunde, nachhaltige und inklusive Quartiere arbeiten. Die partizipativen Maßnahmen erhöhen die Akzeptanz und sorgen dafür, dass Gesundheitsunterschiede messbar verringert werden.

BERLIN SCHÜTZT: MIT BEGEGNUNG, BEWEGUNG UND ZUSAMMENHALT

Viele Berliner*innen fühlen sich einsam oder vermissen im Alltag Orte für echte Begegnung und Unterstützung. Stadtteilzentren, Bibliotheken, Jugend- und Senior*innentreffs oder mobile Stadtteilarbeit sind vielerorts unterfinanziert oder von Kürzungen bedroht. Besonders in den Außenbezirken fehlen Treffpunkte, kulturelle Angebote und geschützte, sichere Räume für Austausch und Gemeinschaft. Viele Sportplätze und Hallen sind aufgrund von Öffnungszeiten oder fehlender Barrierefreiheit schwer zugänglich.

Wir gestalten Berlin als Stadt des Miteinanders. Bewegung, Nachbarschaftshilfe und geschützte Arbeitsbedingungen vereinen Menschen quer durch Milieus und tragen so zu Sicherheit und Schutz aller bei. Alle – ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – finden wohnortnah Möglichkeiten, sich zu bewegen. Sport wird wieder das, was er sein sollte: ein Ort der Gesundheit, der Begegnung und des sozialen Zusammenhalts. Wir schaffen mehr Räume für Begegnung, stärken Engagement und bauen Barrieren ab. So entsteht ein Berlin, das verbindet und in dem aus Vielfalt ein echtes Miteinander wird.

Jetzt Begegnungsorte sichern

Wir sichern Stadtteilzentren, Bezirksbibliotheken, Jugend- und Senior*innentreffs langfristig ab und entwickeln sie zu offenen, einladenden Treffpunkten ohne Konsumzwang weiter. Besonders in den Außenbezirken bauen wir Begegnungsangebote weiter aus, damit alle Menschen wohnortnah zusammenkommen können.

Wir legen die beiden Zentral- und Landesbibliotheksstandorte zusammen. Damit schaffen wir einen einzigen, zugänglichen und innovativen Begegnungsort, der durch kluge Raumkonzepte und Angebote die Stadt bereichert.

Wir gestalten öffentliche Räume wie Parks, Plätze und Sportanlagen so, dass Menschen dort gerne zusammenkommen: barrierefrei, sicher, mit Sitzmöglichkeiten, Schatten und guter Erreichbarkeit. Wir verwandeln einzelne öffentliche Parkplätze in begrünte Aufenthaltsflächen, kleine Gemeinschaftsgärten oder Orte für nachbarschaftliche Initiativen, wenn die Anwohner*innen dies aktiv unterstützen.

Wir unterstützen queere Kultur- und Begegnungsorte und stärken die queere Präsenz im öffentlichen Raum, etwa durch Gedenkort, Gedenktafeln und sichtbare Zeichen der Anerkennung sowie durch die gezielte Förderung kultureller Veranstaltungen insbesondere anlässlich des Berliner Pride Month in allen zwölf Bezirken, einschließlich alkoholfreier Veranstaltungsformate.

Wir fördern die bezirklichen Freiwilligenagenturen, denn das Ehrenamt hält Berlin zusammen. Wir unterstützen ehrenamtliche Organisationen mit Beratung und Qualifizierung durch die Landesfreiwilligenagentur Berlin. So bekommen vor allem die Menschen Anerkennung, die sich täglich – und oft ohne großes Aufsehen – für andere engagieren.

Wir fördern Projekte, die Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkunft und Lebensrealitäten durch gemeinsames Kochen, Gärtnern, Sport, Musik oder Spielen zusammenbringen. Dafür setzen wir eine zweijährige Laufzeit für Fördermittel um.

Wir bauen das Pilotprojekt „Digitales Zebra“ aus, denn Teilhabe und Begegnung findet auch im digitalen Raum statt. Das Projekt unterstützt Menschen berlinweit bei digitalen Anliegen wie dem Einrichten von Geräten oder Online-Terminbuchungen. Wir evaluieren das Projekt systematisch und verstaten es in ganz Berlin. Ergänzend etablieren wir dauerhaft Digital-Lots*innen in Bibliotheken und Nachbarschaftseinrichtungen, die besonders ältere Menschen beim Zugang zu digitalen Angeboten wie ärztlichen Terminen, Verwaltung oder Kommunikation unterstützen.

Best Practice

Helsinki (Central Library Oodi): Die Helsinki Central Library Oodi ist eine öffentliche, nichtkommerzielle Begegnungsstätte im Zentrum von Helsinki, die allen Menschen kostenlos offen steht, und als sozialer Treffpunkt für Lernen, Arbeiten und Freizeit dient.

Jetzt Sport für alle Menschen zugänglich machen

Wir ermöglichen eine bessere Nutzung der rund 1.200 Sportstandorte Berlins. Dafür öffnen wir Schulhöfe, Sporthallen, Parks und Grünflächen konsequent auch nach Schulschluss, am Wochenende und in den Ferien. Wir vereinfachen die Buchung von Hallen oder Plätzen für Vereine und Initiativen über ein transparentes Online-System. So machen wir freie Kapazitäten sichtbar und bauen bürokratische Hürden ab. Zusätzlich schaffen wir sichere Bewegungsräume, wie feste Zeiten in Hallen für FLINTA*-Gruppen. Denn Sportflächen werden oft von Jungen und Männern dominiert, während Mädchen und junge Frauen dort kaum vertreten sind.

Wir schaffen in jedem Bezirk mindestens ein barrierefreies, inklusives Bewegungsangebot. Wir setzen dafür bei allen Neu- und Umbauten von Sportstätten die Vorgaben der DIN 18040 (Barrierefreies Bauen) sowie die Leitfäden des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und des Deutschen Behindertensportverbands

(DBS) um.

Wir bauen den BuT-Pass (Bildungs- und Teilhabepaket) aus. Damit erhalten Kinder aus einkommensschwachen Familien höhere Zuschüsse, um Sportvereine und Schwimmbäder günstiger nutzen zu können. Wir unterstützen Vereine, die Migrant*innen und Menschen mit Fluchterfahrung aktiv einbinden, mit Zuschüssen für Ausrüstung oder für Honorare. Wir fördern verstärkt Bewegungsangebote in Kitas und Schulen, wie Sport-AGs oder Bewegungsstunden. Damit vermitteln wir Kindern früh aktive Gewohnheiten. Schulen und Vereine profitieren von neuen Kooperationen und Austauschprogrammen.

Wir entwickeln das bestehende Portal „Berlin bewegt sich“ zu einer zentralen berlinweiten Plattform für Bewegungsangebote im öffentlichen Raum weiter. Wir stellen Informationen zu Sportangeboten mehrsprachig bereit und bauen Programme, wie „Integration durch Sport“, weiter aus.

Best Practice

Wien (Bewegt im Park): Das Programm „Bewegt im Park“ in Wien und anderen Städten bietet jährlich Hunderte kostenlose Outdoor-Kurse an, die für Jung und Alt ohne Anmeldung offenstehen.

BERLIN

GEWINNT

**Zukunft,
Resilienz
und Natur**

Berlin hat eine Chance: Solaranlagen auf tausenden Dächern, grüne Korridore durch die Stadt, neue Technologien und eine Energiewende, die tatsächlich bei den Menschen ankommt. Berlin ist groß genug, um Maßstäbe zu setzen, und innovativ genug, um sie auch zu erreichen.

Und doch hinkt die Realität dem Potenzial hinterher. In Sommern schwitzen wir in unseren Wohnungen, während es an schattigen Grünflächen fehlt und der Asphalt die Hitze sogar noch speichert. Bei Starkregen laufen unsere Keller voll, weil der Boden das Wasser nicht aufnehmen kann. Und die Abhängigkeit von fossiler Energie kostet uns nicht nur ein stabiles und lebenswertes Klima, sondern bei jeder geopolitischen Krise auch bares Geld.

Klimaschutz ist keine Verzichtsagenda. Es ist eine Investition in die Zukunft der Stadt. Durch mutige Entscheidungen für zukunftsste Technologien sichern wir günstigere Energie, gesunde Kieze, widerstandsfähige Infrastruktur und eine Natur, die Berlin lebenswert macht. Was wir heute investieren, entscheidet darüber, wie Berlin in den kommenden Jahrzehnten aussieht.

Berlin gewinnt, wenn Strom vom Dach und klimaneutrale Fernwärme für alle bezahlbar werden. Dafür braucht es eine Solaroffensive, flexiblere Netze, den smarten Umbau des Fernwärmenetzes sowie eine enge Energiepartnerschaft mit Brandenburg. So schaffen wir eine Versorgung, die unabhängig, verlässlich und bezahlbar ist.

Berlin gewinnt, wenn Gebäude schneller und günstiger modernisiert werden und Baustoffe im Kreislauf bleiben. Dafür braucht es serielle Sanierungen, digitale Plattformen für die Wiederverwendung von Materialien und einen Bausektor, der Ressourcen als Werte begreift statt als Abfall. So schaffen wir einen Gebäudesektor, der die Klimaziele endlich einhält.

Berlin gewinnt, wenn die Stadt Hitze, Starkregen und Wasserknappheit standhält und Natur nicht als Dekoration, sondern als Teil der Infrastruktur begreift. Dafür braucht es Entsiegelung, eine Schwammstadt-Offensive sowie grüne Korridore für Mensch und Tier. So schaffen wir eine Stadt, die auch in Extremsituationen funktioniert und in der Natur auch langfristig ein selbstverständlicher Teil des Alltags ist.

BERLIN GEWINNT: MIT UNABHÄNGIGER, BEZAHLBARER UND KLIMANEUTRALER ENERGIE

Fast 74 % der deutschen Emissionen entstanden 2023 durch die Verbrennung fossiler Energieträger und von Biomasse, um Energie für private Haushalte und Unternehmen zu erzeugen. Aktuell werden über die Hälfte der Berliner Haushalte mit Gas beheizt, bei der Berliner Fernwärmeversorgung entfallen drei Viertel der Versorgung auf Erdgas und der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromeinspeisung liegt gerade einmal bei 5,6 %. Das macht Berlin abhängig von teuren Importen und anfällig für Preisschocks. Der Krieg in der Ukraine seit 2022 hat das schmerzhaft gezeigt und der Iran-Krieg bestätigt es: Wer Energie aus fossilen Quellen importiert, zahlt den Preis für jede geopolitische Krise mit.

Wir überwinden diese Abhängigkeit und machen Berlin in enger Kooperation mit Brandenburg zur zukunftsfesten Energie- und Wärmeversorgerin: mit einem intelligenten Stromnetz auf der Basis erneuerbarer Energien und einer Wärmewende, die bezahlbar und sozial gerecht ist. Dafür setzen wir auf den Ausbau von Sonnen- und Windenergie, insbesondere durch Bürgerenergieprojekte für Mietende, sowie von (Groß-)Wärmepumpen und Abwärmenutzung.

Jetzt Strom für Berlin klimaneutral erzeugen

Wir ersetzen die fossil betriebenen Kraftwerke im Stadtgebiet Schritt für Schritt durch erneuerbare Energien. Wir starten dazu gemeinsam mit den Berliner Stadtwerken eine Solaroffensive und gehen als öffentliche Hand voran: Bis 2031 staten wir jedes öffentliche und technisch geeignete Gebäude mit Solaranlagen aus, egal ob Ämter, Schulen oder Bahnhöfe. Dem Denkmalschutz wird dabei Rechnung getragen.

Wir nutzen Parkplätze sowie Flächen entlang von Autobahnen und Gleisbetten für die Errichtung von Photovoltaik. Hierzu arbeiten wir eng mit Bund und Bezirken zusammen.

Wir erleichtern Mietenden und Energieprojekten von Bürger*innen die Installation und den Betrieb von Dach- und Balkonkraftwerken. Wir schaffen ein Berliner Bürgerenergiegesetz, um Berliner*innen direkt am wirtschaftlichen Erfolg der Energiewende zu beteiligen. Wir ermöglichen finanzielle Beteiligung an Energieprojekten, die Förderung von Energiegenossenschaften und die Erleichterung von Energy Sharing in Quartieren. So verteilen wir die Kosten fair, halten die Wertschöpfung in unserer Stadt und steigern damit die Akzeptanz und den sozialen Ausgleich.

Jetzt die Energiepartnerschaft Berlin-Brandenburg ausbauen

Wir institutionalisieren die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und den angrenzenden Landkreisen als grenzüberschreitendes Gemeinschaftsprojekt, von dem beide Seiten profitieren.

Wir koordinieren dafür den Ausbau von Windkraft und Solar in Brandenburg mit dem schrittweisen Rückbau fossiler Energiequellen in Berlin unter der Federführung der Gemeinsamen Landesplanungsgesellschaft (GL). Wir nutzen das Instrument langfristiger Stromlieferverträge (PPAs) zwischen Berliner Industriebetrieben, den landeseigenen Stadtwerken und brandenburgischen Erzeugenden, um schnell klimaneutralen Strom aufzubauen, Investitionen in Brandenburg und stabile Preise in Berlin zu sichern.

Wir priorisieren den Ausbau grenzüberschreitender Stromnetze und Wärmespeicher an den Schnittstellen beider Länder. So verhindern wir „Abregelungen“ von Windrädern und leiten die grüne Energie verlustfrei in die Berliner Quartiere.

Jetzt Heizen für Berlin klimaneutral machen

Wir setzen für eine wirksame Dekarbonisierung beim Heizen auf eine Kombination von Energiequellen aus wissenschaftlich erprobten und bewährten Technologien. Zusammen mit der BEW überarbeiten wir den Dekarbonisierungsfahrplan zu einem wissenschaftsgestützten Zeitplan, der festlegt, wann welche Kraftwerke durch Großwärmepumpen und ergänzende Technologien abgelöst werden.

Wir stellen das Fernwärmenetz systematisch auf Großwärmepumpen um. Dafür legen wir einen ambitionierten Zeitplan mit konkreten Zielen fest. Flusswärmepumpen nutzen die Wärme der Spree und Havel sowie aus Abwasser. Wir schließen Rechenzentren, Industrie und U-Bahn-Stationen an Fernwärmenetze an, um deren Abwärme für die Wärmeversorgung zu nutzen. Große Wärmepumpen wandeln diese Wärmequellen effizient in verwertbare Heizwärme um.

Wir erweitern das Fernwärmenetz, um möglichst vielen Berliner*innen Zugang zu günstiger, klimaneutraler Wärme zu ermöglichen. Dabei priorisieren wir Stadtteile mit hoher Wärmedichte und Nähe zu Wärmequellen (Rechenzentren, Geothermie-Standorte, Industrieareale), um Netzverluste zu minimieren. Wir schließen die ausgewiesenen Wärmenetzgebiete zügig an das Fernwärmenetz an und schaffen Nahwärmelösungen außerhalb dieser Gebiete, wo diese Lösungen technisch und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Wir erproben und fördern Tiefengeothermie an geeigneten Standorten.

Wir bauen Wärmespeicher und Saisonspeicher aus, um Wärmelastspitzen abzufedern. So ermöglichen wir kostengünstige und zuverlässige Wärmeversorgung auch an extrem kalten Tagen, reduzieren Spitzenlastkraftwerke und senken Heizkosten.

Wir halten die bisherigen Müllverbrennungskapazitäten für Rest- und Sperrmüll für ausreichend und nicht erweiterungsbedürftig, forcieren jedoch den Bau einer modular erweiterbaren Biogasanlage für die Verwertung von Bioabfällen. Diese sollte zukünftig auch auf Wasserstoffbasis funktionieren, um Bedarfsspitzen abzudecken. Diese energetische Verwertung nicht-recycelbarer Abfälle sowie von Bioabfällen stabilisiert das System und ersetzt fossile Brennstoffe.

Jetzt das Stromnetz intelligent ausbauen

Wir bauen das Stromnetz intelligent und flexibel aus, um allen Berliner*innen Zugang zu bezahlbarer und grüner Energie zu geben.

Wir beschleunigen den Bau von Energiespeichern an strategischen Netzknoten, indem wir zügig Flächen bereitstellen, Genehmigungen erteilen und Speicher ans Netz anschließen. Batterien nehmen an sonnenreichen Tagen den auf dem Dach oder Balkon erzeugten Strom auf und stellen ihn in den Abendstunden für die heimische Nutzung bereit. Durch Großwärmepumpen nutzen wir erneuerbaren Strom hocheffizient zur Wärmeerzeugung. Ergänzende Power-to-Heat-Anlagen wandeln Stromspitzen direkt in Wärme um, die in Wärmespeichern zwischengeparkt wird, bis sie in den Haushalten gebraucht wird. Dasselbe gilt für die Abwärme von Rechenzentren, Industrie und Abwasser.

Wir erproben technische und regulatorische Lösungen zum bidirektionalen Laden. Inhaber*innen von E-Autos sollen Geld dafür erhalten, wenn sie überschüssigen Strom in ihrer Autobatterie zwischenspeichern und bei Nachfrage wieder in das Netz einspeisen.

Wir setzen auf dynamische Stromtarife. Wer Strom clever verbraucht, wenn viel Wind- und Sonnenenergie im Netz ist, zahlt weniger. Dafür beschleunigen wir den Einbau von Smart Metern genau dort, wo sie den größten Nutzen bringen: bei Haushalten mit E-Autos, Wärmepumpen oder Solaranlagen. Wir lösen Hürden durch Beratung für Mietende und Eigentümer*innen und eine bessere Kooperation zwischen Breitbandanbietenden und Betreibenden von Messstellen. Ziel ist die Vollabdeckung für steuerbare Lasten bis 2028.

Jetzt Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm umsetzen

Wir bekennen uns zu den ambitionierten Zielen des fortgeschriebenen BEK 2030 und des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes, die eine CO₂-Reduktion von

70 % bis 2030 vorschreiben. Wir machen aus dem bisherigen Maßnahmenkatalog einen echten Beschleunigungsplan, der die Umsetzungslücke der aktuellen Periode (2022–2026) schließt. Wir schaffen mit jährlichem öffentlichen Reporting Transparenz über den Umsetzungsstand.

Wir entlasten Bürger*innen und Betriebe durch digitale One-Stop-Shops für Förderungen und unterstützen das Handwerk aktiv bei der Fachkräftegewinnung. Damit bringen wir die Wärmewende und den Solarausbau endlich auf die Straße.

Wir setzen auf Mobilitätskonzepte, die den hohen Anteil an klimaschädlichen Emissionen aus dem Verkehrssektor in Berlin bedeutsam verringern.

Best Practice

Kopenhagen (ganzheitliche Energie- und Wärmewende): Rund 98 % der Haushalte in der Dänischen Hauptstadt sind an ein weitgehend klimafreundliches Fernwärmenetz angeschlossen, das zunehmend auf Großwärmepumpen, Abwärme und Geothermie setzt. Bereits heute sind 80 % der Fernwärme CO₂-neutral, was durch die Umstellung von Kohle auf Biomasse und erneuerbare Energien erreicht wurde. Gleichzeitig wird der Verkehr konsequent elektrifiziert: Eine dichte Ladeinfrastruktur, günstige Stromtarife für E-Mobilität und klare kommunale Wärmepläne sorgen dafür, dass Gebäude, Stromsystem und Mobilität ineinandergreifen. Seit 2005 hat Kopenhagen seine CO₂-Emissionen um mehr als 70 % reduziert, obwohl die Stadt im gleichen Zeitraum um 20 % gewachsen ist.

BERLIN GEWINNT: MIT KREISLAUFWIRTSCHAFT IM GEBÄUDESEKTOR

In Deutschland entfallen rund 40 % der CO₂-Emissionen auf den Gebäudesektor, und jedes Jahr werden in diesem Bereich die Klimaziele verfehlt. Dabei geht es nicht nur um den Betrieb, sondern auch um das Bauen. Von den knapp sieben Millionen Tonnen Abfällen in Berlin entstehen ca. 4,5 Mio. Tonnen durch den Bausektor. Insbesondere illegale Ablagerungen von Bauschutt und anderen Baustellenabfällen auf öffentlichen Flächen verursachen hohe Kosten für die Beseitigung. Dazu kommt, dass nur 13 Prozent der Baustoffe recycelt werden – der Rest wird z. B. zum Straßenbau, zur Auffüllung von Gruben oder Abdeckung von Deponien verwendet.

Wir modernisieren den Berliner Gebäudebestand und bauen den Bausektor zur Kreislaufwirtschaft um. Wir setzen uns für den Stopp unnötiger Abrisse ein, fordern eine konsequente Wiederverwendung von Baustoffen und fördern die einfache Modernisierung von Gebäuden. So werden Berliner*innen dauerhaft entlastet und der Gebäudesektor wird fit für die Zukunft gemacht.

Jetzt Gebäude sozial gerecht und energieeffizient sanieren

Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für den Gebäudesektor, indem wir die serielle Sanierung durch Typengenehmigungen für vorgefertigte Bauteile etablieren. Darüber hinaus stärken wir regionale Produktionsstandorte wie Brandenburg, beschleunigen so Modernisierungen und senken die Kosten.

Wir etablieren eine zentrale Beratungsstelle für Eigentümer*innen und Mieter*innen. Durch die Expertise und gezielte Unterstützung der Beratungsstelle bauen wir Hürden ab und gewährleisten die effiziente Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen.

Wir setzen beim Bauen auf Holz und ökologische Baustoffe, um Berlin klimaneutral zu machen. Statt Grundstücke an den Höchstbietenden zu verkaufen, führen wir Konzeptverfahren ein: Den Zuschlag erhält, wer die besten sozialen, ökologischen und gemeinschaftlichen Lösungen bietet.

Wir schaffen einen gestaffelten Sanierungsfahrplan für ineffiziente Gebäude. Diesen gestalten wir sozialverträglich durch den Quartiersansatz, umfangreiche Härtefallregelungen und den Einsatz innovativer Technologien, wie hochreflektierende Dämmfolien. Wir passen das Baurecht an, um Hitzeschutzmaßnahmen, wie Begrünung und Verschattung, unbürokratisch zu ermöglichen.

Wir überprüfen systematisch den Bestand von Nichtwohngebäuden im Eigentum des Landes Berlin, wie Schulen und Ämter. Wir ergreifen Sofortmaßnahmen bei fehlender Energieeffizienz, etwa durch die Optimierung vorhandener Heiz- und Lüftungssysteme.

Best Practice

Österreich (Holzbau): Vorarlberg gilt weltweit als Pionier im modernen Holzbau, wo durch vereinfachte Normen und ökologische Vorgaben effizienter Wohnraum entsteht.

Niederlande (Energiesprong): Mit dem Energiesprong-Modell zeigt die niederländische Wohnungswirtschaft seit Jahren, wie eine serielle Sanierung klimaneutrale und bezahlbare Gebäude möglich macht. Wohngebäude werden mit vorgefertigten Fassaden- und Dachelementen innerhalb weniger Tage modernisiert – inklusive effizienter Heiztechnik und Dämmung. Die standardisierten Lösungen senken Kosten, verkürzen Bauzeiten und sichern verlässliche Ergebnisse.

Jetzt smarte Baukreisläufe vorantreiben

Wir schaffen eine digitale Re-Bau-Plattform, die berlinweit Informationen über Gebäude, Materialien und deren Potenzial zur Wiederverwendung bündelt. Bauwillige,

Unternehmen und öffentliche Einrichtungen können so frühzeitig wiederverwertbare Materialien identifizieren, Transporte effizient planen und Kosten, z. B. durch wegfallende Deponiegebühren, senken.

Wir führen ergänzend Material- und Gebäudepässe ein, die Transparenz über Kreislauffähigkeit, CO₂-Fußabdruck und Herstellungsdaten liefern.

Wir fördern Urban Mining Hubs als Lager- und Vertriebszentren für wiederverwertbare Materialien, um die Ressourcen der Stadt zu nutzen. Das geschieht kooperativ zwischen Berlin und Brandenburg, indem wir kostenlose Zwischenlagerflächen ausweisen, wie in Reinickendorf bereits geschehen.

Wir entwickeln eine CO₂-Reduktions-Roadmap für den Bausektor. Zusammen mit der Branche definieren wir darin Maßnahmen und Innovationspotenziale.

Best Practice

Dänemark (Reduction Roadmap): In Dänemark wurde die Reduction Roadmap von über 630 Unternehmen, Forschungsinstituten und Organisationen aus der Bau- und Immobilienwirtschaft entwickelt, die sich freiwillig zu CO₂-Reduktionszielen bekennen.

Amsterdam (Kreislaufwirtschaft): Amsterdam war 2020 die erste Stadt weltweit, die sich verbindlich zu einer vollständig zirkulären Wirtschaft verpflichtet hat. Das Zwischenziel ist, bis 2030 halb so viele neue Rohstoffe zu verbrauchen. Allein im Bausektor kann die konsequente Wiederverwendung von Materialien 85 Millionen Euro jährlich einsparen.

Jetzt Umbau & Rückbau clever gestalten

Wir machen Umbau und Renovierung gegenüber Abriss und Neubau attraktiver. Dafür berücksichtigen wir in Machbarkeitsstudien für öffentliche Gebäude auch ökologische Kriterien. So bekommen Umbauten häufiger Vorrang und es wird leichter, umweltfreundliche Materialien und ressourcenschonende Bauweisen einzusetzen. Falls es doch zu einem Abriss kommen muss, führen wir Pre-Deconstruction-Audits zunächst bei öffentlichen Bauvorhaben durch. Damit prüfen wir Materialien systematisch, um sie gegebenenfalls zu erhalten und für die Wiederverwendung aufzubereiten. Besonders bei öffentlichen Bauvorhaben sparen wir damit Kosten, reduzieren Abfall und steigern die Ressourceneffizienz.

BERLIN GEWINNT: MIT EINER LEBENSWERTEN STADT FÜR MENSCHEN, TIERE UND NATUR

Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst spürbar. Vorhergesagt werden eine Temperaturerhöhung von bis zu 2,3 °C bis 2050, eine Verdopplung der Hitzetage sowie eine deutliche Zunahme von Tropennächten. Starkregen und Überflutungen treten häufiger auf und die Trinkwasserversorgung gerät unter Druck. Gleichzeitig schwinden Lebensräume für Tiere, während die Stadt wächst.

Wir machen Berlin zum Vorbild, indem wir heute in Hitze-, Natur- und Tierschutz investieren. Wir setzen uns für eine Stadt ein, die Verantwortung übernimmt: mit kühlen Kiezen, die vor Hitze schützen, mit Grünflächen, die Artenvielfalt sichern, und mit einer Infrastruktur, die auch in Extremsituationen funktioniert. Wir begreifen Resilienz als Investition in unsere Zukunft und stellen sicher, dass alle Berliner*innen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort, vor den Folgen der Klimakrise geschützt sind.

Jetzt Berlin zur Schwammstadt machen

Wir speichern Regenwasser vor Ort, statt es ungenutzt in die Kanalisation zu leiten. So verhindern wir Überflutungen bei Starkregen, stabilisieren das Grundwasser und kühlen das Stadtklima aktiv durch Verdunstung. Dafür initiieren wir eine systematische Entsiegelungsoffensive, bei der wir versiegelte Flächen auf Plätzen und im Straßenraum durch sickertfähige Böden ersetzen. Wir vereinfachen die Genehmigung von Dach- und Fassadenbegrünungen sowie zur Aufstellung von Wasserauffangbecken.

Wir bauen den Berliner Hitze-Aktionsplan strukturell aus: mit zentraler Koordination, gesicherter Finanzierung und wissenschaftlicher Begleitung. Wir zeigen Berliner*innen auf einer Karte, wo sich kostenfreie Kälteräume und öffentliche Trinkbrunnen befinden, z. B. in Bibliotheken und Parks. Die Anpflanzung von mehr Straßenbäumen sorgt zudem für schattige und barrierefreie Aufenthaltsorte.

Wir bereiten Berlin auf Katastrophen durch Extremwetterereignisse vor und achten darauf, dass der Schutz vor extremen Wetterereignissen allen Berliner*innen gleichermaßen zugutekommt, unabhängig vom Einkommen.

Wir sichern Berlins Trinkwasserversorgung und den Wasserstand der Spree. Dafür renaturieren wir Auen und stimmen Wasserentnahme-Preise mit Brandenburg und Sachsen ab. Wir senken den Industrieverbrauch mit verbindlichen Vorgaben. Nach dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung in der Lausitz droht ein Absinken des Wasserstands der Spree, da kein Tagebauwasser mehr eingeleitet wird. Wir setzen uns dafür ein, bei Wasserknappheit die Pumpen temporär weiterzubetreiben. Wasserpolitische Entscheidungen treffen wir gemeinsam mit Brandenburg und

Sachsen, innerhalb ökologischer Grenzen und unter fairer Berücksichtigung der betroffenen Gemeinden. Für den ressourcenschonenden Umgang mit Trinkwasser vereinfachen wir die Genehmigungen für Wasserrecycling in Wohnhäusern und doppelte Leitungsnetze in Neubauquartieren.

Best Practice

Paris (Oasis): Mit dem Programm Oasis wurden z. B. Schulhöfe entsiegelt, begrünt und als kühle Aufenthaltsorte für die Nachbarschaft geöffnet. Gleichzeitig baut Paris ein dichtes Netz an frei zugänglichen Trinkbrunnen und „kühlen Räumen“ aus, die in Hitzewellen allen Bewohner*innen offenstehen.

Jetzt Stadtentwicklung und Tierschutz stärker zusammendenken

Wir schaffen strukturreiche Grünflächen, indem wir hohes Gras teilweise stehen lassen und so gezielt die Artenvielfalt fördern. Dadurch entstehen Lebensräume für Insekten und Wildbienen als zentrale Bestäuber. Diese Flächen integrieren wir auch in Grünpflegekonzepte und Stadtplanung.

Wir setzen uns für sogenannte grün-blaue Korridore ein, die Lebensräume von Arten, wie Füchsen, Hasen und Ottern, verbinden. Gleichzeitig entwickeln wir mit Blick auf potentiell gefährliche Wildschweine nachhaltige Managementstrategien mit Nachbargemeinden, wie gemeinsame Populationskontrollen.

Wir halten an der Finanzierung des städtischen Taubenmanagements fest, um die Population einzudämmen. Während wir in den Bezirken weiterhin Taubenschläge nutzen, reduzieren wir gleichzeitig wilde Brutplätze, z. B. in verlassenen Gebäuden. Wir bekämpfen die Ausbreitung von Ratten, indem wir die KaRMa-Kampagne berlinweit umsetzen. Damit lernen Bürger*innen, wie sie zur Eindämmung von Ratten beitragen können. An besonders betroffenen Hotspots fördern wir zusätzlich rattensichere Tonnen und eine schnelle Entfernung wilder Abfallhaufen und Lebensmittelreste.

Wir kümmern uns neben wilden Tieren auch um domestizierte Tiere in unserer Stadt. Wir führen Tierführerscheine mit Sachkundeprüfung ein, um verantwortungsvolles Verhalten im Umgang mit Tieren zu sichern. Wir ahnden konsequent Verstöße gegen die in Berlin geltende Katzenschutzverordnung, um die unkontrollierte Vermehrung von unkastrierten Katzen zu verhindern. Gleichzeitig informieren wir die Berliner*innen über die negativen Folgen des Aussetzens ihrer Katze, die damit zusammenhängenden

Strafen und über Alternativen wie House-Sharing oder Co-Sitting. Außerdem setzen wir uns auf Bundes- und Europaebene für ein Verbot der Zucht und Verwendung von Wildtieren zu Unterhaltungszwecken ein.

Best Practice

Amsterdam (Green Infrastructure Vision): Mit der Green Infrastructure Vision bis 2050 zeigt die Stadt, wie sie gezielt grün-blaue Korridore, sogenannte „greenways“, einsetzen möchte, um die Straßen, Kanäle und Parks zu verbinden, damit Wildtiere sich sicher zwischen Lebensräumen bewegen können.

Jetzt smarte Ernährung für Klima- und Tierschutz fördern

Wir machen das Land Berlin zum Kunden für regionale Lebensmittelbetriebe und fördern technologische Innovationen, wie pflanzliche und zellbasierte Alternativen, um klimaangepasste Ernährung und gemeinschaftlich gedachten Anbau zu fördern.

Wir schaffen eine zentrale Beratungs- und Koordinierungsstelle, die Gemeinschaftsgärten, Bio-Betriebe und Food-Tech-Startups gezielt mit Kantinen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen vernetzt.

Wir geben regionalen Betrieben Abnahmegarantien und schaffen gleichzeitig einen Marktzugang für nachhaltige Zukunftstechnologien. Dafür nutzen wir innovationsfreundliche und regional ausgerichtete Vergabekriterien, neue Förderprogramme und Pilotprojekte. So machen wir die Hauptstadt zum Modell für eine klimapositive, tierwohlorientierte und wirtschaftlich starke Ernährungsstrategie.

BERLIN

VERBINDET

**Menschen,
Europa und
die Welt**

Berlin ist eine der internationalsten Städte der Welt. Hier treffen Kulturen aufeinander, entstehen Netzwerke zwischen Kontinenten und wird täglich gelebt, was europäische Offenheit und gelebte Diversität bedeutet. Botschaften, internationale Unternehmen, Messen und eine Zivilgesellschaft aus aller Welt machen Berlin zu einem Knotenpunkt, der weit über seine Stadtgrenzen hinauswirkt.

Doch bislang werden internationale Netzwerke nicht strategisch eingesetzt und Menschen, die hier leben und arbeiten, werden von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Die freie Kulturszene leidet unter Kürzungen und fehlender Planungssicherheit und Tourismus belastet die Stadt, die er eigentlich bereichern soll.

Internationale Vernetzung, Integration und Kulturförderung brauchen verlässliche Strukturen, strategisches Denken und den Willen, Berlin nicht nur als deutsche Hauptstadt zu denken, sondern als europäische Metropole. Internationale Netzwerke, kulturelle Offenheit und europäische Einbindung sind keine weichen Faktoren. Sie sind Berlins stärkste Standortvorteile und die Grundlage dafür, dass die Stadt auch in Zukunft Talente, Unternehmen und Ideen anzieht.

Berlin verbindet, wenn die Stadt Europa aktiv mitgestaltet und von europäischer Zusammenarbeit profitiert. Dafür braucht es eine stärker aufgestellte Landesvertretung in Brüssel und bessere Bahnverbindungen zu unseren Nachbarn. So schaffen wir ein Berlin, das Europa lebt.

Berlin verbindet, wenn internationale Menschen schnell ankommen, teilhaben können und bleiben wollen. Dafür braucht es ein leichtes Finden, echte politische Teilhabe und würdevolle Bedingungen für alle, die neu in die Stadt kommen. So schaffen wir eine Stadt, die Integration als Stärke begreift und nicht als Verwaltungsaufgabe.

Berlin verbindet, wenn Gäste aus aller Welt kommen, ohne dass Anwohnende darunter leiden. Dafür braucht es hochwertige statt massentouristische Angebote, eine kluge Steuerung von Besucherströmen und eine Veranstaltungsinfrastruktur, die Berlin als internationale Destination stärkt. So schaffen wir einen Tourismus, der der Stadt gibt statt nimmt.

Berlin verbindet, wenn Kultur für alle erlebbar ist: in vielseitigen Museen, europäischen Theaterproduktionen und in einer Clubszene, die Menschen aus aller Welt zusammenbringt. Dafür braucht es verlässliche Förderung, Schutz für gewachsene Kulturorte und einen lebendigen Austausch mit dem Rest des Kontinents. So schaffen wir eine Kulturstadt, die weltweit ausstrahlt und für alle offen bleibt.

BERLIN VERBINDET: MIT EINEM STARKEN UND GEEINTEN EUROPA

Europa ist für Berlin mehr als ein politischer Rahmen. Es ist wirtschaftliche Grundlage, kultureller Austausch und geopolitische Absicherung zugleich. Seit dem Mauerfall hat die EU Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur massiv gefördert: Allein aus den Töpfen ESF und EFRE sind seit 2000 rund 4,3 Milliarden Euro geflossen. Doch Berlin schöpft dieses Potenzial nicht aus: Das „Berliner Büro“ in Brüssel ist personell unterbesetzt und von den Senatsverwaltungen isoliert, Fördermittel aus spezialisierten Programmen werden regelmäßig nicht abgerufen und Kulturförderung, Klimaschutz und Mobilität werden zu selten europäisch gedacht. In Zeiten geopolitischer Unsicherheit ist das keine abstrakte Schwäche, sondern ein konkretes Risiko.

Wir rücken Europa ins Zentrum der Berliner Stadtpolitik und -gesellschaft. Dafür stärken wir den Austausch zwischen den politischen Institutionen, um Fördermittel konsequent abrufen zu können. Wir treiben den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsverbindungen zu unseren europäischen Nachbarn voran, stärken Erasmus+ für alle Berliner*innen und setzen uns für eine rasche Aufhebung der Binnengrenzkontrollen ein.

Jetzt Präsenz und Europafähigkeit der Berliner Verwaltung stärken

Wir erhöhen die personelle Ausstattung in der Landesvertretung Berlins in Brüssel von derzeit 11 auf mindestens 16 Mitarbeitende. Damit gewährleisten wir eine angemessene Arbeitsfähigkeit auf dem Niveau anderer Länder. Sämtliche Senatsverwaltungen sind dort durch rotierendes, qualifiziertes Personal dauerhaft vertreten.

Wir machen die Berliner Verwaltung europafähig. Dafür bauen wir spezifische EU-Arbeitsbereiche auf und integrieren europäische Strukturen und Förderlogiken in den einzelnen Verwaltungseinheiten. Berliner Senator*innen und Verwaltungen sind durch regelmäßige Gespräche und Veranstaltungen in Brüssel präsent, unterstützt durch das Berliner Büro und die Berliner Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Jetzt europäische Infrastruktur und Zusammenarbeit intensivieren

Wir setzen uns auf Bundes- und europäischer Ebene für einen beschleunigten Ausbau von Hochgeschwindigkeitsverbindungen der Bahn zu europäischen Nachbarstaaten, insbesondere nach Polen, ein. So erleichtern wir die Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft und mit unserer Partnerstadt Warschau.

Wir fokussieren die wirtschaftliche Anbindung Berlins und Brandenburgs an unsere östlichen und mitteleuropäischen Nachbarstaaten als wachstumsstärkste Region der EU.

Wir vereinfachen die Zugänge zum EU-Programm Erasmus+ für Bildung, Jugend und Sport. Damit bringen wir allen Berliner*innen die Vorteile der europäischen Zusammenarbeit näher und begeistern sie für europäische und internationale Zusammenarbeit.

Wir setzen uns für eine rasche Aufhebung der Binnengrenzkontrollen ein. Denn Berlin profitiert wie ganz Deutschland von den europäischen Freizügigkeiten: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit bringt dringend benötigte europäische Fachkräfte in die Stadt. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Binnenmarkt ist ein Rückschritt in nationalstaatliche Isolation und schadet der europäischen Idee.

BERLIN VERBINDET: MIT GLOBALEM DENKEN UND HANDELN

Berlins Gesellschaft und Wirtschaft leben von globalen Kontakten. Botschaften, internationale Unternehmen, Hochschulen und Zugewanderte aus aller Welt verbinden die Stadt mit dem Rest der Welt und tragen zu ihrer Vielfalt und ihrem Wohlstand bei. Doch die Berliner Politik wird diesem Anspruch bisher nicht gerecht: Mittel für internationale Zusammenarbeit werden gekürzt statt gestärkt, Städtepartnerschaften bleiben symbolisch statt strategisch genutzt und Berlins Potenzial als Knotenpunkt für internationale Wirtschafts- und Forschungskooperationen bleibt weitgehend unausgeschöpft.

Wir verankern internationale Zusammenarbeit als Kernaufgabe der Berliner Politik. Wir machen die vielfältigen globalen Kontakte der Berliner Akteur*innen sichtbar, bündeln sie strategisch und nutzen Städtepartnerschaften und Kooperationen konkret für Kultur, Wirtschaft und Forschung.

Jetzt internationale Verbindungen gezielt nutzen

Wir nutzen die Berliner Städtepartnerschaften strategisch, um konkrete Kooperationen anzubahnen. Wir stärken innovative Cluster, wie das Ökosystem Digital Health des Standorts Berlin-Brandenburg, ergänzen es systematisch durch internationale Partnerschaften und schließen so Lücken in den Wertschöpfungsketten.

Wir beziehen Zugewanderte mit ihren Netzwerken in ihren Herkunftsländern stärker in die internationale Zusammenarbeit ein. Das stärkt Berlins globale Anbindung und schafft echte Partizipationsmöglichkeiten.

Jetzt Berlins Präsenz in der Welt stärken

Wir stärken Kooperationen innerhalb der EU und international, um Berlins geopolitische Resilienz zu erhöhen.

Wir positionieren Berlin und Paris als Doppelstandort für interkontinentale Kooperationen und Unternehmensansiedlungen. Wir nutzen die Synergien beider Metropolen, indem wir eine Initiative zur internationalen Vernetzung von Startups etablieren.

Wir bauen die Berliner Präsenz in der Welt weiter aus und ergänzen so unsere Partnerschaften mit Bangalore, New York und Peking. Dabei setzen wir auf smarte Kooperationen mit lokalen Partnern statt auf starre und kostenintensive Repräsentanzen. Diese Kooperationen entwickeln wir in enger Abstimmung mit den Außenhandelskammern, der IHK und der Wirtschaft, um Studierende und Fachkräfte zu unterstützen sowie Marktzugänge in beide Richtungen zu entwickeln.

Best Practice

Frankreich (French Tech): Die French Tech Mission ist ein international vernetztes Startup-Ökosystem, das z. B. auf den Aufbau von Scale-ups ausgerichtet ist und dabei staatliche Koordination mit enger Einbindung von Unternehmen und Gründer*innen verbindet.

BERLIN VERBINDET: MIT INTEGRATION ALS STANDORTVORTEIL

Berlin ist seit Jahrhunderten ein Migrationsziel: Heute haben rund 40 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, etwa 25 % der Berliner*innen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit und sind somit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Offenheit der Stadt und die Möglichkeit, auf Englisch zu kommunizieren, sind echte Standortvorteile: Internationale Konzerne siedeln Abteilungen gezielt hier an, weil sie in Berlin die globalen Fachkräfte finden, die anderswo schwer zu gewinnen sind. Doch trotz sinkender Zahlen neu ankommender Geflüchteter seit 2022 bleibt Integration in Berlin zu oft unzureichend organisiert: dürftige Unterbringung trotz hoher Kosten, Hürden bei der Arbeitsmarktintegration und erschwerten Zugang zu Wohnraum, Schulen und Kitas. Hinzu kommen Angriffe auf Schutzsuchende als alarmierendes Problem.

Wir gestalten Integration strukturell und von Beginn an als echten Standortvorteil. Wir erleichtern das Ankommen durch Integrations-Lotsstellen nach dem One-Stop-Prinzip, eine einheitliche digitale Akte und Welcome Center für Fachkräfte.

Unterkünfte für Geflüchtete bringen wir auf einheitliche Standards mit unabhängigem Beschwerdemanagement. Wir stärken die politische Teilhabe durch ein reformiertes Wahlrecht für EU-Bürger*innen und die Einbindung internationaler Berliner*innen in Bürger*innenräte.

Jetzt Repräsentation aller Berliner*innen gewährleisten

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, das Wahlrecht so zu reformieren, dass EU-Bürger*innen in Berlin bei allen Wahlen wählen dürfen. Wir bauen Barrieren ab, die EU-Bürger*innen aktuell daran hindern, sich zu beteiligen.

Wir ermöglichen internationalen Mitbürger*innen mit Berliner Wohnsitz die Teilnahme an berlinweiten Bürger*innenräten (per Losverfahren), auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dasselbe gilt für Beteiligungsbudgets. Nach einigen Jahren evaluieren wir, ob das die Repräsentation internationaler Berliner*innen ausreichend gestärkt hat. Falls nicht, führen wir einen weiteren Bürger*innenrat ein, der nur durch internationale Berliner*innen besetzt ist.

Jetzt das Ankommen für Fachkräfte und Geflüchtete erleichtern

Wir schaffen eine verbindliche, ressortübergreifende „integrierte Zuständigkeitsstruktur“: In Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, Schulamt, Jobcenter, Bürgeramt sowie in den Landesämtern für Einwanderung (LEA) und für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) schaffen wir feste Stellen, die spezifisch für die Belange von Zugewanderten zuständig sind. Stellen im Senat für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (sowie IntMig) für die Koordinierung und Verbesserung der Abläufe bleiben erhalten oder werden neu geschaffen.

Wir schaffen ein Welcome Center für Fachkräfte, um das Ankommen zu erleichtern. Wir richten Planstellen für Integrations-Lotsen nach dem One-Stop-Prinzip ein. Diese sind die primären Ansprechpartner für neu ankommende Personen und Familien. Wir verpflichten alle relevanten Ämter, Koordination, Monitoring und Steuerung gemeinsam zu denken und sich dazu auszutauschen. Dafür verbessern wir das PartMigG. Wir bauen bürokratische Hürden ab und vereinfachen die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.

Wir verbessern die Umsetzung der einheitlichen, digitalen Akte mit klar definierten Bearbeitungsfristen für zentrale Schritte (Schulanmeldung, Kita-Platz, Sprachkurs, Arbeitserlaubnis, Leistungsgewährung). Wir bieten hierfür digitale, barrierearme und mehrsprachige Informationen und unbürokratische Verfahren an. Wir erleichtern

Zugänge und Kommunikation in anderen Sprachen als Deutsch, auch unter Einsatz von KI.

Wir etablieren Englisch als zweite Verkehrs- und Servicesprache der Verwaltung. Weitere Sprachen kommen mittelfristig hinzu.

Wir bauen das Angebot an Informationen, Beratung und Antragstellung auf Englisch flächendeckend aus. Bei Neueinstellungen in publikumsintensiven Bereichen berücksichtigen wir Englischkenntnisse gezielt. Langfristig soll jeder Service und jede Interaktion mit den Berliner Behörden auf Englisch möglich sein.

Best Practice

Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz): Das Landesgesetz verankert Integration als Strukturaufgabe mit fest zugewiesenen Mitteln (130 Millionen Euro).

Hamburg (Integrationskonzept): Das Hamburger Integrationskonzept zeigt, wie Integration behördenübergreifend gesteuert werden kann: mit klaren Zielsetzungen, abgestimmten Maßnahmen und einer koordinierten Umsetzung.

Jetzt die Zivilgesellschaft durch frühe Teilhabe stärken

Wir richten ein öffentlich zugängliches Register für Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) mit Informationen zu Vereinen, Communities, Religionsgemeinden sowie Frauen- und Jugendgruppen mit den jeweiligen Ansprechpersonen und Angeboten ein. Wir ergänzen das Register durch Angebote von Behörden, insbesondere der Integrationsbeauftragten und „Berlin Partner“ für Wirtschaft und Technologie. Neu Angekommene erhalten diese Angebote beim Erstkontakt in Beratungs- oder Sozialstellen, um schnell Brücken in die Stadtgesellschaft (Sportvereine, Nachbarschaftszentren, Ehrenamt, Kultur) bauen zu können.

Wir geben Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung schnellstmöglich einen Kita- oder Schulplatz. Dafür richten wir in jedem Bezirk feste Teams mit mobilen Ansprechpersonen ein, die direkt in den Unterkünften beraten und Anmeldungen vornehmen. Um eine Segregation von Kindern und Jugendlichen mit wenig Deutschkenntnissen zu vermeiden, verzichten wir in Schulen und Kitas auf dauerhafte Willkommensklassen und setzen stattdessen auf Vertiefungsunterricht ergänzend zum Regelunterricht.

Jetzt Unterkünfte für Geflüchtete menschenwürdig gestalten

Wir führen einheitliche Mindeststandards für alle Berliner Unterkünfte ein, in denen besonders schutzbedürftige Menschen leben: für LAF-Unterkünfte, ASOG-Unterkünfte und andere Notunterkünfte. Wir schaffen dort gleiche Standards für Privatsphäre, Schutzkonzepte, Hygiene sowie den Zugang zu Beratung und Beteiligung, unabhängig vom Status (Geflüchtete, EU-Zugewanderte oder wohnungslose Berliner*innen).

Wir passen Förderprogramme so an, dass Angebote flexibel von allen Bewohnenden genutzt werden können. Wir trennen nicht nach Zielgruppen, sondern vergleichen die Bedarfe, wie z. B. die von jungen Männern, Alleinstehenden und Familien mit Kindern. So sichern wir zuerst die Grundsicherung und Teilhabe für alle Bewohner*innen. Darauf aufbauend schaffen wir spezifische Angebote für einzelne Gruppen. In den Einrichtungen führen wir verpflichtende Bewohnerkomitees ein, um Bedarfe zu ermitteln und die Integration in die Nachbarschaft zu fördern.

Wir etablieren eine unabhängige Struktur für Beschwerdemanagement, Monitoring und regelmäßige Berichte. Diese ist dann für alle LAF-, ASOG- und privat betriebene Unterkünfte zuständig. Wir geben dieser Instanz klare Rechte auf Vor-Ort-Zugang sowie anonyme Meldewege, damit Sozialämter oder Betreibende nicht Beschwerden „gegen sich selbst“ prüfen.

Wir schaffen einen einheitlichen Rahmenvertrag für Akteure, die Unterbringungsplätze für Bezirke bereitstellen. Der Vertrag beinhaltet klare Qualitätskriterien, Beschwerderechte sowie eine transparente und verlässliche Refinanzierung. Das gewährleistet Schutz für die Bewohner*innen und Planungssicherheit für die Betreibenden.

BERLIN VERBINDET: MIT TOURISMUS UND VERANSTALTUNGEN ALS MOTOR FÜR BEGEGNUNG UND WIRTSCHAFT

Der Tourismus- und Veranstaltungssektor trägt mit 8,4 Milliarden Euro rund 3,2 % zum Berliner BIP bei und beschäftigt über 224.000 Menschen direkt oder indirekt. Doch die Branche steht unter Druck: Die Zahl der Übernachtungen ging 2025 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % zurück. Zugleich belasten Lärm, Müll und Überfüllung an touristischen Hotspots die Lebensqualität der Anwohnenden spürbar.

Wir stärken Berlin als lebenswerte Stadt für Gäste und Einheimische zugleich. Dafür fördern wir hochwertige Angebote statt Massentourismus, etablieren klare Klima- und Sauberkeitsstandards und bauen eine datenbasierte Steuerung von Besuchsströmen auf. Gleichzeitig stärken wir Berlins Veranstaltungsinfrastruktur und sichern die Club- und Kulturlandschaft als unverzichtbaren Teil der städtischen Identität.

Jetzt Berliner Tourismus hochwertig und nachhaltig gestalten

Wir machen Berlin bis 2035 zur führenden Smart-Destination Europas: einer Metropole, in der Tourismus, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Teilhabe harmonisch ineinandergreifen.

Wir erarbeiten gemeinsam mit visitBerlin, der IHK, der Messe Berlin und relevanten Verbänden einen praxisnahen Online-Guide für klimafreundliche und hybride Veranstaltungen. Darin bündeln wir konkrete Vorgaben und Tipps zu energieeffizienter Technik, digitaler Teilnahme, nachhaltiger Logistik und CO₂-Reduktion.

Wir gestalten die Tourismuspolitik künftig im Dialog mit der Stadtgesellschaft, um sicherzustellen, dass der Tourismus eine Bereicherung bleibt, und nicht zur Belastung wird, und fördern gezielt touristische Angebote außerhalb des S-Bahn-Rings, um die Innenstadt zu entlasten.

Wir fördern hochwertige und nachhaltige Angebote wie Kulturveranstaltungen, Wissenschaftskongresse und Weiterbildungen, statt Massentourismus. Wir beauftragen das Berlin Convention Office damit, Programme zu entwickeln, um internationale Messen, Fachveranstaltungen und europäische Kulturprojekte in die Stadt zu holen.

Wir etablieren klare Klima- und Sauberkeitsstandards für touristische Hotspots. Wir reduzieren Einwegmaterialien und führen eine Mehrwegpflicht bei Großveranstaltungen sowie sichtbare Mehrweg- und Pfandstationen ein. Wir steuern Publikumsströme mit mehrsprachigen Angeboten. Dafür arbeiten wir gemeinsam mit den Bezirken, der Gastronomie, der Hotellerie und Kulturinstitutionen. Wir zeichnen Mitwirkende, die diese Standards erfüllen, sichtbar mit einem Siegel aus.

Best Practice

Amsterdam (City in Balance): Mit dem „City in Balance“-Programm beweist Amsterdam, wie eine Stadt Tourist*innen, Einheimische, Wirtschaft und Kultur erfolgreich in einen Ausgleich bringt. Durch klare Regeln und datenbasierte Steuerung werden Belastungen wie Lärm, Müll und Überfüllung effektiv reduziert, um die Lebensqualität in den Stadtvierteln zu schützen.

Jetzt Berlins Tourismusbranche zukunftsfähig machen

Wir unterstützen die Bewerbung und Durchführung der EXPO 2035 in Berlin. Sie treibt nachhaltige städtische Innovationen und Modernisierungen von historischen Veranstaltungsorten, wie beispielsweise dem ICC und dem Flughafen Tempelhof, voran.

Wir modernisieren bestehende Kongress-, Veranstaltungs- und Kulturorte und sichern damit Berlins internationale Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig optimieren wir die digitale Infrastruktur, die Barrierefreiheit und die hybride Veranstaltungstechnik in Zusammenarbeit mit der Messe Berlin, den Bezirken, der Clubcommission, den relevanten Verbänden und Veranstalter*innen. Wir nutzen Bestandsbauten effizient und vermeiden teuren Neubau.

Wir treiben den Aufbau der Berliner Smart Tourism Database voran und bereiten dort die gesammelten Daten für die Verwaltung, Bezirke und Veranstalter*innen praxistauglich auf. Hierfür entwickeln wir eine zentrale Übersicht, die Besucherströme, Eventaufkommen und Belastungsspitzen transparent aufzeigt.

Wir etablieren darauf aufbauend ein ganzheitliches Tourismus-Monitoring, indem wir Daten zu Besucherströmen bündeln und Belastungsgrenzen sichtbar machen. Diese Maßnahmen ermöglichen eine datenbasierte Steuerung von Tourismus und Großevents.

Best Practice

Barcelona (Tourismus-Observatorium): Das Tourismus-Observatorium (OTB) von Barcelona nutzt ein umfangreiches System aus Kennzahlen und Analysen, um Besucherströme, wirtschaftliche Effekte und die Belastung von Infrastrukturen zu messen. Diese Daten fließen direkt in die strategische Tourismusplanung der Stadt ein.

BERLIN VERBINDET: MIT KULTURELLER VIELFALT

Berlins Kultur- und Clubszene ist ein globaler Anziehungspunkt – von den Berliner Philharmonikern bis zum Berghain. Sie bietet Freiraum für kreative Entfaltung, macht die Stadt lebenswert, international attraktiv und ist ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Doch die aktuellen Kürzungen treffen überproportional die freie Kulturszene, Diversitäts- und Teilhabeprogramme sowie die kulturelle Bildung. Etablierte Institutionen, wie das SchwuZ oder das Watergate, mussten schließen. Kurzfristige Projektförderung statt verlässlicher Strukturfinanzierung gefährdet Existenzen und untergräbt genau die Bereiche, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, unsere Stadt lebens- und besuchenswert machen und Berlin als internationalen Leuchtturm für Offenheit, Vielfalt und insbesondere queere Sichtbarkeit, Kultur und Communities prägen.

Wir erhalten Berlin als eine freie und vielfältige Kulturstadt, in der alle einen Raum haben, um sich auszudrücken, und eine Stadt, die international ausstrahlt. Wir ersetzen kurzfristige Projektlogik durch verlässliche Strukturförderung, stärken die Clubkultur durch das „Agent-of-Change“-Prinzip und bauen den kulturellen Austausch mit Europa gezielt aus.

Jetzt Kultur langfristig absichern

Wir sichern Kulturförderung dauerhaft auf Landesebene und in allen Bezirken, indem wir kurzfristige Projektlogiken durch verlässliche Strukturförderung ersetzen.

Wir sichern kulturelle Bildung, Teilhabe und demokratiefördernde Projekte dauerhaft und verlässlich. Wir erarbeiten einen verbindlichen Kulturentwicklungsplan unter Beteiligung der Stadtgesellschaft. Wir schützen bestehende Kulturorte. Wir erhalten den kulturellen Wissensschatz und die Traditionsstätten Berlins. Damit schaffen wir dringend benötigte Planungssicherheit und bewahren Berlins vielfältige Kulturlandschaft.

Wir entwickeln eine EU-Fördermittelstrategie für den Kulturbereich und stellen EU-Förderlots*innen zur Verfügung, die Bezirke und Kultureinrichtungen unterstützen.

Wir öffnen leerstehende Gewerbeflächen unbürokratisch für kulturelle Nutzung. Hierfür schaffen wir eine transparente, digitale Plattform, die Angebot und Nachfrage effizient zusammenführt.

Best Practice

Düsseldorf (Kulturentwicklungsplan): Die Kulturentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Düsseldorf (2016–2017) gilt bundesweit als Referenz für dialogorientierte Kulturplanung. Durch breite öffentliche Beteiligung und einen strukturierten Maßnahmenkatalog wurde die Kulturpolitik der Stadt systematisch und zukunftsorientiert neu ausgerichtet.

Jetzt Clubkultur und Open Airs fördern

Wir erkennen Clubs als Kulturstätten an und begreifen ihren Schutz und ihre Förderung als zentrale Aufgabe der Politik. Damit Clubs durch teure Schallschutzmaßnahmen nicht in finanzielle Schieflage geraten, setzen wir uns für das „Agent of Change“-Prinzip ein. Danach muss die neu hinzukommende Partei für etwaige Kosten für den Lärmschutz aufkommen, nicht der Club.

Wir vereinfachen die Anmeldung von Veranstaltungen durch die Bündelung von Zuständigkeiten. Während die klassische Außengastronomie bereits länger öffnen darf, steht die notwendige Ausweitung dieser Regelung für die freie Kulturszene noch aus. Wir setzen uns dafür ein, die Spielräume im Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG Bln) zu nutzen, um entsprechende Ausnahmeregelungen zu beschließen. Wir weiten „Lärmtoleranz-Zonen“ auf Freiflächen abseits von Wohngebieten aus, um Veranstaltungen bis 23 Uhr rechtssicher zu ermöglichen.

Jetzt kulturelle Bildung für alle öffnen

Wir machen kulturelle Bildung in Berlin für alle Menschen zugänglich – unabhängig von Einkommen, Alter, Sprache, Migrationshintergrund oder körperlichen Einschränkungen. Jeder Mensch soll Theater erleben, musizieren, sich künstlerisch ausdrücken können und niedrigschwelligen Zugang zu Museen und Bibliotheken erhalten.

Wir unterstützen und vernetzen bestehende Angebote von Kulturorten, Jugendkulturzentren und musikpädagogischen Einrichtungen. Wir stärken Programme für kreatives Lernen, interkulturellen Austausch und umfassende Teilhabe gemeinsam mit Schulen, Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Wir ermöglichen Struktur- statt Projektförderung sowie faire und sichere Arbeitsplätze für Kulturpädagog*innen in Anlehnung an den Tarifvertrag öffentlicher Dienst.

Wir investieren in digitale Formate für Museen, Theater und Festivals, um Kultur barrierefrei erlebbar zu machen.

Jetzt Erinnerungskultur und europäischen Kulturaustausch stärken

Wir fördern Bildungsprojekte, Museen und Initiativen, die die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, die SED-Diktatur und die deutschen Kolonialverbrechen wachhalten, multiperspektivisches Erinnern ermöglichen und die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stärken.

Wir entwickeln das Humboldt Forum zu einem zentralen Ort der kritischen Aufarbeitung deutscher und europäischer Kolonialgeschichte weiter. Koloniale Gewaltverhältnisse werden in Ausstellungen und Bildungsarbeit klar benannt, um fortwährenden Ungleichheiten und Rassismus entgegenzuwirken. Wir setzen uns für die Restitution kolonialer Raubkunst und menschlicher Überreste, transparente Provenienzforschung sowie die maßgebliche Mitwirkung von Vertreter*innen der Herkunftsgesellschaften bei Ausstellungen und Programmen ein.

Wir bauen den kulturellen Austausch in Europa weiter aus. Wir vernetzen Berliner

Künstler*innen mit europäischen Partner*innen und unseren Partnerstädten durch Koproduktionen in Film und Theater, Residenzprogramme sowie gemeinsame Ausstellungen und Festivals. Wir fördern das Bewusstsein für Europa mit dem Europatag und feiern diesen mit einem Fest in der Stadt.

Best Practice

Brüssel (Dekolonialisierungsagenda): Mit einer eigenen Dekolonialisierungsagenda und starken Partnerschaften zwischen Stadt, Museen und zivilgesellschaftlichen afrikanischen Initiativen fördert Brüssel öffentliche Debatten, Bildungsangebote und künstlerische Projekte, die die koloniale Geschichte kritisch aufarbeiten.

Volt

IMPRESSUM

Volt Deutschland
Landesverband Berlin
Choriner Straße 34
10435 Berlin

www.voltberlin.org
berlin@voltdeutschland.org

VERTRETEN DURCH DEN LANDESVORSTAND:

Charlene Lorenz
Lars Gaudian
Martin Kütter
Marie-Isabelle Heiß
Roland Grenke

 [volt_berlin](#)  [volt_berlin](#)  [Volt Berlin](#)